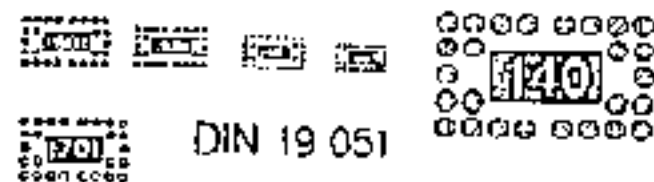


LEITFADEN

DAS

WAR

HANNOVER

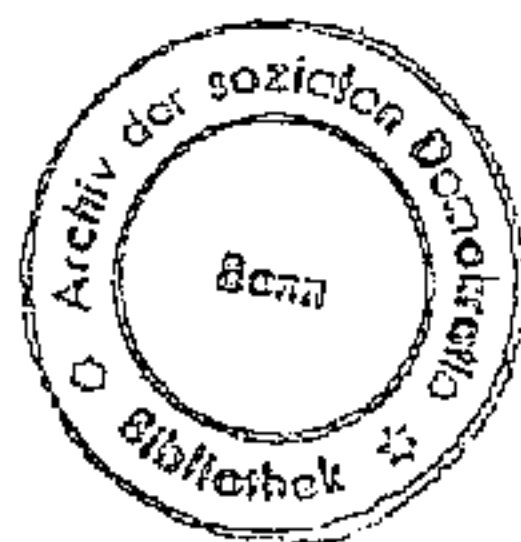


Ordentlicher Parteitag der SPD

21. bis 25. November 1960

DIE BESCHLÜSSE UND IHRE BEGRÜNDUNGEN

2205



A83 2205

Motto:

„Bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr wird nicht zwischen ‚Nike Ajax‘ und ‚Nike Herkules‘ entschieden, sondern es wird entschieden werden zwischen den alten und den unverbrauchten Kräften der deutschen Politik.“

(Willy Brandt, 24. November 1960 in Hannover)

INHALTSVERZEICHNIS

Übersicht über den Verlauf des Portals

3

I. Deutschland in der Weltpolitik

A) Wortlaut der Beschlüsse	10
B) Zur Begründung	13
Deutsche Außenpolitik	13
Politik für Europa	16
Verantwortung in der Welt	16
Ziel bleibt Wiedervereinigung	17
Gegner ist der Kommunismus	20
Die CDU trägt die Verantwortung	21

II. Sicherheit für Deutschland

A) Wortlaut des Beschlusses	22
B) Zur Begründung	23
Was sagt der Beschluß?	23
Das Ja zur Landesverteidigung	24
Ziel: Allgemeine Abrüstung	25
Die NATO als Hilfsmittel	28
Ohne Atomwaffen	29
Sicherheit durch Politik	31

III. Schutz der demokratischen Ordnung

A) Wortlaut der Beschlüsse	33
B) Zur Begründung	34
Grundgesetz und Grundsatzprogramm	34
Demokratie — nicht Totalität	37
Freiheit auch im Notstand	38
Freizügigkeit für alle Deutschen	39

IV. Die Wirtschaft in Deutschland

A) Wortlaut der Beschlüsse	40
B) Zur Begründung	46
Gerechte Vermögensverteilung	46
Die Deutsche Volksaktie	50
Wirtschaft für das Volk	52
Konstruktive Wirtschaftspolitik für Entwicklungslander	54
Entwicklung in der Energiewirtschaft	56
Verkehr, Straßen, Wohnungen	56
Godesberger Programm unverändert	58

V. Die soziale Verpflichtung

A) Wortlaut des Beschlusses	59
B) Zur Begründung	60
Sozialer Bundesstaat	60
Zahlen zum Sozialaufwand	62
Gesundheitspolitik: Fehlanzeige	63
Jugend im Perul	65
Positive Familienpolitik	66

VI. Fortschrittliche Kulturpolitik

A) Wortlaut der Beschlüsse	66
B) Zur Begründung	70
Für die Jugend planen	70
Aktive Schulpolitik	71
Schule für alle Begabungen	73
Großzügige Hochschulpolitik	74
Erwachsenenbildung ist Volksbildung	75
Partei der Geistesfreiheit	76

VII. Der Appell von Hannover

Der Wortlaut	77
Der Parteitag entscheidet	79
Erich Ollenhauer spricht	79
Carlo Schmid spricht	80
Willy Brandt ruft auf	81

DAS WAR HANNOVER

Nach § 12 des Organisationsstatuts der SPD findet alle zwei Jahre ein Parteitag statt. Auf den Parteitag von Stuttgart 1958 folgte der von Hannover 1960 als ein ordentlicher Parteitag, der die Aufgaben zu erfüllen hatte, die ihm das Statut vorschreibt: die laufenden Arbeiten der größten deutschen Mitgliederpartei zu besprechen und die Beschlüsse zu fassen, die in der nächsten Zukunft zur Erfüllung der organisatorischen und politischen Pflichten der SPD erforderlich sind.

Für diese Beschlüsse weist das Grundsatzprogramm der Partei den Weg. Es ist 1959 auf einem außerordentlichen Parteitag mit der großen Mehrheit von 324 gegen nur 16 Stimmen beschlossen worden. In ihm sind die Leitgedanken der politischen Arbeit und die Ziele der Politik der SPD dargestellt.

Jeder Parteitag steht vor der Aufgabe, das Programm vor Augen zu prüfen und danach zu beschließen, welcher Weg jetzt, in der augenblicklichen Situation und unter den zur Zeit gegebenen Umständen am sichersten zum Ziele führt oder die Partei dem Ziel näher bringt. Für die jeweils nächste politische Zukunft müssen die nächsten und die möglichen Schritte erkannt und getan werden.

Das ist die Methode politischer Arbeit in der Demokratie. Die Mittel dieser Arbeit sind die Aussprache, die Klärung und die Willensbildung, die Einordnung der Gründe und Gegenstände. So wird der Ausgleich gesucht und gefunden, der Kompromiß, der zwischen dem Ziel und den Möglichkeiten liegt, zwischen heute und übermorgen. Einsicht und Überzeugung sind die alleinigen Voraussetzungen demokratischen Wollens und Tuns, und eine politische Partei, die ihr Wollen und ihr Tun anerkannt und zur Richtschnur der Staatspolitik emporgehoben wissen will, muß überzeugen und gewinnen können, wenn sie nicht „an der Klagemauer“ stehenbleiben will.

Das war der Sinn auch des Parteitages in Hannover, die heute und in diesem Stand der politischen Entwicklung möglichen und nötigen Schritte zu tun. Wohin der Weg führen soll, das hat das Grundsatzprogramm der SPD für jedermann offen und weithin hörbar gesagt.

Der Parteitag von Hannover war nicht nur auf die Wahlen von 1961 gerichtet. „Dabei“, so sagte Erich Ollenhauer in seiner großen politischen Übersicht, die am 22. November die Arbeit des Parteitages einleitete:

„kann selbstverständlich nicht übersehen werden, daß die wahlpolitische Auseinandersetzung, die uns 1961 erwartet, die politischen Überlegungen und Entscheidungen mit beeinflussen wird. Aber wir Sozialdemokraten werden uns in allen Fragen, die wir behandeln und über die wir hier entscheiden, nur von unserer selbstgewählten Bindung

an die Sache, nur von den Interessen unseres Landes und Volkes leiten lassen und nicht von wahltaktischen oder wahlpolitischen Rücksichten oder Wünschen.“

Nach diesem für die Sozialdemokraten seit je selbstverständlichen Grundsatz hat der Parteitag gehandelt. Er hat alle Aussprachen im Plenum und in den Arbeitsgemeinschaften in voller Öffentlichkeit geführt. Jeder Delegierte, jeder Gast, Presse und Rundfunk, Wochenschau und Fernsehen hatten zu allen Aussprachen ungehindert Zutritt und nahmen diese Möglichkeit auch wahr. Das gibt es in keiner anderen deutschen Partei! Es ist die Stärke der deutschen Sozialdemokratie, daß sie als eine wahrhaft demokratische Organisation alle Spannungen in sich selbst auszugleichen vermag, alle Meinungsverschiedenheiten ausspricht und austrägt und dennoch den Weg zum Ausgleich findet. Diese Kraft gibt ihr die Legitimation zur Führung.

Zu Beginn der Plenarsitzung am dritten Verhandlungstage sagte dazu der amtierende Vorsitzende des Parteitages, Erwin Schoettle, unter „stürmischem Beifall“, wie das Protokoll verzeichnet:

„Wie immer sich auch in der Diskussion auf dem Parteitag oder in den Arbeitsgemeinschaften die Redner in Nuancen voneinander unterscheiden — sie tragen alle dazu bei, die Meinung und die Politik der Partei zu formen. Entscheidend ist nicht die Nuance des einen oder des anderen Redners;

entscheidend sind die Beschlüsse, die dieser Parteitag faßt. Denn diese Beschlüsse sind die einzige Grundlage der Politik der Sozialdemokratie. Ich sage das, damit jede Mißinterpretation ausgeschlossen wird.“

†

Die Fülle der Aufgaben und Themen, die dieser Parteitag der SPD vor sich sah, war ungewöhnlich groß. Nach mehr als zehnjährigem Bestehen der Bundesrepublik ist allzu vieles auf allen Gebieten der Außen- und Innen-, der Wirtschafts-, Kultur- und Sozialpolitik noch unerledigt geblieben. Eine unbewegliche, starre Bundesregierung und eine in sich gesplittete Regierungspartei, die auch für alle Unterlassungen die volle Verantwortung allein übernehmen muß, haben nur die Fassaden eines Neubaus der deutschen Demokratie aufgeführt, hinter denen die Sicherheit für alle Bürger des Landes, die Gewißheit des Geborgenseins im Alter und bei Krankheit, das Bewußtsein der unantastbaren Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit noch immer fehlen.

Der Parteitag bildete vier Arbeitsgemeinschaften, die nebeneinander tagten, um das große Maß an Pflichten bewältigen zu können und zwar je eine Gruppe

für Außenpolitik-, Wiedervereinigungs- und Sicherheitspolitik,

für Wirtschaftspolitik,

für Sozialpolitik,

für Kulturpolitik,

und übertrug ihnen die Vorbereitung der Beschlüsse und die Bearbeitung der über einhundert Anträge, die dem Parteitag vorgelegt worden waren.

In den Arbeitsgemeinschaften, in die jeder Delegierte nach seiner Wahl gehen konnte, war Zeit und Möglichkeit zu eingehenden Aussprachen und sorgfältiger Spezialberatung. Die Entscheidung lag in jedem Falle nur beim Plenum, zumal die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaften nach dem freien Willen der Mitglieder des Parteitages willkürlich sein konnte.

Mit dieser Form der sorgfältigen Vorarbeit hat die große Oppositionspartei einen greifbaren Beitrag zu dem Satz ihres Programms geleistet, in dem es heißt:

„Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat“.

Was die Regierung versäumt hat, bemühte sich die Opposition auf dem Parteitag der SPD in Hannover nachzuholen.

‡

Das Ergebnis der Arbeiten des Parteitages faßte dann der

Appell von Hannover

zusammen. Er zeigte in großer Linie die nächsten Aufgaben, die sich die Partei für Deutschland und das deutsche Volk gestellt hat und die ein Regierungsprogramm noch eindeutiger und auf die einzelnen Sachgebiete verteilt bezeichnen und umreißen wird. Das soll im Frühjahr 1961 geschehen.

Der Parteitag nannte dann auch die Persönlichkeiten, die solche Aufgaben lösen sollen und können:

Unter dem „Vormann“ Willy Brandt wurde eine Mannschaft vorgestellt und der Parteitag hat sie einstimmig und ohne Stimmenthaltungen anerkannt, eine Mannschaft der Bewährten und Erfolgreichen.

„Durch Leistungen in den Regierungen der Länder“, so sagte Carlo Schmid in Hannover, „an der Spitze von Stadtverwaltungen. Im Parlament, in der ganzen Mannigfaltigkeit und Breite unseres Gemeinwesens — jeder auf seinem Gebiet wirkend, alle von der gleichen Leidenschaft für das Wohl unseres Volkes getragen —“ sind diese zehn, neben Willy Brandt:

Prof. Carlo Schmid, Max Brauer,

Dr. Heinrich Deist, Fritz Erler,

Wenzel Jaksch, Alex Möller,

Fritz Steinhoff, Willi Richter,

Käte Strobel, August Zinn

in das Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten; sie haben sich als starke Persönlichkeiten in Deutschlands schwersten Jahren erfolgreich bewährt und erwiesen.

Der Parteitag hat diese Mannschaft, die in ihren Leistungen und in ihrer Person die Wirklichkeit der SPD und des politischen Willens und Könnens der Partei darstellen, mit langem und herzlichem Beifall voller Vertrauen begrüßt.

Als dann der Vormann, der Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers, Willy Brandt, in einem grundsätzlichen Vortrag die politische Lage analysierte, die sich heute darstellt und die nächsten Aufgaben zeigte, die er und seine Mitarbeiter zu erfüllen sich vorgenommen haben, sobald die Wähler sie zur Verantwortung herbeirufen, erfüllte der Parteitag eine hohe Pflicht demokratischer Gesetzmäßigkeit: die Opposition wurde zur Führung, die Regierung saß auf der Bank der Beschuldigten, das freie Volk in dieser Partei entschied sich:

„für eine neue Regierung,

für eine gesicherte Zukunft,

für ein freies, geeintes, glückliches deutsches Vaterland in einer freien, friedlichen Welt“.

Diese Stunde war der Höhepunkt des Parteitages und mit ihr klang er aus. Was wurde in Hannover beschlossen und welche Motive und Überlegungen waren maßgebend für diese Beschlüsse?

Bevor über die Beschlüsse berichtet wird, sollen die organisatorischen Aufgaben, die der Parteitag zu erfüllen hatte, erwähnt werden:

Die Wahl des Vorstandes der SPD gehört zu jedem ordentlichen Parteitag. Sie erfolgt durch Stimmzettel und ist geheim. Der Vorsitzende, seine beiden Stellvertreter, der Kassierer und dann die übrigen Vorstandsmitglieder werden in getrennten Wahlgängen bestimmt, ebenso die Mitglieder der Kontrollkommission.

Lang anhaltenden starken Beifall verzeichnet das Protokoll als mitgeteilt wurde, daß Erich Ollenhauer wieder zum Vorsitzenden der SPD gewählt worden war. Von 322 Stimmen, die zu seiner Wahl abgegeben wurden, waren drei ungültig, 30 lauteten auf „Nein“ und zwei Delegierte hatten sich der Stimme enthalten, so daß 287 Ja-Stimmen gezählt wurden. Im Sturm des Für und Wider, den eine kraftvoll tätige politische Partei in sich wirken lassen muß, war der Vorsitzende mit einer überwältigenden Mehrheit erneut an die Spitze gerufen worden.

Zu seinen Stellvertretern berief der Parteitag Waldemar von Knoeringen und Herbert Wehner. Für sie waren 325 Stimmzettel abgegeben worden, von denen 310 für von Knoeringen und 279 für Wehner gezählt werden konnten; von denen 15 Nein-Stimmen für den ersten und 45 für den anderen Kandidaten abgegeben worden waren.

Der Kassierer der Partei, Alfred Nau, erhielt von 326 abgegebenen Stimmen 307, 18 hatten „nein“ gestimmt.

Im vierten Wahlgang wurden 328 Stimmzettel für die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes abgegeben. Gewählt waren die

29 Kandidaten, die die meisten Stimmen bekommen hatten und dies waren.

Heinrich Albertz	304 Stimmen
Luise Albertz	308 Stimmen
Adolf Arndt	309 Stimmen
Willy Brandt	293 Stimmen
Max Brauer	305 Stimmen
Kurt Conrad	310 Stimmen
Heinrich Doist	305 Stimmen
Willi Eichler	307 Stimmen
Fritz Erler	305 Stimmen
Egon Franke	260 Stimmen
Emil Gross	298 Stimmen
Gustav Heinemann	300 Stimmen
Luise Herklotz	274 Stimmen
Ella Kay	282 Stimmen
Irmgard Keilhack	305 Stimmen
Walter Menzel	310 Stimmen
Ludwig Metzger	291 Stimmen
Alex Möller	308 Stimmen
Kurt Pohle	298 Stimmen
Marta Schanzenbach	299 Stimmen
Ernst Schellenberg	271 Stimmen
Carlo Schmid	308 Stimmen
Helmut Schmidt	293 Stimmen
Erwin Schoettle	305 Stimmen
Fritz Steinhoff	297 Stimmen
Käte Strobel	303 Stimmen
Erwin Welke	263 Stimmen
Karl Wienand	235 Stimmen
Georg August Zinn	311 Stimmen

In diesem Wahlgang waren 15 Stimmen ungültig, so daß 311 die höchste mögliche Stimmenzahl war. Als neue Mitglieder wurden Ernst Schellenberg und Karl Wienand in den Vorstand gewählt, während Hermann Veit ausschied.

In die Kontrollkommission sind für die nächsten zwei Jahre gewählt worden: Paul Löbe, Georg Peters, Otto Schmidt, Grete Rudoll, Walter Damm, Adolph Schönfelder, Fritz Ulrich, Franz Höhne und Rudolf Freidhof.

✱

Aus der Fülle der Arbeitsthemen, die in den Arbeitsgemeinschaften des Parteitages zur Beratung und dann im Plenum zur Beschlußfassung standen, sollen hier die wichtigsten genannt werden:

Deutschland in der Weltpolitik
Sicherheit für Deutschland
Schutz der demokratischen Ordnung
Die Wirtschaft in Deutschland
Die soziale Verpflichtung
Die Jugend ist die Zukunft
Der Appell von Hannover

Zu jedem dieser Abschnitte folgen die Beschlüsse, die in Hannover gefaßt wurden, im verbindlichen Wortlaut, ferner einige der wichtigsten Sätze aus Reden, die zur Begründung der Beschlüsse gehalten wurden. Soweit erforderlich, sollen Erläuterungen die Beschlüsse von Hannover gegen Mißdeutungen oder gar Fälschungen schützen.

Ein vollständiges und wortgetreues Protokoll der Verhandlungen des Parteitages von Hannover, der Diskussionen im Plenum und in den Arbeitsgemeinschaften, wird, wie in der SPD üblich, auch dieses Mal ausgegeben werden; es ist bereits Anfang Januar 1961 erschienen.

I. Deutschland in der Weltpolitik

A) Wortlaut der Beschlüsse:

1. Entschließung zur Außenpolitik

(ANTRAG 82, einstimmig angenommen bei vier Stimmenthaltungen)

„Die außenpolitischen Probleme der sechziger Jahre werden von denen des hinter uns liegenden Jahrzehnts verschieden und vielfach schwieriger sein. Die deutsche Außenpolitik wird der Entwicklung Rechnung tragen müssen, daß sich die Welt nicht mehr allein aus dem Ost-West-Konflikt erklären läßt, selbst wenn dieser Konflikt — besonders für Deutschland — das entscheidende Merkmal unserer Epoche bleibt. Die zunehmende Zahl von Völkern, die es ablehnen, daß sich der Gegensatz zwischen Ost und West auf ihrem Territorium abspielt, und die in der internationalen Politik bewußt eine nichtgebundene Position einnehmen, nötigt die deutsche Außenpolitik zu größerer Elastizität.

In der Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist die Stellung der Bundesrepublik unverrückbar auf der Seite des Westens, die Bundesrepublik ist ein zuverlässiger Verbündeter. Im Interesse der Handlungsfähigkeit des Westens und der inneren Stabilität der Bundesrepublik selbst wäre es frevelhaft, die Außenpolitik weiter als eine Fortsetzung der innenpolitischen Gegensätze zu behandeln.

Das Ringen mit der Sowjetunion um das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die Freiheit seiner Hauptstadt Berlin wird unser ganzes Volk vor große Anforderungen stellen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich mit ihrem in Bad Godesberg beschlossenen Grundsatzprogramm ein festes Fundament für ihren Beitrag zur Erfüllung dieser Anforderungen gegeben. Sie wird ihre Bemühungen

fortsetzen, um eine gemeinsame deutsche Außenpolitik zustande zu bringen, die dem ganzen deutschen Volk in diesem Ringen dient. Das Schicksal Berlins und des gespaltenen Deutschlands zwingen immer stärker zu einer weitgehenden Haltung aller demokratischen Kräfte in den nationalen Fragen unseres Volkes. Ohne die Geschlossenheit des deutschen außenpolitischen Willens, der gemeinsam erarbeitet werden muß, kann die Lösung der deutschen Frage nicht erreicht werden. Bemühungen um eine gemeinsame Außenpolitik sind notwendig geworden, weil es in einer Reihe wichtiger Fragen keine Alternativen mehr gibt.

Die Grundhaltung der demokratischen Parteien und das Prinzip der Vertragstreue sind ausreichende Voraussetzungen für den Versuch, eine gemeinsame Außenpolitik zu erarbeiten, die von den im Parlament vertretenen Parteien mindestens im Grundsatz unterstützt wird.“

2. Protesterklärung zur Lage in der Sowjetzone Deutschlands

(ANTRAG 85, einstimmig angenommen)

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover bekundet seine tiefe Verbundenheit zu den 17 Millionen Deutschen jenseits der Zonengrenze, mit denen die Sozialdemokraten in dem gemeinsamen Willen und dem gemeinsamen Kampf solidarisch sind, ganz Deutschland in Freiheit wieder zu einem einheitlichen Staat werden zu lassen.

Zugleich lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes und der Weltöffentlichkeit auf die Lage, die sich aus dem provokatorischen und friedensgefährdenden Treiben des Ulbricht-Regimes in Mitteldeutschland ergibt. Im 16. Jahr der sowjetischen Besetzung wird dort die völlige Sowjetisierung des gesamten Lebens radikal vorangetrieben, wobei die von den Vereinten Nationen proklamierten Menschenrechte mit Füßen getreten und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen mißachtet werden.

Da die SED Mitteldeutschland in fremdem Auftrag verwaltet und den 17 Millionen Deutschen eine sowjetische Lebensordnung aufzwingt, wird ihre Politik mit Recht als eine Fremdherrschaft gewertet, die mit den sowjetischen Bajonetten steht und fällt. Dieses Regime verhindert nicht nur eine demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, sondern versucht durch provokatorische Ansprüche und Taten, auch die freiheitliche Grundordnung in Berlin und der Bundesrepublik zu beseitigen.

Gerade in letzter Zeit haben sich diese Bemühungen der SED-Regierung verschärft. Drosselung und Drohungen gegen den freien Zugang nach Berlin, die Abriegelung des Ostsektors der Stadt, eine gesteigerte Infiltrationstätigkeit und eine verstärkte Aufrüstung der bewaffneten Streitkräfte der Zonenrepublik sind Anzeichen dieser Verschärfung. Ulbricht hat die „ideologische Vorbereitung einer nichtfriedlichen Lösung der deutschen Frage auf die Tagesordnung gesetzt“, wie er vor dem 9. Plenum des Zentralkomitees verkündete. Zugleich hat er erklärt, dem Fortbestehen des freiheitlichen Berlins sei „ein Konflikt

vorzuziehen". All das zeigt, daß Pankow die Spannungen zwischen Ost und West verschärfen will. Diese Politik gefährdet den Frieden in Europa und der Welt. Die SED ist damit zum Hauptstörenfried in der gegenwärtigen Epoche geworden.

Dieser aggressiven Politik nach außen steht die Verschärfung der Unterdrückung des Volkes in Mitteldeutschland gleichwertig zur Seite. Die Kollektivierung und Enteignung der Bauernschaft hat die Landbevölkerung in Kolchosen gezwungen, in denen sie ohne Eigentum und Rechte einer rücksichtslosen Ausbeutung unterworfen ist. Die Mittelschichten und das Handwerk werden zur Zeit in gleicher Weise kollektiviert, enteignet und entrechtet. An den Schulen und Hochschulen vollendet sich die Gleichschaltung. Die Massenfucht von Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Lehrern, Ärzten und Wissenschaftlern ist ein Ausdruck der verzweiferten Situation, in der sich die mitteldeutsche Bevölkerung befindet. Zugleich führt die SED einen neuen Schlag gegen die Arbeiterschaft. Ein neues Arbeitsgesetzbuch hebt Rechte der Arbeiterschaft auf, die in hundert Jahren erkämpft worden waren. Erhöhte Normen, niedrige Löhne und der Verlust sozialer Rechte sind damit verbunden.

Trotz dieser Unterdrückung kämpft die Bevölkerung Mitteldeutschlands gegen das Regime. Wenn in den letzten Monaten in verschiedenen Bezirken der Zonenrepublik Streikämpfe aufflammten, wenn die SED selbst eine große Säuberung gegen Widerstände in ihren eigenen Reihen einleiten mußte, wenn schließlich die ungebrochene Wirksamkeit freiheitlicher Ideen wie des „Sozialdemokratismus“ offen eingestanden wurde, so zeigt all dies, daß das Regime mit dem Volk nicht fertig wird, sondern immer wieder zu defensiven Auseinandersetzungen mit dem Freiheitswillen der Menschen gezwungen ist.

Daran kann auch der Justizterror nichts ändern, der weit über 10 000 Deutsche aus der Zone wegen ihrer politischen Meinung und ihrer aufrechten Haltung in die Zuchthäuser und Gefängnisse warf. Die jetzige Amnestie soll zwar eine Abmilderung dieses Terrors vorläuschen. Es ist jedoch erwiesen, daß von der „Gnade“ der Kommunisten fast ausschließlich die Kriminellen profitieren, während die Politischen in Haft bleiben. Die Sozialdemokratie verlangt erneut die Aufhebung der rechtswidrigen politischen Gesinnungsurteile. Der Parteitag schließt sich der Forderung des Europarates an, die Haftbedingungen der politischen Gefangenen durch eine internationale Kommission zu überprüfen, um zumindest die unmenschlichen Haftbedingungen zu erleichtern. Der Parteitag grüßt alle Sozialdemokraten in der Zone, die trotz der Verfolgungen ausharren und ihre Gesinnung bewahren. Er teilt ihren Glauben und ihre Gewißheit, daß die Sozialdemokratie in Mitteldeutschland das Ulbricht-Regime ebenso überleben wird, wie sie das Hitler-Regime überlebte. Seine Grüße an die gesamte Bevölkerung Mitteldeutschlands verbindet der Parteitag mit seiner Entschlossenheit, alles zu tun, was das Los der mitteldeutschen Landsleute erleichtert und unser deutsches Volk seiner Wiedervereinigung in Freiheit ein Stück entgegenbringt.

3. Algerien

(Antrag 21. Abs. 3 und 4 bei einer Stimme Enthaltung angenommen)

Die deutschen Sozialdemokraten begrüßen die Bemühungen jener französischen Demokraten und Sozialisten, die sich für die Durchsetzung einer Politik des Friedens und der Selbstbestimmung für Algerien einsetzen. Alle Bestrebungen zur Beendigung des Algerienkrieges mit dem Ziel einer gesicherten Selbstbestimmung für das algerische Volk werden von ihnen unterstützt.

Die SPD setzt sich in der Bundesrepublik für die Gewährung des Asylrechts für algerische Flüchtlinge ein und fordert die Aufhebung der Diskriminierung für Algerier. Die Partei wird wie bisher den algerischen Flüchtlingen bei der Einordnung in die deutschen Verhältnisse solidarisch beistehen und bemüht sein, für algerische Flüchtlinge Berufsausbildungsplätze und Studienmöglichkeiten zu schaffen.

4. Israel

(Antrag 26 einstimmig angenommen)

Der Parteitag unterstützt den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in seiner Auffassung, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel möglich und notwendig geworden ist. Auch die begründeten Bedenken, daß eine Anerkennung Israels zu Konsequenzen hinsichtlich der Haltung einzelner arabischer Staaten gegenüber der Pankower Regierung führen könnte, dürften einem Akt nicht im Wege stehen, dessen moralische und politische Bedeutung von einzigartigem Gewicht ist.

B) Zur Begründung:

Deutsche Außenpolitik

Erich Ollenhauer: „Seit Monaten ist es unbestreitbar, daß die außenpolitische Entwicklung eine Überprüfung der außenpolitischen Situation der Bundesrepublik und der ihr gegebenen Möglichkeiten notwendig macht. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat am 30. Juni in der Rede von Herbert Wehner die Notwendigkeit einer außenpolitischen Bestandsaufnahme überzeugend begründet und die Bereitschaft der Sozialdemokratie zu einer solchen gemeinsamen Bestandsaufnahme erklärt. Die CDU hat darauf geantwortet, daß für sie eine solche Bestandsaufnahme überflüssig sei; aber wenn die SPD eine gemeinsame Außenpolitik wolle, brauche sie sich nur der Außenpolitik der Regierung und der CDU anzuschließen.“

„Das ist eine unaufrichtige und demagogische Antwort, diktiert vom blinden Egoismus einer politischen Partei, die dazu noch ihre Kräfte überschätzt. Es geht nicht um die Annahme der Außenpolitik des Bundeskanzlers und seiner CDU durch die Sozialdemokratie. Es geht auch nicht um eine Blankovollmacht für eine künftige Außenpolitik der Regierung. Es ging uns und es geht uns noch um eine deutsche Außenpolitik, der alle Parteien zustimmen können und zustimmen, ehe es zu spät ist!“

„Unser Angebot ist geboren aus dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem nationalen Schicksal unseres Volkes. Nur bei einem Höchstmaß von Gemeinsamkeit wird es zu meistern sein. Niemand vermag die Entwicklung der internationalen Politik in der nächsten Zukunft vorauszusehen. Die Verschlechterung der internationalen Lage seit dem Zusammenbruch der Gipfelkonferenz in Paris im Mai dieses Jahres, ist unbestreitbar. Ihr müßt mit allen Kräften entgegengewirkt werden. Die Fortsetzung des Wettrüstens, vor allem auf atomarem Gebiet, ist keine Lösung! Sie kann nur in die Katastrophe führen. Beide Seiten sind sich darüber klar.“

Willy Brandt: „Deutsche Außenpolitik darf nicht zur bloßen Akklamation der Politik anderer werden. Der beste Verbündete ist nicht der Ja-Sager, sondern derjenige, der in voller Verantwortung auch seine Gesichtspunkte zum Tragen bringt. Der volle Beitrag der Bundesrepublik für den Westen kann erst fruchtbar werden, wenn wir uns nicht vor eigenen Ideen scheuen. Wir werden das Vertrauen unserer Freunde nur bewahren und neu gewinnen, wenn wir mit ihnen unsere selbständig erarbeiteten Vorschläge und Einwände besprechen, um dann unser Gewicht ohne Vorbehalt in die Waagschale werfen zu können.“

Herbert Wehner: „Wir müssen klarmachen, was wir, die Sozialdemokraten, für das nationalpolitisch Wichtigste halten, nämlich das Ringen um eine aus gemeinsamen Bemühungen aller deutschen Parteien, aller demokratischen Parteien, zu entwickelnde deutsche Außenpolitik. Und wenn dabei klar wird, daß der gegenwärtige Bundeskanzler das Hindernis dagegen ist, und wenn viele das auch dank unserer Haltung und dank dieses krassen Gegensatzes zwischen der Haltung Adenauers und der unseren und den tatsächlichen Gegebenheiten begreifen lernen, dann hat der Wähler zu entscheiden.“

„Gemeinsamkeit ist nicht Gefolgschaft. Gemeinsamkeit ist auch nicht Verschmieren der Gegensätze. Gemeinsamkeit ist das Ergebnis redlicher Prüfung der Gegebenheiten am runden Tisch und des Entschlusses, das Bestmögliche herauszuholen, sei es in direkter Übereinstimmung auch in den praktischen Bemühungen, sei es in recht verstandener Arbeitsteilung, die etwas anderes ist als etwa das Schauspiel von Marionetten.“

„Überhaupt soll man sich einmal angewöhnen — und das sage ich insbesondere an die Adresse der wohlmeinenden Presse —, dagegen einzuschreiten, daß, wenn die Bundesregierung von Außenpolitik redet, das schon die deutsche Außenpolitik wäre. Das ist zunächst die einer vergangenen Periode zugehörige Außenpolitik des Kanzlers, deren Bewährungsprobe bei diesen sich turmhoch vor uns auftürmenden neuen Problemen noch zu bestehen sein wird. Und wir wissen schon, wie dies ausgehen muß, wenn man sich nicht endlich dort besinnt, daß es sich um eine gesamt nationale Frage, um ein gesamt nationales Problem und nicht um ein parteiegoistisch zu lösendes Problem handelt.“

„In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine demokratische Alternative zur gegenwärtigen Regierung, das heißt auch eine demokratische Alternative für diejenigen im Ausland, die mit der Bundesrepublik Verträge abgeschlossen haben. Sie können und sie dürfen sich auf die Sozialdemokratische Partei als demokratische Partei verlassen.“

Erich Ollenhauer: „Das Vertrauen zum freien Westen, zur freien Welt und zu den Völkern, die in Freiheit leben, war in der deutschen Sozialdemokratie schon vorhanden, wurde gepflegt und wurde Ausgangspunkt deutscher Politik, lange bevor viele von den Politikern auf der Bühne des Lebens standen, die heute meinen, sie könnten uns Lehren erteilen, und die in vollem Bewußtsein der Unaufrichtigkeit ihrer Bemerkungen behaupten, daß die Sozialdemokratie antiwestlich eingestellt sei. Eine solche Feststellung richtet den Mann, der sie trifft, selbst, und es ist bezeichnend, daß dieser Mann Bundeskanzler in der Bundesrepublik Deutschland sein kann.“

Willy Brandt: „Unser ‚Appell‘ unterstreicht die Tatsache, daß wir fest in der westlichen Gemeinschaft stehen und am werdenden Europa mitarbeiten. Deutsche Politik heute und in den vor uns liegenden Jahren kann nur von dieser Grundlage aus gestaltet werden. Wir sind keine Wanderer zwischen den Fronten. Wir wissen, wohin wir gehören.“

Herbert Wehner: „Aber ungeachtet aller Kritik: In den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West ist die Stellung der Bundesrepublik und damit auch die Stellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unverrückbar auf der Seite des Westens. Die Bundesrepublik ist ein zuverlässiger Verbündeter. Und wir Sozialdemokraten stellen unter Beweis, daß es in der Bundesrepublik Deutschland nicht bloß innenpolitisch eine zuverlässige demokratische Alternative zur gegenwärtigen Bundesregierung gibt, sondern auch außenpolitisch im Hinblick auf die von der und mit der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträge. Es gibt für die Sozialdemokratische Partei weder die Flucht aus demokratisch zustande gekommenen Verträgen, noch das Mogeln mit solchen Verträgen. Grundsätzlich können Verträge nur auf demselben Wege geändert, d. h. verbessert werden, auf dem sie zustande gekommen sind. Das sagen wir an die Adresse anderer, zum Beispiel an die Adresse Frankreichs im Falle der Europaverträge und des Nordatlantikpaktes, oder an die Adresse der Sowjetunion im Falle der Viermächteabkommen und der Abkommen zwischen Bonn und Moskau. Wir sagen es auch uns selbst.“

„Wir Deutschen können uns dem Ost-West-Konflikt nicht entziehen. Wir sind nicht frei, uns außerhalb dieses Konfliktes zu halten. Unser eigenes Land ist zum Austragungsort dieses Konfliktes geworden. Unser Volk ist sowohl Objekt als auch Subjekt in diesem Konflikt. Aber unsere Außenpolitik bekommt es in zunehmendem Maße mit Völkern zu tun, die es ablehnen, daß sich die Gegensätze zwischen Ost und West auf ihren Territorien abspielen, und die in ihrem Verhalten in den Vereinten Nationen und auch sonst in der internationalen Politik bewußt eine nichtgebundene Position einzunehmen trachten. Unsere Außenpolitik bedarf ganz entschieden größerer Elastizität, wenn sie den neuen Erscheinungen und Aufgaben gerecht werden soll.“

„Es ist der Zeitpunkt, zu entscheiden, wie es weitergehen soll. Unsere sozialdemokratische Entscheidung ist eindeutig: Wir Sozialdemokraten werden nicht müde werden, an die anderen demokratischen Parteien und an das ganze Volk zu appellieren, die außenpolitischen Probleme, vor die uns das mit dem Jahre 1960 begonnene Jahrzehnt stellen wird, in größtmöglicher Geschlossenheit zu bewältigen.“

Politik für Europa

Erich Ollenhauer: „Wir geben die Überzeugung nicht auf, daß auf dem Wege zu diesem Ziel internationale Verhandlungen zwischen Ost und West ein europäisches Sicherheitssystem schaffen können, und daß in schrittweisen, gleichwertigen Abrüstungsmaßnahmen auch ein ehrenvoller und ausreichender militärischer Status für Deutschland festgelegt werden kann. Damit wären auch Möglichkeiten für eine ebenfalls schrittweise Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen, die den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes und seiner Nachbarn gerecht werden muß.“

Willy Brandt: „Um die Europapolitik steht es nicht gut. Eine engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit bleibt dringend erforderlich. Das europäische Schiff liegt in einem seichten Wasser und in einer Flaute. Neue Initiativen sind nötig, um Europa über die traditionelle bloße Zusammenarbeit hinauszubringen. Das gilt für ganz Europa.“

Herbert Wehner: „Wir haben auch auf gewisse Erfahrungen verweisen dürfen, die wir in bezug auf die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben machen können. Diese Gemeinschaft haben wir – und mit Recht, da haben wir nichts zurückzunehmen – sehr kritisch betrachtet; nicht, weil wir gegen europäische Zusammenschlüsse sind. Die Sozialdemokratische Partei muß sich da nicht in den Wettbewerb mit den „Nachkriegseuropäern“ begeben, denn sie war in Deutschland die Partei, die sich im Jahre 1925 im Heidelberger Programm als erste zu den Vereinigten Staaten von Europa bekannt hat, und zwar nicht nur bekannt hat, sondern es praktiziert hat in einer Zeit, in der man das auf gewissen Seiten noch als einen Ausfluß vaterlandslosen Gesellentums bezeichnet hat. Daran erinnern wir uns noch.“

Verantwortung in der Welt

Erich Ollenhauer: „Wir müssen ein eindeutiges, positives, kameradschaftliches Verhältnis zu all den Völkern einnehmen, die jetzt ihre nationale Selbständigkeit errungen haben und nun dabei sind, die schwere Aufgabe der Gestaltung ihrer inneren gesellschaftlichen Ordnung zu lösen. Sie brauchen Hilfe, sie brauchen personelle und materielle Hilfe. Sie brauchen Vertrauen und guten Willen. Diese Werte müssen gegeben werden von Partner zu Partner, ohne politische Bedingungen, ohne egoistische Profiterwägung und ohne den Versuch, neue Abhängigkeiten für die Zukunft zu schaffen. Nur wenn wir dem neuen Kolonialismus des Ostens diese Alternative der freien Welt gegenüberstellen, schaffen wir das Vertrauen, das allein die Grundlage eines dauerhaften, positiven Verhältnisses der jungen Völker Asiens und Afrikas zur freien Welt sein kann.“

„Wenn die Bundesrepublik diese Vorstellungen zur Grundlage ihrer Politik der Förderung der Entwicklungsländer machen würde, dann wäre das der stärkste Beweis dafür, daß das neue Deutschland die alten imperialistischen Vorstellungen aufgegeben hat und den Weg der Verständigung und der Partnerschaft mit allen Völkern gehen will. Eine solche Politik wäre geeignet, die Phantasie der jungen Menschen anzuregen und ihnen neue weltweite Aufgaben im friedlichen Wettbewerb zu stellen. Sie wäre geeignet, den Vorstellungen des Nationalismus und der Vorherrschaft,

die in der Geschichte unseres Volkes eine so verhängnisvolle Rolle gespielt haben, das Ideal einer friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern entgegenzusetzen.“

„Es ist eine neue Welt im Werden. Die Völker Asiens, Afrikas und Südamerikas treten heute als selbständige Faktoren in das Weltgeschehen ein. Es geht nicht mehr nur um die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für diese Völker; es geht um eine sinnvolle und vernünftige und vor allem um eine friedliche Realisierung der Wünsche dieser Völker nach einem Leben unter eigener Verantwortung! Wir Sozialdemokraten bekennen uns heute wie seit Jahrzehnten zu diesem Prinzip der Selbstbestimmung für alle Völker ohne Unterschied der Rasse, der Farbe oder der Religion.“

Willy Brandt: „Keiner von uns ist reich, solange es Kinder gibt auf dieser Welt, die eine Mahlzeit als Luxus empfinden. Das ist widernatürlich, genauso widernatürlich wie die Tatsache, daß die Zonenpropaganda die Bundesrepublik in vielen Entwicklungsländern überrundet hat. In Wahrheit aber sind die Völker, die ihr Selbstbestimmungsrecht errungen haben oder dabei sind, es zu erringen, unsere natürlichen Freunde. Wir haben unsere Hilfe und unsere Modelle anzubieten, damit jedes dieser Völker sich schöpferisch entsprechend der eigenen Tradition uniformt. Ich bin auch hier mit Kennedy der Meinung, daß es einer dynamischen Außenpolitik in der Schlacht um die Seelen Asiens und Afrikas bedarf. Dabei verbietet der Respekt vor der Selbstbestimmung dieser Völker, ihren eigenen Weg durch uns abstecken zu wollen.“

Herbert Wehner: „Das Problem der Entwicklungshilfe, das heißt der materiellen und der geistigen Hilfe für Länder, die unter dem Begriff „Entwicklungsländer“ zusammengefaßt werden, ist weit mehr als ein Problem mit finanz-, handels-, wirtschafts- und kulturpolitischen Seiten. Es ist vor allem das Problem der politischen Präsenz in allen diesen Ländern. Präsenz ist noch mehr als Repräsentation. Es ist auch die Bereitschaft zu Rat und Tat. Sie setzt das politische Einfühlungsvermögen in die Probleme dieser Völker und ihrer Länder voraus. Das politische Einfühlungsvermögen kann aber nur dann und nur insoweit vorhanden und wirksam sein, wenn bei uns selbst Klarheit darüber herrscht, daß Kolonialismus – gleichgültig, in welcher Form und unter welchen modernen Verkleidungen – nicht mehr in unser Jahrzehnt gehört. Partnerschaft ist das neue Verhältnis. Wir müssen bereit sein und uns bereit halten, auch die Bürde der Partnerschaft zu tragen.“

Ziel bleibt Wiedervereinigung

Erich Ollenhauer: „Unser unverändertes Ziel bleibt die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit mit einem wiedervereinigten Berlin als Hauptstadt.“

„Schließlich ist die Tatsache nicht zu bestreiten, daß die bisherige Außenpolitik der Bundesregierung ihr entscheidendes Ziel, nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands, nicht erreicht hat. Es geht daher um die einfache Frage, ob die CDU bereit ist, gemeinsam mit uns die gegenwärtige außenpolitische Situation zu untersuchen, um festzustellen, ob es Möglichkeiten gemeinsamen Handelns aller demokrati-

sehen Kräfte in der Bundesrepublik in wichtigen außenpolitischen Fragen unseres Volkes gibt.“

„Die Außenpolitik der Bundesregierung darf die Erreichung dieses Zieles nicht erschweren oder gar blockieren. Es ist vielmehr ihre vordringliche Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Deutschlandfrage auf der Tagesordnung der internationalen Politik bleibt. Eine Lösung des deutschen Problems in einem Zuge oder eine isolierte Lösung ist heute nicht mehr zu erreichen.“

„Die deutsche Bundesregierung muß nun endlich einmal eigene Vorstellungen über die Lösung dieser Fragen und des deutschen Problems entwickeln.“

Willy Brandt: „Die Unionspartei hat nicht erreichen können, was sie verspricht: daß die Westintegration und die Wiederbewaffnung mit einer gewissen Automatik zur Wiedervereinigung führen würde. Die Sozialdemokratische Partei hat nicht erproben können, ob mit anderen Methoden bessere Ergebnisse zu erlangen waren. Es steht nicht gut um die gesamtdeutsche Sache. Tatsache ist sogar, daß nicht einmal das deutsche Ansehen so gefestigt ist, wie es zeitweilig scheinen mochte. . . . In einer solchen Situation müssen alle guten Kräfte und alle brauchbaren Ideen in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt werden. Das Bemühen um mehr Gemeinsamkeit entspricht einer staatspolitischen Notwendigkeit. Wenn die jetzige Regierung die gemeinsame Politik in den Existenzfragen unseres Volkes nicht erreicht, dann werden wir sie erreichen. Die Frage der Gemeinsamkeit wird — unabhängig vom Wahlkampf — nicht mehr von der Tagesordnung der deutschen Politik verschwinden.“

„Wir können uns eine selbstbewußte Ostpolitik leisten. Wir müssen endlich unsere Passivität überwinden und geistig und politisch stärker auf die Zone einwirken. Nicht einmal Ulbricht kann sich erlauben, die Wiedervereinigung, die er nicht will, öffentlich abzuschreiben. Was immer die Zonenmachthaber tun, sie können nicht ignorieren, daß es das andere, eigentliche Deutschland gibt. Alles, was die Bundesrepublik versteinern läßt, dient Ulbricht. Wir haben keine Politik der chinesischen Mauer nötig. Polizeiverordnungen sind kein Ersatz für fehlende Politik.“

„Wir haben uns militärisch zu sichern. Wir haben uns gegen einseitige Machtveränderungen durch den Ostblock zu wehren, aber wir haben zugleich die Voraussetzungen zu schaffen für jede Auseinandersetzung, außer der des Krieges. Die Bundesrepublik muß auch auf diesem Gebiet mit der Zeit gehen. Sie darf nicht stehenbleiben; unsere Verbündeten erwarten für die neue weltpolitische Phase einen deutschen Beitrag. Wir werden ihn leisten.“

Herbert Wehner: „Das redliche, unverdrossene und einfallsreiche Inangriffnehmen der neuen Probleme kann einer unserer Beiträge werden, die schmerzlichen Auseinandersetzungen, denen unser Volk im Ost-West-Konflikt ausgesetzt ist und die es zu bestehen hat, wenn es sich nicht selbst aufgeben will, zu einem auch für uns positiven Ergebnis zu führen.“

Erich Ollenhauer: „Um so dringlicher ist die Verteidigung und Erhaltung des Gegenwärtigen, so auch des Status von Berlin. Seine wirtschaftliche

Existenz, seine lebenswichtigen Verbindungen mit der Bundesrepublik, die Freiheit und die Rechte seiner Bürger dürfen nicht gefährdet werden. Der Sonderstatus Berlins, auf der Basis der alliierten Verträge, muß erhalten bleiben, solange die Einheit Deutschlands nicht verwirklicht ist.“

„Die nächsten Monate können uns im Blick auf Berlin vor schwere Entscheidungen stellen. Wir hoffen auf die Einsicht aller Beteiligten, daß die Freiheit Berlins erhalten werden muß. Wir haben Vertrauen zu den Westmächten und nicht zuletzt zu den eindeutigen Erklärungen, die der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. Kennedy, in bezug auf Berlin abgegeben hat.“

„Der Parteivorstand hat den Antrag 85 als Protesterklärung zur Lage in der Sowjetzone Deutschlands vorgelegt. Wir haben in dieser Protesterklärung die letzte Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone in all ihrer Verhärtung und Verschärfung durch das Terrorsystem aufgezeigt.“

„Wir sind der Meinung, daß wir über den Aufgaben, die uns hier gestellt sind, nicht vergessen und nicht übersehen dürfen, was sich in der Zone abspielt und wie dort in diesem Teile Deutschlands die Rechte der Bevölkerung, nicht zuletzt auch der arbeitenden Menschen, immer weiter und radikaler abgebaut werden, so daß man dort immer mehr zu dem vollständigen Totalismus des kommunistischen Regimes kommt.“

„Ich will hier nicht im einzelnen all die Maßnahmen aufzeigen, die in der Protesterklärung festgehalten sind, aber ich möchte mit allem Nachdruck auf die Protesterklärung hingewiesen haben, und zwar nicht nur hier für uns, sondern für alle, für unsere Partei und für die ganze deutsche Öffentlichkeit.“

„Wenn wir uns zur Wiedervereinigung Deutschlands bekennen und wenn wir immer wieder erklären, daß wir dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren dürfen, dann gehört dazu, daß wir uns auch in unserer täglichen Arbeit der Lage bewußt sind, in der 17 Millionen Menschen in der Zone heute leben müssen.“

„Ich bin der Meinung, daß es hier nicht nur um eine politische Forderung, sondern um ein ernstes, tiefes menschliches Anliegen geht. Es sollte niemand in der Bundesrepublik ruhig sein können bei dem Gedanken, daß der andere Teil Deutschlands mit 17 Millionen unserer Landsleute unter derart bedrückenden und menschenunwürdigen Bedingungen leben muß. Und wir sollten aus dem Wissen um diese tragische Lage immer von neuem auch den Willen und die Kraft ziehen, hier tatsächlich nicht müde zu werden in der Bearbeitung aller Möglichkeiten, einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands näherzukommen, die auch diesen Menschen die Freiheit und ein Leben in sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit geben kann.“

„Ich möchte in dieser Stunde unter Hinweis auf die Zustände in der Zone auch derjenigen Menschen aus allen politischen Lagern gedenken, die trotz des Terrors in der Zone nicht müde geworden sind, ihre Auffassungen aufrechtzuerhalten und diesem System inneren Widerstand zu leisten.“

„Herbert Wehner hat in seiner Eröffnungsrede am Montagnachmittag von der stummen Armee in der Sowjetzone gesprochen. Das war ein

wahres Wort. Und wir sollten jetzt am Ende der politischen Arbeit unseres Parteitages unsere Gedanken noch einmal an diese Menschen richten und uns ihrer Lage bewußt werden. Ich glaube, ich kann das nicht besser tun, als den letzten Absatz unserer Protesterklärung hier zu verlesen“: „Der Parteitag grüßt alle Sozialdemokraten in der Zone, die trotz der Verfolgungen ausharren und ihre Gesinnung bewahren. Er teilt ihren Glauben und ihre Gewißheit, daß die Sozialdemokratie in Mittelddeutschland das Ulbricht-Regime ebenso überleben wird, wie sie das Hitler-Regime überlebte. Seine Grüße an die gesamte Bevölkerung Mittelddeutschlands verbindet der Parteitag mit seiner Entschlossenheit, alles zu tun, was das Los der mitteldeutschen Landsleute erleichtert und unser deutsches Volk seiner Wiedervereinigung in Freiheit ein Stück näherbringt.“

Gegner ist der Kommunismus

Erich Ollenhauer: „Die außenpolitische Auseinandersetzung wird weitgehend von dem Machtwillen des Kommunismus bestimmt. Diese Politik des Bolschewismus, wie immer sie zeitweise gekleidet sein mag, verzichtet nicht auf ihr Ziel, die ganze Welt ihrer Macht zu unterwerfen. Die Sozialdemokratische Partei hat seit Bestehen des Kommunismus und des Bolschewismus — und lange Zeit fast allein — den Kampf gegen diese Feinde des Fortschritts und der Freiheit, des Rechtes und der Menschenwürde mit aller Konsequenz geführt und hat ungezählte Opfer für den Sieg der Demokratie und des freiheitlichen Sozialismus gebracht.“

Herbert Wehner: „Wir möchten ganz eindeutig feststellen, daß es offensichtlich kommunistische Absicht ist, Deutschland geteilt zu halten, wenn man es schon nicht als Ganzes in den Griff kriegen konnte. Seit der sowjetischen Berlin-Note vom November 1958 und seit der Januar-Note des Jahres 1959 ist es unverkennbar, daß die sowjetische Politik die Besiegelung und die Zementierung der Teilung Deutschlands zur Grundlage ihrer Mitteleuropa-Politik gemacht hat. Sowjetischerseits haben wir es seither mit dem Dogma „Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten“ und dem dazugehörigen Dogma „Freistadt-Status für West-Berlin“, das heißt also mit einer Vierteilung Deutschlands — weil die Gebiete jenseits der Oder und Neiße sowieso als endgültig in fremden Besitz übergegangen und annektiert behandelt werden sollen — zu tun. Das ist eine noch viel schwierigere Ausgangsposition für Verhandlungen, als es frühere sowjetische Forderungen gewesen sind. Der kommunistische Separatismus auf deutschem Boden, der in Ulbricht verkörpert ist, hat durch diese sowjetischen Postulate Deckung erhalten.“

Willy Brandt: „Der Krenl hat aus der Tatsache des militärischen Gleichgewichts seine Folgerungen gezogen und den friedlichen Wettkampf beider Systeme verkündet. Wir werden diese Politik der „friedlichen Koexistenz“ nur begreifen, wenn wir wissen, daß sie Druck, Erpressung, Sprengung aller üblichen diplomatischen und politischen Formen einschließt.“ „Wir erleben, daß westlicher Wohlstand vom Osten zum Maßstab und teilweise zum Vorbild proklamiert wird. Wer heute Ost und West an den Maßstäben von Wohlstand und Freiheit mißt, kommt zu dem Ergebnis: Der Kommunismus propagiert und verspricht den Wohlstand, die Freiheit verspricht er nicht einmal.“

Die CDU trägt die Verantwortung

Erich Ollenhauer: „Es ist kaum anzunehmen, daß die CDU auch in den kommenden Monaten, die doch aller Voraussicht nach sehr schwere Entscheidungen für die deutsche Frage und möglicherweise sehr harte Entscheidungen bringen werden, bei ihrem Namen bleiben will oder kann. Aber wenn sie sich dann in die Obhut anderer demokratischer Kräfte flüchten und aus der alleinigen Verantwortung davonschleichen möchte, wollen wir rechtzeitig darauf hingewiesen haben, daß es heute eine Pflicht vor dem Schicksal unseres Volkes ist, endlich eine tragfähige Grundlage für eine Außenpolitik zu schaffen, zu der alle Parteien, zu der die ganze Nation stehen kann.“

Fritz Erler: „Außenpolitik — das mag hart klingen — läßt sich schlecht gründen auf Hoffnungen und Wünsche. Man muß in der Außenpolitik allgemeine Ziele haben — und die haben wir niedergelegt —, denen man zustrebt. Man muß — sonst bleibt man einfach aus dem Geschehen draußen — Außenpolitik gründen können auf die Tatsachen, die man vorfindet, auf die Informationen, die man sich weltweit und nicht nur in unserem Lande zu beschaffen hat, und auf die nüchterne Einschätzung der Interessen aller Beteiligten, auch im Ausland. Außenpolitik läßt sich nämlich nicht einfach am Reißbrett machen, indem sich einer etwas ausdenkt, einen Plan allein zu Papier bringt und sagt: nehmt ihn hin. Außenpolitik muß zwar ausgehen von einer eigenen Vorstellung, aber dann setzt das schwierige Geschäft ein, die anderen Partner innerhalb und außerhalb der Allianz von dem zu überzeugen, was man dabei will. Das ist der schwierigste Punkt der Außenpolitik... Was dabei in die Brüche geht, wenn die deutschen Parteien die Außenpolitik benutzen, um übereinander herzufallen, ist die Wirksamkeit deutscher Außenpolitik nach außen überhaupt.“

Willy Brandt: „Wir müssen erkennen, daß es weithin nicht gut steht mit unserem Ansehen in der Welt. Ich habe mich davon auf mancher Auslandsreise, auch bei dem Besuch in der vorigen Woche in Griechenland, in Israel und in Italien, überzeugen können. Ich habe dabei feststellen müssen, daß es immer wieder nötig ist, Mißtrauen abzubauen, Vertrauen zu gewinnen. Ich habe mich bemüht, freundschaftliche Bande zu knüpfen, unsere Stellung in der Welt stärken zu helfen. Ich habe die Stellung unserer Vertriebenen erklärt und hatte mich mit den negativen Nachwirkungen mancher Sonntagsrede auseinanderzusetzen. Es ist dann peinlich, wenn einem bei solchen Gelegenheiten ausgerechnet Mitglieder der Bundesregierung in den Rücken fallen.“

Herbert Wehner: „Wenn man einwendet, es komme ja — nach einem vielzitierten Wort — nicht auf die gemeinsame, sondern auf die richtige Außenpolitik an, so haben wir diesem Einwand entgegenzusetzen: Erstens: Es besteht größere Aussicht, die richtige Außenpolitik zustande zu bringen und den neuen Problemen gegenüber durchzuhalten, wenn man sie gemeinsam erarbeitet, als wenn man Außenpolitik zum Monopol der regierenden Partei oder ihres Chefs macht. Zum anderen: Gemeinsamkeit wird angesichts der Eigenart und der Vehemenz der Probleme, mit denen wir es zu tun bekommen werden, nicht einfach nur eine Methode, sondern ein Charakterzug auch des Inhaltlichen der Außenpolitik werden müssen.“

„Im Interesse der Handlungsfähigkeit des Westens und der für die deutsche Außenpolitik lebensnotwendigen inneren Stabilität der Bundesrepublik muß dem Mißbrauch der Außenpolitik zur Fortsetzung der innerpolitischen Gegensätze ein Ende gemacht werden. Unsere Partei wird dazu ihren Teil beitragen.“

„Für die weitere Entwicklung der deutschen Außenpolitik ist eine intakte und moralisch-politisch integre Sozialdemokratische Partei lebensnotwendig. Sie kann und sie darf sich nicht damit begnügen, zu postulieren und zu verkünden, was eigentlich wünschenswert wäre und getan werden müßte, wenn die Umwelt nicht so wäre, wie sie eben ist. Sie muß sich entschieden dafür einsetzen, auch im Bund den Einfluß zu erringen, den sie mit Recht vielerorts schon in den Gemeinden und in den Ländern hat, weil dort ihre hingebende Fähigkeit zur Aufbauarbeit und zur Gewährleistung von mehr und mehr sozialer Gerechtigkeit praktisch unter Beweis gestellt werden konnte, während sie im Bund vielfach das Opfer einer skrupellosen, ihr Willen verzerrenden und breite Wählerschichten täuschenden Propaganda geworden ist.“

II. Sicherheit für Deutschland

A) Wortlaut des Beschlusses

(ANTRAG 83, angenommen gegen 17 Nein-Stimmen und bei 20 Enthaltungen.)

Die weltpolitische Entwicklung des letzten Jahres hat bewiesen, daß die im Godesberger Programm gesteckten außen- und sicherheitspolitischen Ziele den Notwendigkeiten unserer Zeit entsprechen.

Nur eine allgemeine und wirksam kontrollierte Abrüstung sowie die Stärkung der UNO in ihrer Aufgabe, den Frieden zu sichern, sind imstande, die Menschheit von dem Alpdruck des Wettrüstens zu erlösen und die Gefahr ihres Unterganges zu bannen. Deshalb muß zäh und beharrlich um jeden Schritt zu diesen Zielen hin gerungen werden. Wirksame Abkommen zur kontrollierten Begrenzung der Rüstungen und bessere Formen internationaler Sicherheit müssen erreicht werden.

Die Bundesrepublik Deutschland bedarf des Schutzes durch das NATO-Bündnis, zu dem sie in loyaler Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihren Beitrag leistet. Das westliche Bündnis darf nicht einseitig geschwächt werden. Abrüstung muß gleichwertig auf beiden Seiten sein und kontrolliert werden.

Sinnvolle Aufgabenteilung verstärkt die Wirkung des Bündnisses und ermöglicht es, die Zahl der mit Atomwaffen ausgerüsteten Armeen nicht zu vergrößern. Die Bundeswehr muß wirksam ausgestattet und ausgerüstet werden. Auf eine Vermehrung der Zahl der Atomkräfte und deshalb auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr soll die Bundesrepublik nicht hinwirken.

Die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedarf der Mitwirkung der Staatsbürger.

B) Zur Begründung:

Was sagt der Beschluß?

Fritz Erler: „Der Antrag 83 enthält zunächst im ersten Absatz das eindeutige Bekenntnis zum Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und zu den dort gesteckten außen- und sicherheitspolitischen Zielen.“

Der Antrag geht dann aber in den folgenden Absätzen nicht davon aus, daß es für die nächste Runde praktischen Handelns darauf ankomme, all diese Ziele noch einmal zu proklamieren. In der nächsten Runde kommt es darauf an, welche Schritte unsere Partei und vom nächsten Jahr an hoffentlich eine andere Bundesregierung unternehmen kann, um soviel wie möglich von diesem Programm in die Wirklichkeit umzusetzen. Das ist die Bedeutung dessen, was dann kommt.“

„Da schildern wir zunächst im Absatz 2 die Bemühungen die unternommen werden müssen, um dem Ziel der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung näherzukommen. Aber darin ist ein sehr praktischer Satz, daß man nämlich zäh und beharrlich um jeden Schritt ringen muß. Darin steckt die Vorstellung, daß die Abrüstung eben nicht als ein geschlossenes Ganzes vom Himmel fällt, und darin steckt auch der Vorwurf an alle jene, die zwar von allgemeiner Abrüstung reden, aber bisher durch ihr Veto und durch ihre Quertreibereien jeden praktischen Schritt mit zum Scheitern gebracht haben.“

„Im Absatz 3, und zwar unmittelbar anschließend an die außenpolitische Resolution, haben wir noch einmal klar die in der gegenwärtigen Lage für uns bestehende Funktion des NATO-Bündnisses dargelegt und uns dazu bekannt, daß auch die Sozialdemokratie in loyaler Erfüllung der Verpflichtungen des Bündnisses ihren Beitrag dazu zu leisten bereit ist. Darin findet sich der angesichts der weltpolitischen Diskussion der letzten Monate entscheidend wichtige Satz, daß das westliche Bündnis nicht einseitig geschwächt werden darf, sondern daß die Abrüstung gleichwertig auf beiden Seiten und kontrolliert stattfinden muß.“

„Der Absatz 4 handelt von der Aufgabenteilung, die dazu bestimmt ist, dieses Bündnis so wirksam wie möglich zu machen, aber gleichzeitig die Verteidigungsorganisation auch so zu gestalten, daß das Ziel der Begrenzung der Rüstungen, das Ziel des Kleinhaltens des Atomklubs durch die Organisation der westlichen Verteidigung nicht ohne Not in Gefahr gebracht werden darf, daß also Aufgabenteilung dafür sorgen muß, daß die Zahl der mit Atombomben ausgerüsteten Staaten nicht ins Aschgraue wächst.“

„Wer bereit ist, diesen Grundsatz zu akzeptieren, der muß mit gutem Beispiel auch sein eigenes Land einschließen, weil es ziemlich sinnlos ist, Abrüstungsschritte bei anderen zu fordern, sich selbst aber davon auszuschließen. Daher soll — aber auf diesen Punkt komme ich noch zurück — die Politik des Bundes auf eine Vermehrung der Zahl der Atomkräfte und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr nicht hinwirken.“

„Bevor ich auf diesen Punkt zurückkomme, will ich noch den letzten Absatz erwähnen, in dem der Satz steht, daß die Verteidigung der freiheitlich-demo-

kratischen Grundordnung der Mitwirkung aller Staatsbürger bedarf. Wie diese Mitwirkung in einer arbeitsteiligen Gesellschaft am besten zu gestalten ist, das muß nach politischen Notwendigkeiten und militärischen Zweckmäßigkeiten entschieden werden. An diese Fragen kann man -- ich darf hier an die Diskussion in Bad Godesberg erinnern -- nicht dogmatisch herangehen. Jeder Entschluß zu praktischen Maßnahmen muß sich auf vielseitige Information, auf sorgfältiges Studium aller Auswirkungen und auf Verhandlungen mit den Verbündeten gründen. Es gilt, das für die Verteidigung erforderliche Geld so zweckmäßig wie möglich auszugeben, um die Arbeitskraft der Bürger so maßvoll wie möglich in Anspruch zu nehmen."

... bitte ich darum, angesichts des auseinanderstrebenden Charakters der verschiedenen Abänderungsanträge genau bei dem Text zu bleiben, den der Parteivorstand hier vorgeschlagen hat, weil er den Intentionen des Godesberger Programms entspricht, aber gleichzeitig auch klar macht, was praktisch heute in der Wahlzeit und morgen von einer Regierung getan werden kann, um erst einmal die ersten Schritte zur Verwirklichung des Programms zu tun, denn das ganze Programm bleibt für die Katz, wenn es keine sozialdemokratische Regierung gibt, die es durchführen kann."

„Es ist auf der anderen Seite auch darüber entschieden worden, ob es richtig wäre, an dieser Stelle die Sätze des Godesberger Programms, daß die Bundesrepublik Deutschland die Bundeswehr nicht mit atomaren und anderen Massenvernichtungsmitteln ausstatten dürfe usw., unverändert zu übernehmen. Das Ergebnis war, daß die Arbeitsgruppe sich mit überwältigender Mehrheit gegen etwa 15 bis 20 Stimmen dafür entschieden hat, den hier vorliegenden Text des Parteivorstandes unverändert zu belassen. Auch der Vorsitzende der Partei, der in die Debatte eingriff, hat sich für die Belassung der Vorlage des Vorstandes in der hier vorliegenden Form ausgesprochen."

„Alle Sprecher haben daraus kein Hehl gemacht, daß sie sich in der Grundlage mit dem Parteivorstand und mit der Arbeitsgemeinschaft, die den Antrag 83 ausgearbeitet haben, einig sind. Sie haben also lediglich dafür plädiert, durch die Ersetzung des einen Wortes „soll“ durch „darf“ diesem Antrag noch einen schärferen Akzent zu geben. Wenn man das isoliert nimmt, würde viel dafür sprechen, so zu verfahren."

„Es ist aber in dieser Debatte mit Recht darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir bei der Formulierung unserer Anträge und auch bei dem Zustandekommen der einzelnen Texte Wert darauf legen müssen, zu beachten, welches Echo sie in der öffentlichen Meinung hervorrufen."

Das Ja zur Landesverteidigung

Erich Ollenauer: „Die erste Aufgabe ist die Sicherung des Bestandes der Bundesrepublik nach außen und innen. In unserem Godesberger Programm haben wir uns zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannt. Wir bejahen diese Pflicht, die jeder Bürger eines Staates hat, und wir anerkennen auch die vertraglichen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik für eine wirksame Verteidigung ihrer eigenen Existenz und der Existenz der mit ihr verbündeten Völker eingegangen ist. Die Entwicklung der internationalen Lage,

die wir nicht ändern können, hat die Erhaltung und Stärkung des Verteidigungsbündnisses des Westens zu einer unerläßlichen Notwendigkeit gemacht."

Willy Brandt: „Absolut verbindlich ist unsere Erklärung, daß wir treu mit allen Rechten und Pflichten zum Verteidigungsbündnis stehen und nichts tun werden, was es gefährden könnte. Das ist eine Bindung, die jeder Kanzlerkandidat für eine sozialdemokratisch geführte Regierung eingehen müßte. Sie genügt, um unserem Verbündeten für den Regierungswechsel des nächsten Jahres Klarheit zu verschaffen. Sie entspricht dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis unseres Volkes. Sie gibt unserer Bundeswehr die Gewißheit, daß sie durch uns bestimmt nicht in die Gefahr gerät, „verheizt“ zu werden."

Fritz Erler: „Wer die loyale Erfüllung der Verträge -- das hat Erich Ollenauer schon gesagt -- durch die Opposition und ihr Bekenntnis zur Landesverteidigung in Zweifel zieht, der ermutigt auf gefährliche Weise die Abenteurlust des Herrn Ulbricht und seiner Auftraggeber."

„Sicherheitspolitik, liebe Freunde, muß ein geschlossenes Ganzes sein: erstens aus den militärischen Bemühungen, die in der Welt von heute unentbehrlich sind; zweitens aus einer Außenpolitik, welche die Kriegsursachen zu mindern und auszuräumen sucht; drittens aus einer überlegenen inneren Ordnung."

Carlo Schmid: „Hochachtung vor jedem echten Pazifismus, der bereit ist, die Konsequenzen aus seiner moralischen Entscheidung zu ziehen. Aber, liebe Freunde, waren nicht doch manche froh, daß sich, als der Aufruf erging, gegen Hitler zu kämpfen, in England, Amerika und anderen Ländern genügend Leute gefunden haben, die nicht Pazifisten waren, sondern die gemeint haben, da muß man eben kämpfen, wenn die Freiheit bedroht ist? Und da muß man wiederum fragen: Lohnt es sich zu kämpfen, auch mit Waffen für die Freiheit zu kämpfen, oder lohnt es sich nicht?"

Kurt Mattick: „Die Realitäten, die die Bundesregierung geschaffen hat, muß man zur Kenntnis nehmen und muß man in einer späteren Auseinandersetzung mit ihnen sukzessive fertig werden. Man kann es aber nicht zu einem Bruch kommen lassen, der zu einer großen Gefahr für die deutsche Politik werden würde... Unsere Politik kann nur darauf ausgerichtet sein, mit der westlichen Allianz gemeinsam zu einer Lösung dieser Probleme zu kommen, in der sich der Standpunkt der sozialdemokratischen Politik wirksam durchsetzen kann."

Ziel: Allgemeine Abrüstung

Erich Ollenauer: „Der einzige Ausweg ist die Abrüstung, eine schrittweise, kontrollierte Abrüstung; eine Abrüstung, die das Gleichgewicht der Kräfte nicht zerstört und die durch Kontrollmaßnahmen gesichert ist, die allmählich das Mißtrauen gegeneinander abzubauen vermag. Es darf keine Anstrengung gescheut werden, um dieses Ziel zu erreichen. Im Vordergrund muß die Abrüstung der atomaren Massenvernichtungswaffen stehen. Über die dauernde Einstellung der Versuchsexplosionen, über die Einstellung der Produktion dieser Waffen, über die Vernichtung der vorhandenen Bestände muß das Ziel des vollständigen Verbots der Verwendung aller atomaren Waffen erreicht werden."

Willy Brandt: „Abwegig und irreführend ist jedenfalls die Behauptung, wir redeten über einseitigen Schwächung des Westens das Wort. Das ist nicht wahr! Niemand kann sich wohlfühlen im Schreckzustand des sogenannten nuklearen Gleichgewichts. Aber wir dürften uns noch weit weniger wohlfühlen, falls der Westen nicht über seine Macht der nuklearen Abschreckung verfügte. Strategisches Gleichgewicht ist jedoch kein Dauerzustand. Solange nicht durch allgemeine Abrüstungs- und Kontrollvereinbarungen dem Rüstungswettrüsten ein Ende gemacht wird, so lange muß man damit rechnen, daß neue Entwicklungen und neue Rüstungen das Gleichgewicht gefährden können. Der Westen muß deshalb ständig um die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts besorgt sein.“

Fritz Erler: „Die Fortsetzung des Wettrüstens beschwört furchtbare Gefahren für die gesamte Menschheit herauf. Das ist uns seit langem bekannt. Dennoch ruht das Maß an relativer internationaler Sicherheit, über das wir heute verfügen, auf dem Gleichgewicht der Abschreckungsmacht der beiden führenden Weltmächte. Dieses Gleichgewicht ist weder stabil, noch vermag es den Frieden auf die Dauer zu sichern. Jeder technische Durchbruch auf einer Seite und das Hineinziehen weiterer Mächte in das atomare Wettrüsten sowie das Erstarken anderer Staaten in eine Weltmachtposition, die bisher keine solche Position innehatten — ich denke an die wachsende Rolle Chinas oder der afro-asiatischen Staaten in den Vereinten Nationen —, alle diese Dinge können zu einer Auflösung des Gleichgewichts und damit zu erhöhten Risiken führen.“

„Es gilt also einem Zustand zuzustreben — er ist noch sehr weit entfernt —, in dem die Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten den gleichen Regeln der Zivilisation unterworfen sind wie die Beziehungen der einzelnen Staatsbürger zueinander innerhalb unserer modernen Staaten.“

„Die Fortsetzung des Wettrüstens hat eigene Gesetzmäßigkeiten und verschärft die Spannungen, während das Bremsen des Wettrüstens und jeder Fortschritt in Richtung auf Beschränkung und Kontrolle der Rüstungen dazu beiträgt, die Spannungen zu mindern und das Klima für weitere Maßnahmen der Abrüstung zu verbessern.“

„Die Tragödie der bisherigen Abrüstungsverhandlungen lag doch wohl darin, daß sie zuweilen mehr der Propaganda als dem Erreichen wirklicher Ergebnisse galt. . . . Außerdem hat ein jeder in der Abrüstungsdiskussion versucht, den anderen abzurüsten, aber die eigene Stärke zu bewahren.“

„Die Gleichwertigkeit beider Seiten ist entscheidend. Vor- und Nachteile müssen für beide Seiten gleichermaßen eingebracht werden. Man muß bereit sein, auch dann gewissen Schritten zuzustimmen, wenn man selbst von ihnen betroffen ist.“

„Ein dauerhaftes Abkommen über die Einstellung der atomaren Versuchsexplosionen wäre ein wesentlicher Fortschritt, denn immer noch hängt wie ein Damoklesschwert die Drohung über uns, daß man jeden Tag damit wieder anfangen kann, denn noch gibt es kein Abkommen über diese Einstellung.“

Willy Brandt: „Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch die Frage beantworten, ob eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Wehr-

pflicht abschaffen würde, falls ich die Frage zu beantworten hätte, müßte ich sie verneinen.“

Die Sozialdemokraten haben seinerzeit eine andere Wehrorganisation vorgeschlagen. So wie sich die Dinge entwickelt haben, müssen wir davon ausgehen, was ist. Das schließt nicht aus, daß wir in der weiteren Entwicklung offen sein werden für jede ernsthafte Prüfung ob und wie wir mit abgewandelten Methoden bessere Ergebnisse erzielen können.“

Fritz Erler: „Als 1955 und 1956 mit dem Aufbau der Bundeswehr begonnen wurde, hatte die Bundesrepublik Deutschland freie Hand in der Wahl ihrer Heeresverfassung. Andere Lösungen als die klassische allgemeine Wehrpflicht wären nach unserer sozialdemokratischen Überzeugung politisch besser und militärisch zweckmäßiger gewesen. Ich bin ehrlich genug einzugestehen, daß beim jetzigen Zustand des Aufbaues der Bundeswehr mit einer Stärke von rund 300 000 Mann eine abrupte Änderung des Wehrsystems ohne Schaden für die Kampfkraft nicht möglich ist. Wohl aber ist es erwünscht, die Bundeswehr so umzugestalten, daß man eine leistungsfähigere, moderne mobile Truppe erhält, in der der Anteil an längerdienenden Freiwilligen und Berufssoldaten allmählich so zu steigern wäre, daß in überschaubarer Zeit von der Heranziehung von Wehrpflichtigen zu dieser mobilen Truppe abgesehen werden könnte. Eine solche Truppe aber bedarf zur Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit und zur Erhaltung ihrer Bewegungsfähigkeit und Kampfkraft der Ergänzung durch eine angemessene Territorialverteidigung für den Schutz von wichtigen Versorgungsanlagen, von Verkehrseinrichtungen, Nachrichtenverbindungen und Produktionsstätten sowie gegen Sabotageakte und ähnliches.“

„In der gegenwärtigen Lage sozialdemokratische Außenpolitik auf sehr aktuelle Hoffnungen, die Abrüstung komme bald, gründen zu wollen, heißt, an den Realitäten dieser Welt restlos vorbeisehen! Das entbindet uns nicht von der Verpflichtung, zäh und beharrlich um die Abrüstung zu ringen, aber das bedeutet gleichzeitig die Verpflichtung, das Unsere zu tun, damit Frieden gewahrt und das Überleben unseres Volkes garantiert ist. . . . Gerade wer sich der furchtbaren Gefahren des Atomwettrüstens bewußt ist, gerade wer auch die seelischen und moralischen Belastungen der menschlichen Existenz durch das Leben unter dieser beständigen Bedrohung mit ihrem vollen Gewicht erkennt, der muß dafür wirken, daß die Massenvernichtungsmittel überall und nicht nur auf einer Seite ausgeschaltet werden. Wir Sozialdemokraten brauchen uns in dieser Frage von niemandem ein schlechtes Gewissen vorwerfen zu lassen, weder von denen, die noch 1958 für die Bonner Regierungspartei Plakate gegen den Atomtod in der ganzen Welt anklagen, im Bundestag aber eine Ermächtigung für die atomare Bewaffnung auch der Bundesrepublik durchsetzten und mit lautstarker Propaganda für diesen Zweck jener kommunistischen Verfälschung Argumente lieferten, die auch im Westen — leider nicht ohne Erfolg — die Bundesrepublik Deutschland als machthungrigen Friedensstörer hinzustellen sucht; noch brauchen wir uns von denen Vorwürfe machen zu lassen, die bereit sind, für jede sowjetische Fernrakete und für jede sowjetische Atomdrohung ein Wort der erklärenden Entschuldigung zu finden, aber gleichzeitig jedes Stück westlicher Verteidigungskraft als militaristische Bedrohung des Friedens zu verketzern.“

„Das Godesberger Programm bekennt sich zur Landesverteidigung. Es setzt sich für die Abschaffung der Atomwaffen ein. Wir wissen, daß selbst dann, wenn das weltweit gelingen wird, damit der ewige Friede noch immer nicht gesichert wäre, denn leider hat es schon vor der Erfindung der Atomwaffen schreckliche Kriege gegeben. . . . Deshalb geht es heute noch dringender als früher um die Errichtung einer wirksamen internationalen Rechts- und Friedensordnung. . . . Wir sind stolz, daß die Arbeiterbewegung seit hundert Jahren dieses Ziel ausdrücklich in ihr Programm aufgenommen hat. Schon in dem Aufruf zur Gründung der Ersten Internationale ist eine solche internationale Rechts- und Friedensordnung gefordert worden. Wir stehen immer zum Schutze der Freiheit und zum Schutz des eigenen Volkes und des einzelnen Bürgers gegen Willkür von innen und außen. Wir wehren uns gegen den Versuch, von fremder Gewalt unterworfen zu werden. Aber wir ringen auch um den Einbau der Völker in eine internationale Rechts- und Friedensordnung, damit endlich, um den Bestand der Menschheit zu erhalten, an die Stelle des Rechtes der Macht die Macht des Rechtes tritt.“

Die NATO als Hilfsmittel

Erich Ollenhauer: „Solange nicht internationale Vereinbarungen über eine neue Sicherheitsorganisation in Europa neue, wesentliche Tatbestände geschaffen haben, erscheint die Erhaltung und Stärkung des Verteidigungsbündnisses des Westens in der NATO als notwendig. In dieser Lage wäre eine Schwächung der NATO durch eine Desintegration, durch eine Aufgliederung in nationale Gruppierungen, im Resultat nur eine Schwächung der Position des Westens in den kommenden Verhandlungen. Eine Lockerung der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten auf den verschiedensten Gebieten des gemeinsamen Wirkens ist in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation unverantwortlich. Die internationale Lage erfordert im Gegenteil eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa.“

Fritz Erler: „Als die NATO entstand, war die sozialdemokratische Haltung nicht etwa die, es dürfe keine westliche Allianz geben. O nein! Vielmehr war die sozialdemokratische Haltung die, daß es nicht weise sei, vor einem großen Versuch zur Wiedervereinigung Deutschlands die beiden Teile Deutschlands in einander widerstrebende Mächteblöcke einzuschmelzen und damit das Herangehen an die Lösung der deutschen Frage zu erschweren, was tatsächlich eingetreten ist. Das waren unsere Motive, nicht etwa die Ablehnung der NATO als westliche Verteidigungsorganisation.“

Willy Brandt: „Es gibt die Vorstellung, daß die Nordatlantische Verteidigungsorganisation zur nuklear-strategischen Atommacht werden soll. Eine solche Konstruktion — was immer man von ihr halten sollte — würde nicht die Bundeswehr nuklear bewaffnen. Mir ist nicht bekannt, daß die Bundesregierung für einen solchen Fall meint, unsere Soldaten würden dann unzumutbar und unverantwortlich unterlegen sein oder unsere Sicherheit wäre nicht mehr zu gewährleisten.“

Helmut Schmidt: „Die Ausrüstung, die Ausbildung und der Umfang der Bundeswehr müssen den Notwendigkeiten der Nato entsprechen. Das ist, ohne Mitwirkung aller Staatsbürger nicht möglich. Die Nato selbst aber muß sich darüber klar werden, daß ihre Rüstung Europa in den Stand set-

zen muß, sich in Zukunft auch ohne nukleare Waffen zu verteidigen. Sie soll jedoch nukleare Waffen besitzen, solange der Warschauer Pakt über gleiche Waffen verfügt.“

Fritz Erler: „Dabei kam in der Arbeitsgruppe zur Erörterung, ob es zweckmäßig wäre, daß wir uns auch zu gewissen Vorschlägen äußerten, aus der NATO eine vierte Atommacht zu machen. Die Arbeitsgruppe hat davon abgesehen, dem Parteitag eine Stellungnahme zu diesem Problem zu empfehlen, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde: Niemand kennt bisher irgendwelche ernsthaft diskussionsfähige Vorschläge. Alles, was man kennt, sind Spekulationen und Gerüchte. Es gibt keinerlei Dokumente zu diesem Problem. Es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn die Sozialdemokratische Partei Deutschlands beginnen würde, Stellungnahmen zu weltpolitischen Problemen erster Ordnung auf Grund von Zeitungsberichten zu formulieren.“

Kurt Matlack: „Die Verteidigungsmöglichkeiten, die bisher aufgebaut worden sind, werden von uns nicht beseitigt, es werden neue Wege gesucht, um im Zusammenhang mit der NATO die Verteidigungskraft zu stärken, um den Krieg zu verhindern, und um die Auseinandersetzung um die Erhaltung des Friedens erfolgreich fortsetzen zu können.“

Carlo Schmid: „Man muß hinter dieser herkömmlich stark bewaffneten Streitmacht des ganzen Westens eine Abschreckungsmacht strategischer Art haben. Aber die kann gar nicht in Europa stationiert sein, wenn sie einen Wert haben soll, die muß vielmehr jenseits der Meere sein oder unter der Oberfläche des Meeres, in den Polaris-Unterseebooten. Und das geht uns nichts an, das hat uns niemand angeboten, und das werden wir nicht verlangen. . . . Diese Streitmacht wäre von den NATO-Truppen zusammenzusetzen, ausgenommen unsere Bundeswehr.“

Fritz Erler: „Ich meine, daß wir auch in der Beurteilung der NATO ein bißchen mehr Selbstvertrauen haben sollten. Das ist keine Allianz gegen die Sozialdemokratie, sondern das ist ein Bündnis, in dem, wenn wir nur unser Gewicht in die Waagschale werfen, im Verein auch mit den sozialistischen Kräften Skandinaviens der sozialdemokratische Beitrag aus der Bundesrepublik einen heilsamen Einfluß in der Zukunft wird ausüben können.“

Ohne Atomwaffen

Willy Brandt: „Die Geißel des Krieges hat unsere Städte zerschlagen und Unzählige zu Krüppeln gemacht. Die Zerstörung von damals ist ein Kinderspiel gegen die zerstörende Kraft, über die der Mensch heute verfügt. Die Atome, ihre Spaltung oder ihre Verschmelzung — wir wissen es alle — bergen nie zuvor gebündelter Energien. Die Furcht vor dem Atomtod ist berechtigt. Der Kampf gegen die destruktive Entfesselung der Atome ist nötig.“

„Es gibt heute niemanden — ich hoffe, das stimmt noch —, der eine eigene Produktion von atomaren Waffen in Deutschland verlangt. Bis zur Stunde hat uns auch niemand nukleare Sprengköpfe angeboten oder von uns verlangt, wir sollten sie besitzen.“

„Ich lehne es im übrigen ab, jene Verniedlichung mitzumachen, die taktische Atomwaffen als eine Weiterentwicklung der Artillerie bezeichnet. Das ist genauso richtig oder falsch, wie die erste Platte eine Weiterentwicklung der Steinschleuder war. Ich bleibe auch dabei, daß die Bundesrepublik aus einer ganzen Reihe von Gründen sich nicht nach Atomwaffen drängen darf. Wenn die gegenwärtige Bundesregierung meint, daß die Bundesrepublik Atomwaffen braucht, dann soll sie das offen sagen; dann möge der Bundeskanzler den Mut haben, diese Atomwaffen zu beantragen. Bisher hat jedoch Verteidigungsminister Strauß offiziell stets erklärt, die Atomsprengköpfe sollten bei den Amerikanern verbleiben. Solange der Kanzler nichts anderes beantragt, ist es nichts als eine **Wahlkampfmasche**, auf die wir uns nicht einlassen sollten, nichts als eine Wahlkampfmasche, von der Sozialdemokratischen Partei ein Bekenntnis zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zu verlangen.“

Erich Ollenauer: „Wir lehnen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab! Nach Standort, Waffentechnik, Strategie und Taktik ist die atomare Ausrüstung der Bundeswehr weder militärisch notwendig, noch stellt sie die zweckmäßigste und damit beste Bewaffnung deutscher Einheiten dar. Sie ist auch in der deutschen Teilung und in der geographischen und politischen Lage Gesamtdeutschlands in Europa politisch gefährlich.“

„Im Hinblick auf die Einbeziehung der Bundesrepublik in das atomare Wettrüsten durch die atomare Ausrüstung der Bundeswehr steht die Sozialdemokratie unverändert auf dem Boden des Beschlusses unseres Grundsatzprogramms von Godesberg. Dort heißt es:

Die Bundesrepublik darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden.“

„Wir sind selbstverständlich dafür, daß die Bundeswehr so wirksam wie möglich ausgerüstet werden kann und muß, sind aber gegen eine Vermehrung der Zahl der Atommächte und wirken deshalb auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr nicht hin. Ich bitte zu verstehen, daß es sich hier nicht darum handelt, durch eine solche Formulierung in dem vorletzten Absatz der Entschließung etwa unser Bekenntnis gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr abzuschwächen. Es handelt sich darum, hier deutlich zu machen, daß wir der Partei und ihrer Führung für die weitere Diskussion auf internationaler Basis über die Entwicklung des Verteidigungsbündnisses, über die Entwicklung der verschiedenen Arten der Zusammenarbeit und der Arbeitsteilung, von der hier die Rede ist, die Möglichkeiten belassen, die sie braucht.“

„Wir wollen uns so verhalten, daß unsere Partei ihren ablehnenden Standpunkt in der Frage der Atomrüstung in aller Klarheit zum Ausdruck bringt, daß sie aber auf der anderen Seite ihre politischen Forderungen über die Position der deutschen Verteidigungskraft so formuliert, daß wir in dem internationalen Gespräch über die Entwicklung dieser Dinge wirklich mitreden und mitgestalten können.“

Fritz Erler: „Das Programm steht da. Es ist das Ziel, und worauf wir uns in der Zwischenzeit zu konzentrieren haben, das sind die Stellungnahmen

zu den unmittelbar vor uns liegenden Fragen oder nähere Ausführungen zu den Punkten, die im Godesberger Programm lediglich kurz grundsätzlich angesprochen sind und die einer näheren Ausführung in einzelnen Resolutionen künftiger Parteitage oder in einzelnen politischen Stellungnahmen der Partei bedürfen. Es bleibt also bei dem Ziel, wie es in Bad Godesberg festgelegt worden ist. Die Frage, die hier zu entscheiden war, ist: Wie können wir dieses Ziel erreichen, wie können die nächsten Schritte beschaffen sein, damit man dem Ziel auch näherkommt?“

Kurt Mattick: „Es geht doch gar nicht um die Frage, ob sich die Sozialdemokratische Partei für Atomwaffen einsetzt. Diese Frage ist in Bad Godesberg entschieden worden. Es gibt keinen Sozialdemokraten — und es ist heinahe eine Beleidigung, die Frage so zu stellen —, der irgendeine Überlegung darüber anstellt, wie man am besten Krieg führt, sondern es gibt doch nur die Überlegung, was man dazu tun muß, um ihn zu verhindern.“

Fritz Erler: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat hierzu in ihrem Godesberger Programm ein paar klare Feststellungen getroffen. Sie hat dort beschlossen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt fordert und daß die Bundesrepublik Deutschland atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden darf. Diese Entscheidung ist nicht etwa getroffen worden, weil wir ein Privileg für das deutsche Volk fordern, nein. Diese Entscheidung dient dem Ziel, den Atomklub klein zu halten und ein Abkommen zu ermöglichen, das die Massenvernichtungsmittel überall wieder aus den militärischen Apparaturen entfernt. Einem solchen Abkommen darf die deutsche Politik nicht entgegenarbeiten.“

„Kein Sozialdemokrat denkt daran, die Beschlüsse des Godesberger Grundsatzprogramms aus den Angeln zu heben. Wir haben es hier aber nicht mit einer Neuformulierung oder mit einer Bestätigung oder mit einer teilweisen Außerkraftsetzung des Grundsatzprogramms zu tun, sondern wir haben es damit zu tun, was auf dem Boden dieses Programms in der nächsten vor uns stehenden politischen Runde getan werden kann, und zwar in der nächsten Runde, noch nicht in der übernächsten. Das ist der Punkt, auf den es jetzt hier ankommt.“

Willy Brandt: „Wenn die heutige Bewaffnung der Bundeswehr unzureichend ist — nach der Meinung der Bundesregierung —, so hat die Bundesregierung das zu verantworten. Die Verantwortung für den heutigen Stand der Bewaffnung der Bundeswehr hat sie bis zum Wahltag zu tragen; und es gibt genug Klagen aus der Bundeswehr, daß die Ausrüstung schwere Mängel aufweist.“

Sicherheit durch Politik

Erich Ollenauer: „Angesichts der lebensgefährlichen Bedrohung der Menschheit durch diese Schreckensmittel gibt es kein nationales Interesse irgendeines Landes, das stark genug wäre, um die Ausdehnung des Atomklubs zu rechtfertigen oder auch nur zu dulden.“

„Es gibt besonders in der heutigen Zeit mit ihrer atemberaubenden technischen Entwicklung durchaus verschiedene Vorstellungen über die zweckmäßig-

sie und effektivste Form der Verteidigung und des Aufbaues und der Ausrüstung der Streitkräfte. Das Bekenntnis zur Verteidigung des Landes ist daher nicht gleichzusetzen mit der Anerkennung der Richtigkeit der Wehrpolitik der gegenwärtigen Regierung."

Willy Brandt: „Wir haben vor Gefahren gewarnt, die es gibt — noch heute! Wir haben diesen Kampf gegen die Gefahren des Wettrüstens aus Überzeugung geführt und führen ihn weiter, und wer dabei nicht an unserer Seite steht, ist ein gewissenloser Wicht oder Schlimmeres! Wir wissen dabei ganz genau, daß der Kampf gegen die Gefahren des Atoms das Atom nicht aus der Welt schafft. Niemand kann das Rad der Geschichte zurückdrehen und der Menschheit das Wissen aus den Gehirnen treiben, das sie sich erworben hat, daß sie weiter erwerben wird und das hoffentlich nie mehr anders als bei friedlichen Vorhaben sichtbar werden wird. An der Entschleierung dieser Geheimnisse der Natur haben hervorragende Männer unseres Volkes Anteil, und wir wären weitreisend, wollten wir nicht sehen, ja, wir wären unehrlich, wollten wir nicht wünschen, daß dies auch in Zukunft so bleibt. Die Förderung der Wissenschaften, die unserem Volk das Mitspracherecht in der Welt von morgen sichert, kann nicht ein Gebiet ausschließen. Die Politiker haben aber die Aufgabe, unseren Gelehrten die Verantwortung abzunehmen für das, was aus den Ergebnissen ihrer Arbeit gemacht wird.“

Fritz Erler: „Für eine politische Partei müssen bei der Beurteilung der atomaren Bewaffnung politische und auch, aber nicht nur, militärische Argumente im Vordergrund stehen. Aber politische Entscheidungen sind völlig falsch, wenn sie sich auf diesem Gebiet in völliger Unkenntnis der militärischen Zusammenhänge gefällt werden.“

„Eine Aufgabenteilung muß dafür sorgen, daß nicht innerhalb der westlichen Allianz durch eine breitere Streuung dieses Massenvernichtungsmittels in die Hände aller Partner der Allianz eine Bewegung in die Welt hineinkommt, die die Austeilung der Atomwaffen auch an andere Staaten außerhalb und innerhalb des Sowjetblocks unvermeidlich macht. Es gibt zum Beispiel keinerlei Interesse irgendeines an der Bewahrung des Friedens Interessierten, den chinesischen Druck auf die Sowjetunion, China bei der Entwicklung oder bei der Ausstattung seiner Armee mit Atomwaffen behilflich zu sein, zu verstärken. Das wäre eine verhängnisvolle Entwicklung.“

„Es gibt für keinen um die internationale Sicherheit ernsthaft besorgten Menschen ein Interesse an einer solchen Entwicklung. Sie kann aber nur aufgehalten werden, wenn es bald — ich unterstreiche: bald, denn die Zeit läuft uns fort — zu Vereinbarungen unter den bisherigen Atommächten kommt über die Begrenzung des Klubs, über den Verzicht auf die Ausstattung weiterer Armeen und über die Kontrolle des spaltbaren Materials.“

„Die Atomwaffen verschwinden nämlich nicht dadurch, daß wir unser Programm, das wir beschlossen haben, möglichst oft zitieren, sondern sie verschwinden nur durch eine andere Politik auch der Weltmächte. Und wenn wir auf die Weltmächte einwirken wollen, dann müssen wir regieren. Dann genügt es nicht, daß wir an der Klagemauer stehen. Jedes Wort, das den Weg der Sozialdemokratie in die Regierung zu verbauen geeignet ist, bestätigt das atomare Wettrüsten, weil dann andere es fortsetzen werden.“

„Es kommt darauf an, daß man nicht nur recht hat, sondern daß man auch recht bekommt. Es kommt darauf an, daß man seine Vorstellungen auch durchzusetzen vermag. Das ist im wesentlichen eine Frage der politischen Macht.“

„Die deutsche Politik sollte in drei Richtungen wirken:

Sie darf erstens nicht auf die Ausstattung deutscher Verbände mit Atomwaffen drängen, weil dieses Drängen zur Folge hätte, daß andere Staaten gleichfalls die Ausstattung ihrer Armeen mit diesen Waffen verlangen. Sie muß zweitens für eine angemessene und vernünftige Aufgabenteilung innerhalb des westlichen Bündnisses sorgen. Diese Haltung bedeutet nicht etwa, daß wir für eine einseitige Schwächung des Westens gegenüber der Sowjetunion sind. Das Bündnis soll durch eine solche Aufgabenteilung in seiner Wirkung gestärkt und nicht etwa einseitig gegenüber der Sowjetmacht geschwächt werden. Trotzdem muß aber diese Aufgabenteilung dafür sorgen, daß die weltweite Austeilung von Atomwaffen nicht begünstigt wird, daß nicht neue Antriebe zu einer solchen Austeilung geschaffen werden. Drittens muß die deutsche Politik — und das ist ein sehr wichtiger Punkt, denn wir können nicht mit dem Kopf durch die Wand, liebe Freunde! — die Partner im Bündnis von der Richtigkeit dieser Vorstellungen überzeugen, denn ohne Überzeugung der anderen geht das auch nicht, ohne das Bündnis einfach in die Luft sprengen zu wollen.“

„Wer ernsthaft die Gefahren des atomaren Wettrüstens bremsen will, der muß eine Politik treiben, die das Nötige für die Behauptung freiheitlicher Lebensformen tut und sich gleichzeitig — ich betone die Gleichzeitigkeit! — bereit findet, dabei jede unnötige Zuspitzung zu vermeiden und entschlossen jede denkbare Möglichkeit zur gleichwertigen kontrollierten Begrenzung der Rüstungen zu nutzen. . . . Genau dies ist die erklärte Politik der deutschen Sozialdemokratie. Wer ihr unter welchen Vorwänden auch immer bei diesen Bemühungen draußen in den Rücken fällt, der schwächt die einzige Kraft, die instande ist, die deutsche Politik für die Beendigung des atomaren Wettrüstens wirken zu lassen. Das kann nicht durch sektiererhaftes Klagen, sondern nur durch die politische Macht von Regierungen überwunden werden. Deshalb ist in Deutschland der notwendigste Schritt auf dem richtigen Wege ein Wahlausgang, der die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Regierungspartei macht.“

III. Schutz der demokratischen Ordnung

A) Wortlaut der Beschlüsse

1. Zum Entwurf eines Notstandsgesetzes

(ANTRAG Nr. 97, angenommen gegen 1 Stimme.)

Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich mit allen anderen demokratischen Kräften dazu, die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die Freiheit ihrer Einwohner gegen alle äußeren und inneren Gefahren zu schützen. Sie ist daher bereit, die der Freiheit drohenden Gefahren unvoreingenommen zu

erörtern und an diejenigen Maßnahmen mitzuwirken, die mit den Grundsätzen der Freiheit und des Rechtsstaates vereinbar sind.

Die Vorlage der Bundesregierung wird diesen Voraussetzungen nicht gerecht, weil sie einer einfachen Bundestagsmehrheit praktisch das Recht auf Ausschaltung der verfassungsmäßigen Organe gibt, unter Verletzung der Gewaltenteilung die Bundesregierung zum alleinigen Gesetzgeber macht und die staatsbürgerlichen Freiheiten in unerträglicher Weise einschränkt.

Soweit zur Abwehr drohender Gefahren und zur Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte Notstandsmaßnahmen erforderlich werden, bedürfen sie einer breiten Grundlage im Parlament, müssen sie vom Parlament kontrolliert werden und jederzeit aufgehoben werden können und dürfen sie die unabänderlichen Grundsätze der Gewaltenteilung und der bundesstaatlichen Gliederung der Bundesrepublik Deutschland nicht verletzen. Ihr Mißbrauch in innerpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und demokratischer Opposition sowie bei Arbeitskämpfen muß eindeutig ausgeschlossen sein.

Der Parteitag dankt der Bundestagsfraktion für ihre von staatspolitischer Verantwortung getragene Haltung in den Fragen der inneren Sicherheit und der Abwehr aller totalitären Bestrebungen. In diesen Lebensfragen sollten alle freiheitlich gesinnten Kräfte zusammenstehen und darauf verzichten, ernste Probleme leichtfertig zum Gegenstand parteiegoistischer Winkelzüge auszunutzen.

Der Parteitag stellt fest, daß die Bundesregierung durch ihr Beharren auf einer unannehmbaren Vorlage die Verantwortung dafür trägt, daß die alliierten Vorbehaltsrechte fortbestehen und eine mit unserer freiheitlichen Grundordnung vereinbare angemessene Regelung für bestimmte Notfälle nicht zustande kommt.

2. Reiseschränkung für Sowjetzonenbewohner

(ANTRAG 100, angenommen bei einer Stimme Enthaltung.)

Die SPD fordert, daß zum Schutze der verfassungsmäßigen Ordnung alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden. Jede Möglichkeit zur Verbesserung der bestehenden Vorschriften auf rechtsstaatlicher Grundlage ist zu nutzen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung über Einreise und Ausreise ist dafür keine brauchbare Grundlage. Er verfehlt den vorgegebenen Zweck und stellt die Grenzkontrollorgane vor Ermessensentscheidungen, durch die sie überfordert werden.

Abgesehen von rechtlichen Bedenken läuft diese Vorlage auf eine unverträgliche Einschränkung vor allem des privaten innerdeutschen Reiseverkehrs hinaus und unterstützt Ulbrichts Abschnürmaßnahmen gegen Berlin.

B) Zur Begründung:

Grundgesetz und Grundsatzprogramm

Erich Ollenhauer: „Wir bekennen uns zu diesem Grundgesetz. Es ist mit unseren Stimmen angenommen worden, und es ist für uns die unantastbare Grundlage unseres staatlichen Lebens. Wir setzen uns ein für seinen Bestand,

und wir wirken für seine Erfüllung. Wir tragen bei zu dieser Erfüllung im Geiste unseres Godesberger Programms und im Geiste des Grundgesetzes selbst, denn beide Dokumentationen gehören zueinander.“

„Den Kampf für die Erreichung dieser Ziele führen wir heute auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland und der ihr gegebenen verfassungsmäßigen Ordnung. Wir haben sie mit beschlossen, und wir fühlen uns, ob in der Regierung oder in der Opposition, als staats Erhaltende und staats tragende Partei. Im Rahmen und zur Erfüllung dieser Verfassung kämpfen wir um die politische Macht, um der Bundesrepublik Deutschland den demokratischen und sozialen Inhalt zu geben, den sie nach unserer Verfassung haben soll. Hier mündet die Aufgabe, die wir uns zur Erfüllung des Grundgesetzes gestellt haben, wieder in der Zielvorstellung, die wir in unserem Godesberger Programm niedergelegt haben.“

„Die Zeit ist gekommen, über den Wiederaufbau unserer wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung hinaus das innere Leben der Bundesrepublik weiterzuentwickeln, die wirtschaftliche Sicherheit des einzelnen zu stärken, den Lebensstandard zu erhöhen, die soziale Sicherheit für alle zu garantieren und ein freies geistiges und kulturelles Leben zu gestalten. Die herrschende Partei hat diese Aufgabe in den zurückliegenden Jahren ihrer Regierungstätigkeit nicht zu lösen vermocht. Alles Begonnene muß aber weitergeführt werden, weil Stillstand Rückschritt und Verfall ist. Es geht nicht um die Ablösung der einen Mehrheitspartei durch eine andere um der Ablösung willen; es geht darum, daß die deutsche Politik nun endlich neue Initiativen und neue Menschen bekommt und daß sie vor allem die junge Generation ermutigt, ihren Teil an Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes heute und morgen zu übernehmen, sich in der Demokratie der Aufgabe der Mitwirkung und Mitgestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens zu stellen.“

„Der Aufbau einer Ordnung der demokratischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit ist eine gesamtdeutsche Aufgabe ersten Ranges. Unser Beispiel wird die Menschen jenseits der Zonengrenze immer wieder ermutigen oder enttäuschen, je nach dem Ablauf der inneren Entwicklung in der Bundesrepublik.“

Willy Brandt: „Statt der stickigen Atmosphäre vermeintlicher „Normalität“ wählen wir die frische Luft des Fortschritts. Wir sind nicht nur ein Land der Beamten und der Kaufleute; wir sind auch ein Volk geistiger Menschen. Unsere Demokratie sollte sich nicht durch ihre Außenseiter bedroht fühlen und nicht alles zum Konformismus zwingen wollen. Meiner Überzeugung nach muß mehr freiheitlicher Geist bei uns einziehen. Allen Tendenzen bürokratischen Übermut und obrigkeitsstaatlichen Denkens werden wir energisch entgegentreten.“

„Es würde — fassen Sie das bitte nicht als Unbescheidenheit auf, wenn ich es sage — der bundesdeutschen Politik überhaupt gut bekommen, wenn ihr stärkere Berliner Impulse zugeführt würden. Wir haben erkannt, daß in kritischen Zeiten die demokratischen Kräfte eng zusammenwirken müssen. Man muß fähig sein, sich auf das Wesentliche und das Verbindende zu besinnen. Diesen Geist möchte ich in die künftige Bundespolitik einbringen.“

Erich Ollenhauer: „Die autoritäre Stellung und Praxis des heutigen Bundeskanzlers geht weit über die ihm im Grundgesetz zugewiesene Stellung als

Chef der Regierung hinaus, und in vielen einzelnen Maßnahmen des Kanzlers ist die Stellung des Parlaments als der höchsten und entscheidenden Institution einer politischen Demokratie mehr als einmal ernsthaft gefährdet worden. Bei diesem bedauerlichen Verhalten haben ihm allerdings ein wenig respektables Kabinett und die willfährige Bundestagsmehrheit der CDU/CSU nur zu oft Hilfestellung geleistet. Die Existenz dieser Mehrheit, repräsentiert durch diese Partei, ist eine ständige Mahnung zu äußerster Wachsamkeit, weil sie sich als Ausführungsorgan des Regierungschefs fühlt, statt nach den parlamentarischen Möglichkeiten einen eigenen politischen Willen gegenüber der Exekutive zur Geltung zu bringen. Die Beseitigung der Mehrheitsposition der CDU bei den nächsten Bundestagswahlen ist eine unaufschiebbare staatspolitische Notwendigkeit!"

Willy Brandt: „Der bisherige politische Stil ist gekennzeichnet durch sehr viel Selbstgerechtigkeit, Rechthaberei, kleinliche Schmähsucht, Überheblichkeit, Anmaßung und Machtgier. Allzuoft ist es von dort bis zur Verdächtigung, Verleumdung und Verketzerung nur ein kurzer Abstand gewesen. Was wir aber brauchen, wenn die Demokratie in unserem Volk Wurzel schlagen soll und wenn wir mit den vor uns liegenden schwierigen Problemen fertig werden wollen, sind Bescheidenheit, Redlichkeit, Offenheit, sind Duldsamkeit und Achtung vor der Meinung und dem Wert des anderen, ist Sinn für die gemeinsame Verantwortung. Gerade das ist es, was wir mit einer deutschen Politik neuen Stils meinen.“

„Wer die Emigration an sich verdächtigt, beschimpft gleichzeitig die Flüchtlinge aus der Zone, die innerhalb ihres eigenen Vaterlandes emigrieren. Wer unter der Hand Emigrantenhetze betreibt, wird zum Bazillenträger einer bösen Geschichtslegende und belastet in frevelhafter Weise unser Verhältnis zum befreundeten Ausland. Vieles, was schon gewonnen schien, muß erst wirklich gewonnen werden. Das hängt auch damit zusammen, daß der gegenwärtige Bundeskanzler es leider nicht vermocht hat, das Vertrauen des Auslandes zu seiner Person auf das deutsche Volk zu übertragen. Es hängt auch damit zusammen, daß man sich nicht ohne Schaden an der Vergangenheit vorbeidrücken kann... Ist aber der Kampf gegen kommunistische Unmenschlichkeit patriotische Pflicht, so darf der Kampf gegen die braune Unmenschlichkeit nicht nachträglich mit anderen Maßen gemessen werden... Für das Gesindel um den Verführer reichten die strengsten Normen der Strafgesetze nicht aus. Aber die millionenfache Opferbereitschaft der Bevölkerung kann nicht verachtet werden, nur weil sie schändlich und verbrecherisch mißbraucht wurde. Viele, die einem Irrglauben nachhingen und dafür mit dem Opfer der besten Jahre ihres Lebens bestraft wurden, hatten mit den Verbrechern gewiß keine Gemeinsamkeiten. Wir dürfen der jungen Generation kein unwürdiges Bild bieten, und wir dürfen ihr nicht aufbürden oder hinterlassen, was sie nicht zu verantworten hat und was sie mit Recht nicht zu tragen bereit ist. Wir sind alle eine Familie. Deshalb muß unser Volk endlich den Frieden mit sich selbst machen. Daran möchte ich nach besten Kräften mitwirken.“

„Ich werde von mir aus alles tun, um den gegenwärtigen Bundeskanzler für einen fairen, sachlichen Wahlkampf zu gewinnen. Bis dahin werden wir ehrlich bemüht sein, einige Grundsätze gemeinsamer Außenpolitik erarbeiten zu helfen. Hierzu sollte gehören, daß das Thema

Berlin nicht in die Mühle überflüssiger Polemik gerät. Niemand könnte das verantworten.“

„In einer gesunden und sich fortentwickelnden Demokratie ist es nichts Ungewöhnliches, sondern dort ist es das Normale, daß die Parteien auf einer Reihe von Gebieten ähnliche, sogar inhaltsgleiche Forderungen vertreten. Die Frage der Prioritäten, der Rangordnung der zu lösenden Aufgaben, die Methoden und Akzente, das wird immer mehr zum Inhalt der politischen Meinungsbildung. Ich werde nicht nur um redliche Zusammenarbeit und sachlichen Ausgleich bemüht sein, ich werde mich um die Unterstützung von Fachleuten, vor allem jüngeren Kräften bemühen, auch wenn sie keiner Partei angehören.“

Demokratie — nicht Totalität

Erich Ollenhauer: „Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Herausforderung ist nicht zuletzt eine innenpolitische Aufgabe. Die Grundsätze und Ziele, die wir der kommunistischen Theorie und Praxis entgegenzustellen haben, müssen wir zuerst in unserem eigenen Lande verwirklichen. Hier in unserem Lande, in jedem Ort und zu jedem Zeitpunkt müssen wir durch die Wirklichkeit unseres Daseins beweisen, daß die Demokratie eine gerechtere und menschlichere Gesellschaftsordnung ist als jede totalitäre Staatsform.“

„Die entscheidende Frage ist, ob und wie die freie Welt auf die kommunistische Herausforderung antwortet. Die Entwicklung einer demokratischen und freiheitlichen Alternative, nicht nur in Ideen und Appellen, sondern in der praktischen Politik ohne Verzögerung und ohne Halbheiten, ist die dringendste Aufgabe der Gegenwart. Über alle bestehenden Gegensätze in Einzelfragen der inneren Ordnung einer freien und demokratischen Welt hinweg bekennen wir deutschen Sozialdemokraten uns wie bisher in Wort und Tat zu dieser Aufgabe. Wir empfinden sie als eine besondere Verantwortung, weil wir überzeugt sind, daß die Vorstellungen des demokratischen und freiheitlichen Sozialismus unentbehrlich sind für die konstruktive und dauerhafte Antwort der Demokratie auf den Totalitätsanspruch des Kommunismus.“

Fritz Erler: „Wir leugnen nicht Gefahren, die es gibt. Wir sind bereit, das Unsere zur Abwehr und zur Überwindung solcher Gefahren zu tun, jawohl! Aber wir sind auch Manns genug, zu verhindern, daß solche Gefahren über unser Volk wieder einmal aus übertriebener Autoritätsstaatlichkeit von da herkommen, wo sie schon einmal hergekommen sind. Aber das liegt doch ein bißchen bei uns!“

„Ich möchte einfach vor zwei Sorten von Panikmache warnen. Das ist einmal die Panikmache des Herrn Schröder, der so tut, als ob die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar am Abgrund, vor der kommunistischen Machtergreifung stehe; morgen schon kann alles zu Ende sein! Ich unterschätze — und kein Sozialdemokrat tut das — die kommunistischen Bestrebungen, auch die Bundesrepublik in den Griff der kommunistischen Einflußmöglichkeiten zu bekommen, keineswegs. Aber Anlaß zur Panikmache besteht doch wirklich nicht. Wir haben die Möglichkeit, alle Maßnahmen, die getroffen werden müssen, sorgsam mit denen, die sie gemeinsam tragen

müssen, zu erörtern. Schröder hat im Bundestag das eine Wort gesprochen: Im Notfall hat die Stunde der Exekutive geschlagen. Ein gefährliches Wort! Im Notfall für die Demokratie hat die Stunde der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte geschlagen. Sonst ist es sowieso aus."

„Nun die andere Seite der Panikmache, leider eine Panik, der auch manche unserer Freunde erlegen sind oder zu erliegen im Begriff sind. Das ist die Tatsache, daß sie immer mit Daten vergleichen kommen und sagen: Wir schreiben schon wieder — nun kann man sich das aussuchen — den 30. Januar 1933 oder den 28. Juli 1932 oder welches fatale Datum aus der deutschen Geschichte immer genommen wird. Wer sich so benimmt und die Stärke der eigenen Partei, ohne die es gar keine Verfassungsänderung geben kann, so sträflich unterschätzt, der bricht doch den Kräften der Demokratie in unserem Lande geradezu das Rückgrat!"

Freiheit auch im Notstand

Erich Ollenhauer: „Der Ausgangspunkt für die Errichtung eines Gesetzes für den Notstand war die Frage, in welcher Form die Bundesrepublik die im Deutschlandvertrag festgelegten Vorbehaltsrechte der Alliierten durch eine deutsche Gesetzgebung ablösen könnte. Die Sozialdemokratie war stets bereit, an einer solchen Regelung mitzuwirken. Sie ist sich bewußt, daß unsere demokratische Grundordnung vielfältigen Gefahren, vor allem im Falle eines Angriffs von außen, ausgesetzt ist. Sie ist bereit, in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Kräften sorgfältig zu prüfen, mit welchen rechtsstaatlichen Mitteln diesen Gefahren begegnet werden kann. Aber der von Herrn Schröder vorgelegte Entwurf ist keine geeignete Grundlage für eine solche Untersuchung und Lösung des Problems. Er entwickelt ein System von Maßnahmen, das wesentliche Teile der demokratischen Ordnung aufhebt, die Länder weitgehend ausschaltet und auch wichtige staatsbürgerliche Grundrechte, z. B. das Koalitions- und Streikrecht der Gewerkschaften, aufheben kann. Hier soll doch die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik geschützt werden durch die Aufhebung der Freiheit in der Bundesrepublik! Dieser Gesetzentwurf ist für die Sozialdemokratie unannehmbar!"

Joachim Lipschitz: „Wir müssen die große innerpolitische Gefahr sehen, die hinter diesen Geschichten steckt. Ich glaube, es kommt Herrn Schröder überhaupt nicht darauf an, daß beide Gesetze angenommen werden. Daran ist er gar nicht interessiert. Dafür ist schon der Zeitpunkt der Einbringung als Indiz zu werten. Er möchte vielmehr den sozialdemokratischen Widerstand heraufbeschwören und herausfordern, um dann deutlich machen zu können, daß wir in der Abwehr der Agenten und der totalen Gefahren nicht hinreichend zuverlässig sind. Es geht also hier um nichts anderes als um ein innenpolitisches Manöver. Darum glaube ich, daß es gut war, wie auch unsere Bundestagsfraktion zur Frage der Notstandsgesetzgebung sorgfältig und an der richtigen Stelle abzugrenzen, nämlich nicht schlechthin ein Nein zu den Versuchen einer Notstandsregelung auszusprechen, sondern zu sagen: diese Notstandsregelung — die des Herrn Schröder — ist untauglich, aber deutlich zu machen, daß wir gerade bei einem Herrn Schröder eine Notstandsregelung brauchen. Denn für den Fall, daß in einer Katastrophe eines Tages die verfassungsmäßigen Grundlagen wirklich zeitweilig außer Kraft gesetzt sind, ist es nicht sehr schwer, sich vorzustellen, zu wel-

chen Exzessen die Phantasie Herrn Schröder treibt, um den machtieeren Raum auf eine Art und Weise auszufüllen, daß wir die Bundesrepublik nicht mehr wiedererkennen."

Fritz Erler: „Alles, was wir hier über den Notstand sagen, enthält auch das, was zum Notdienst zu sagen ist. Ich würde es nicht für notwendig halten, das Problem herauszuheben, weil auch für dieses Problem des Notdienstgesetzes all die Dinge gelten, die mit Ausnahme der Überwindung von Gefahren ohnehin zu gelten haben. . . . Wenn hier von Notstandsmaßnahmen die Rede ist, dann müssen sie rechtsstaatlich sein und auf einwandfreie, verfassungsrechtliche Weise und nicht durch die Hintertür zustande gekommen sein."

Freizügigkeit für alle Deutschen

Hermann Schmitt: „So, wie Schröder eine Notstandsgesetzgebung mit großen Vollmachten gefordert hat, statt sich zunächst einmal der Verstärkung der Bereitschaftspolizei bei der Verabschiedung des Bundeshaushaltsplans zuzuwenden, hat er auch hier einen Gesetzentwurf über Einreise und Ausreise eingebracht, statt den eigentlichen Problemen an der Zonengrenze nachzugehen. Der Bundestagsausschuß für Inneres hat auf einer Besichtigungsreise der Zonengrenze festgestellt, daß die eigentliche polizeiliche Zonengrenzkontrolle leider seit Jahren ungenügend ist und daß es sowohl an den notwendigen Plänen wie überhaupt an den notwendigen polizeilichen Voraussetzungen fehlt, eine echte Kontrolle an der Zonengrenze sicherzustellen."

Herbert Wehner: „Wir könnten zu dem Entwurf vor allem noch einmal mit der gesamtdeutschen Freizügigkeit argumentieren, wenn es sich um die vorgegebenen Zwecke handelt. Wir müssen sie verteidigen, und infolgedessen müssen wir auch darauf bestehen, daß der Entwurf — zu dem wir vieles zu sagen haben und den wir selbst für die vorgegebenen Zwecke für unbrauchbar halten — im Parlament behandelt und geprüft wird, und daß dort nicht etwa die Bedürftigkeit einer Grundgesetzänderung unter den Tisch fällt, wenn man dieses Gesetz oder ein ähnliches dieser Art — auch ein besseres — überhaupt durchbringen will. Denn die Erklärung der Freizügigkeit im Grundgesetz ist doch wohl nicht bloß eine Deklamation, sondern sie ist ein Grundrecht, ein unveräußerliches Grundrecht, wie man immer sagt, das nicht einmal durch eine Mehrheit weggewischt werden könnte, wenn ich das richtig verstanden habe, wie es damals gemeint gewesen ist."

Joachim Lipschitz: „Hinter diesem Entwurf über Einreise und Ausreise steht nichts anderes als die Schrödersche Staatskonzeption der Bundesrepublik, sie nicht als ein Provisorium, sondern als ein Definitivum zu sehen — ein Bekenntnis zur deutschen Spaltung, um es ganz hart und deutlich zu sagen."

„Nachdem Herr Ulbricht östlich der Zonengrenze einen Graben gezogen hat, zieht nun Herr Schröder westlich der Zonengrenze einen Graben. Der eine Graben ist nicht besser als der andere Graben. Wie wollen wir in Zukunft einem Ausländer, der uns besucht, klarmachen, daß die erste Kontrolle eine rechtsstaatliche und die zweite eine unrechtsstaatliche ist? Wir sagen: es richtet sich gegen Agenten, und die anderen sagen auch, daß es sich gegen Agenten richtet. Im Grunde genommen geraten wir jetzt in den Sog der Übernahme des Vokabulars dieser unheiligen Allianz. Sie ist ohnehin

nicht das erstemal wirksam geworden, aber hier wird sie ganz besonders wirksam. Das ist ein unappetitliches Zusammenspiel zwischen den Pankowern und den Vertretern dieses Entwurfs, gegen das wir uns zur Wehr zu setzen haben."

"Die Konsequenz muß dann doch sein, daß Herr Schröder auch die aus Berlin kommenden Besucher der Bundesrepublik dieser Kontrolle unterwerfen muß. Das ist ein weiterer Schritt zur Freien Stadt, und zwar diesmal vom Westen begangen. Das ist eine Katastrophe, die sich hier abzeichnet, und dagegen setze ich mich zur Wehr."

"Die 664 000 Zonenbewohner, die im vergangenen Jahre die Bundesrepublik immer noch aufgesucht haben, werden durch diese Methode davon abgehalten, einen solchen Versuch noch einmal zu machen. Denn was bleibt ihnen weiter übrig? Wenn Herr Schröder sie hereinläßt, dann werden sie nach ihrer Rückkehr in die Zone von den dortigen Behörden vorgeladen und werden sich dazu zu äußern haben, ob sie in der Bundesrepublik vielleicht den Arbeiter- und Bauern-Staat nicht richtig vertreten haben. Das heißt, was bei uns als zuverlässig gilt, wird dort als unzuverlässig gelten. Es wird keiner mehr wagen, hierher zu kommen aus Angst, wir könnten ihn für zuverlässig erklären."

"Wenn Herr Schröder oder wer auch immer ein probates Mittel findet, um Agenten wirksam zu begegnen, und wenn es sich dabei dann darum handelt, wirklichen Feinden der Freiheit auch einen Teil der freiheitlichen Rechte zu beschneiden, dann bin ich dafür, weil ich dagegen bin, daß die Freiheit von ihren Feinden mißbraucht wird. An dieser Stelle also muß die Abgrenzung vollzogen werden. Und darum möchte ich eine politische Ablehnung dieses Gesetzes stärker als eine rechtliche Ablehnung."

IV. Die Wirtschaft in Deutschland

A) Wortlaut der Beschlüsse

1. Gerechte Vermögensbildung

(ANTRAG 46, angenommen bei etwa 30 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen.)

Der Vermögenszuwachs der Wirtschaft konzentriert sich immer stärker auf einige wenige große, mächtige und hochrentable Unternehmungen, die in der Lage sind, hohe Preise und damit hohe Gewinne zu erzielen. Die Arbeitnehmer sind ebenso wie die mittleren und kleinen Unternehmer weitgehend von dieser Vermögensbildung, die das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit des gesamten deutschen Volkes ist, ausgeschlossen. Diese Entwicklung wurde durch die Politik der Bundesregierung gefördert.

Die bestehende Vermögensverteilung ist ein großes soziales Unrecht. Unserer Zeit ist die gesellschaftspolitische Aufgabe gestellt, Gerechtigkeit in der Vermögensbildung herbeizuführen. Einzelmaßnahmen reichen hierzu nicht aus. Die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, sowie die Sozialpolitik müssen dem Ziele dienen, stetig wachsenden Wohlstand und

eine gerechte Beteiligung aller am Ertrage der Volkswirtschaft zu sichern. Voraussetzung für eine breite Eigentumsstreuung ist, daß die Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer und der mittleren und kleinen Unternehmer so verbessert werden, daß sie sparen und damit Vermögen bilden können, daß die für den Wirtschaftsaufschwung notwendige Vermögensbildung — insbesondere durch den Ausbau der Sparprämienregelung zu einem geschlossenen Sparprämien-system — gesichert und daß das Preisniveau stabil gehalten wird.

Die bisherige „Volksaktie“ kann nur in ganz beschränktem Umfange zu einer Vermögensstreuung beitragen. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Ergebnis des Einzelunternehmens kann ebenfalls nur einen begrenzten Erfolg haben. Eine breitere Vermögensstreuung ist daher nur zu erreichen, wenn ständig ein angemessener Teil des Zuwachses der Großvermögen der Wirtschaft aus der Vermögens- und Machtkonzentration gelöst und einer gerechten Vermögensbildung dienstbar gemacht wird. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich daher für folgende Maßnahmen einsetzen:

1. Heranziehung des Vermögenszuwachses der Wirtschaft

durch angemessene Besteuerung des Vermögenszuwachses der Großwirtschaft und wirksame Erbschaftssteuern auf Großvermögen.

Die Gesetzgebung, insbesondere das Aktienrecht, soll eine Abgeltung dieser Vermögensabgaben durch Anteilsrechte — Aktien usw. — an den betroffenen Unternehmungen fördern.

2. Errichtung der „Deutschen Nationalstiftung“

Zur Verwaltung der Vermögensabgaben wird die „Deutsche Nationalstiftung“ errichtet. Die Errichtung erfolgt durch Gesetz.

Das Vermögen der Stiftung besteht aus den Wertpapieren und Barbeträgen, die zur Abgeltung des Vermögenszuwachses und der Erbschaftsteuer geleistet werden. Barbeträge sind in Wertpapieren anzulegen.

Die Verwaltung dient dem Zweck, einen Wertpapierfonds zu schaffen, der als Grundlage für eine breite Vermögens-Streuung dienen kann.

Das Stimmrecht der Stiftung aus den von ihr verwalteten Beteiligungspapieren wird auf höchstens 5 vH des Kapitals der jeweils betroffenen Gesellschaften beschränkt.

3. Schaffung der „Deutschen Volksaktie“

Die Stiftung gibt auf der Grundlage der von ihr verwalteten Wertpapiere „Deutsche Volksaktien“ aus.

Die „Deutsche Volksaktie“ kann jedermann erwerben.

Bezieher von Jahreseinkommen, die bei Unverheirateten 8000 DM, bei Verheirateten 16 000 DM nicht übersteigen, erhalten beim Kauf von „Deutschen Volksaktien“ einen Nachlaß auf den Kaufpreis.

4. Entwicklung weiterer Formen der Vermögensbildung

durch Forderung tariflicher Vereinbarungen, die der persönlichen Vermögensbildung der Arbeitnehmer dienen."

2. Energiewirtschaft

(ANTRAG 47, angenommen gegen eine Stimme.)

Der Parteitag weist die deutsche Öffentlichkeit mit allem Ernst auf die ungelösten Probleme der Energiewirtschaft hin. In allen europäischen Ländern steht der Kohlebergbau in einer Krise. Der Machtkampf der internationalen Mineralölkonzerne um die beherrschende Stellung auf dem Energiemarkt kennzeichnet die Lage. Erdgas und demnächst auch Atomenergie werden die Grundlagen der Energieversorgung erneut verändern. Immer stärker gerät die Energiewirtschaft unter den beherrschenden Einfluß schwer erkennbarer, anonymer, internationaler Mächte. Unordnung und Machtkampf auf dem Energiemarkt gefährden die geordnete, gesicherte und wirtschaftliche Versorgung mit billiger Energie.

Die Notwendigkeit einer einheitlichen und wirksamen Energiepolitik, die sich auf alle Energiearten erstreckt, wird heute allgemein anerkannt. Sie ist ständiger Gegenstand internationaler Verhandlungen und Untersuchungen. Die Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft arbeiten an der Schaffung der Grundlagen für eine gemeinsame europäische Energiepolitik. In den verschiedenen europäischen Staaten sind entsprechende Arbeiten weit fortgeschritten. In Deutschland fehlen bis heute alle Voraussetzungen für die Entwicklung einer wirksamen Energiepolitik.

Die deutsche Energiepolitik muß sich im Rahmen einer europäischen Energiepolitik halten und einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Entwicklung und Verwirklichung leisten. Deshalb sollte eine sozialdemokratische Bundesregierung eine Kommission unabhängiger Sachverständiger der Wirtschaftswissenschaften, der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftspraxis von hohem Rang bestellen mit dem Auftrag, die Formen und Methoden einer Neuordnung der Energiewirtschaft im einzelnen zu prüfen und entsprechende Vorschläge zu machen. Die Bedeutung dieser Kommission sollte dadurch unterstrichen werden, daß die Mitglieder durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung berufen werden. Interessenvertreter der verschiedenen Zweige der Energiewirtschaft dürften ihr nicht angehören.

3. Wirtschaftspolitik

(ANTRAG 88, angenommen gegen zwei Stimmen.)

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem starken Aufstieg. Aber die Grundlagen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung sind nicht so gefestigt, daß die Bundesrepublik den auf sie zukommenden großen Belastungen ohne Sorge entgegensetzen könnte. Die Bundesrepublik muß der Herausforderung des Kommunismus nicht nur ein stetiges und hohes Wirtschaftswachstum, sondern vor allem ein Höchstmaß an Freiheit und sozialer Gerechtigkeit auch in der Wirtschaft entgegenstellen.

Die Sozialdemokratie hat im Godesberger Grundsatzprogramm die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des freiheitlichen Sozialismus festgelegt. Dieses Programm verpflichtet zu aktiver Wirtschaftspolitik.

Immer wieder wird der Wirtschaftsaufschwung gestört. Wichtige Teilbereiche — insbesondere in der Landwirtschaft — bleiben hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Die D-Mark verliert langsam, aber stetig an Wert. Der demokratische Staat verfügt über ausreichende Mittel, um eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung herbeizuführen und die Stabilität des Geldes zu sichern. Bundestag und Bundesregierung müssen von diesen Mitteln Gebrauch machen.

Die Unternehmenskonzentration verstärkt die Machtstellung der Großwirtschaft. Viele leistungsfähige und lebensfähige Selbständige werden in ihrer Existenz bedroht. Das Bestreben wächst, den Arbeitnehmern das Recht auf Mitbestimmung zu bestreiten. Die Verbraucher werden in vielfältiger Weise übervorteilt. Immer größer wird der Einfluß der Interessenverbände auf Parlament und Regierung. Der demokratische Staat ist verpflichtet, rechtzeitig wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um dauerhafte Grundlagen für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung zu schaffen. Dazu gehören insbesondere

eine Wettbewerbsordnung, die allen denen, die nicht zur marktbestimmenden Großwirtschaft gehören, ausreichende Bewegungsfreiheit in einem fairen Wettbewerb sichert,

eine durchgreifende Politik gegen den Machtmißbrauch marktbeherrschender Unternehmungen,

eine weitgehende Publizität der Großwirtschaft,

eine moderne Unternehmensverfassung, in die die Mitbestimmung der Arbeitnehmer organisch eingebaut ist und

eine Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, die die bisherige Begünstigung der Starken ebenso wie die Benachteiligung aller schwächeren Teilnehmer am Wirtschaftsleben aufhebt.

Der Parteitag begrüßt die agrarpolitischen Richtlinien vom 24. August 1960, die das Ziel verfolgen, der Landwirtschaft den ihr zukommenden Platz in einer leistungsfähigen Gesamtwirtschaft und den in der Landwirtschaft Tätigen einen gerechten Anteil am steigenden Wohlstand und am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu sichern.

Der Lebensstandard des deutschen Volkes hat sich wesentlich verbessert. Aber es gibt auch heute noch breite Schichten der Arbeitnehmerschaft, die an der Wohlstandssteigerung nur unzulänglich und an der Vermögensbildung nicht beteiligt sind. Die Ungerechtigkeit in der Einkommens- und Vermögensverteilung verschärft sich. Bundestag und Bundesregierung haben die soziale Verpflichtung, die einseitige Begünstigung der Großeinkommen und Großvermögen zu beseitigen und eine gerechte Beteiligung aller am Volkseinkommen und Volksvermögen herbeizuführen.

4. Partnerschaft und Hilfe für Entwicklungsländer

(ANTRAG 98, einstimmig angenommen.)

Die Sozialdemokratische Partei begrüßt die Initiative, mit der sich der Kongreß „Junge Generation und Macht“ den großen Aufgaben zugewandt

hat, die unsere Zeit mit dem Problem der Partnerschaft und Hilfe für die Entwicklungsländer stellt. Die Entwicklung der jungen Nationen zu politischer Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand ist die Aufgabe unserer Zeit. Das muß im Geiste frei gewählter Partnerschaft geschehen. Die Bundesrepublik hat sich allzu lange mit humanitären Bekenntnissen begnügt; es muß schnell und nachhaltig gehandelt werden.

Im Bemühen, den Entwicklungsländern zu helfen, sollen Taten die Teilnahme des deutschen Volkes an dieser großen Aufgabe unseres Jahrhunderts beweisen. Deshalb fordert die SPD von der Bundesregierung ein klares Eintreten für diese Ziele. An die Stelle von Verzettelung, Überschneidung und Verzögerung muß eine übersichtliche und langfristig geplante Konzeption treten, mit deren Hilfe praktische Lösungen schnell und wirkungsvoll in die Tat umgesetzt werden können. Die SPD fordert daher:

Die Errichtung eines Ministeriums für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, das für alle Fragen der Entwicklungspolitik zuständig ist.

Hilfe ist ohne politische Auflagen anzubieten und zu geben. Die Projekte und Förderungsmaßnahmen müssen in Zukunft mehr den Charakter einer Gemeinschaftsleistung unseres Volkes tragen als das bisher der Fall war.

Langfristige finanzielle Mittel zum wirtschaftlichen Auf- und Ausbau der Entwicklungsländer müssen bereitgestellt werden; die wirtschaftliche Zusammenarbeit darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt von Gewinn und Rentabilität gesehen werden. Der Parteitag der SPD fordert: Die Sicherung ausreichender Mittel durch öffentliche Finanzhilfe und durch den Kapitalmarkt. Hierfür sollen später auch die Erlöse der von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen „Deutschen Nationalstiftung“ aus der Veräußerung von deutschen Volksaktien in den nächsten Jahren mitverwandt werden.

Die Ausgestaltung der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu der Entwicklungsbank, der alle finanziellen Maßnahmen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu übertragen sind.

Aus der Fülle weiterer Möglichkeiten der Partnerschaft mit den Entwicklungsländern sind folgende Maßnahmen vordringlich zu betrachten:

Vermehrung der Studien- und Praktikantenplätze für junge Menschen aus den Entwicklungsländern. Sie sind nach Abschluß ihrer Ausbildung weiter zu betreuen.

Die Errichtung und Unterstützung von Ausbildungsstätten in den Entwicklungsländern; dadurch vermehrt sich die Möglichkeit einer fach- und sachgerechten Heranbildung von einheimischen Führungs- und Ausbildungskräften.

Junge und ausgebildete Fachkräfte sollen als Entwicklungshelfer mehrere Jahre mit Verständnis für die schwierige Aufgabe und unter Anerkennung der Gleichberechtigung des Partners in den Entwicklungsländern tätig werden.

Finanzielle Förderung der selbständigen Arbeit der freien gemeinnützigen Organisationen und Verbände auch auf dem Gebiete des internationalen Kulturaustausches.

Die Maßnahmen des Staates und der freien Organisationen und Verbände auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe müssen sich ergänzen, wobei durch Studien- und Entwicklungspläne für jedes einzelne Land administrative, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Maßnahmen sorgfältig miteinander verbunden werden.

Hierzu bedarf es des Ausbaues der deutschen Vertretungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, damit diese ihren Aufgaben gerecht werden können.

Der Warenaustausch mit den Entwicklungsländern ist zu fördern, wobei die Erhöhung unserer Importe große Bedeutung für die Ausweitung des wirtschaftlichen Lebens in diesen Ländern und damit für ihre soziale Besserstellung hat.

5. Verkehrspolitik

(ANTRAG 101, einstimmig angenommen.)

1. Die Zahlen der Verkehrsunfälle in der Bundesrepublik nehmen ständig zu. Täglich sterben 50 Menschen den Unfalltod auf den Straßen, über 1500 Menschen werden täglich verletzt. Der volkswirtschaftliche Schaden der Verkehrsunfälle beläuft sich jährlich auf drei Milliarden DM.

Dem Wachsen der Unfallziffern muß dringend Einhalt geboten werden. Deshalb ist eine verstärkte Verkehrsüberwachung, ein ausreichender Verkehrsunterricht in den Schulen und eine schärfere Bestrafung hartnäckiger Verkehrssünder notwendig. Häufig könnte durch rechtzeitige ärztliche Hilfe das Leben von Verletzten gerettet werden. Deswegen richtet die SPD die Bitte an die Regierungen des Bundes und der Länder, mehr Mittel für den Ausbau der Unfallhilfen verfügbar zu machen.

2. Die gefährlichsten Ursachen für die bedrohlich steigenden Unfallziffern liegen in dem völlig unzureichenden Straßennetz und in der Vielzahl schienengleicher Kreuzungen begründet. Der Straßenbau ist um zehn Jahre hinter dem Fortschritt der Motorisierung zurückgeblieben. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren den Straßenbau sträflich vernachlässigt und damit ein großes Maß an Schuld auf sich genommen. Außerdem hat sie ihre Anstrengungen lediglich auf die Bundesfernstraßen beschränkt. Landstraßen und kommunale Straßen wurden benachteiligt. Entscheidend für die Verkehrssicherheit ist aber der gleichmäßige Ausbau des gesamten Straßennetzes und vornehmlich die Beseitigung der Verkehrsnot in den Großstädten. Daneben ist auch der Ausbau der Massenverkehrsmittel zu fördern, die geeignet sind, die Straßen zu entlasten. Um die Finanzierung eines umfassenden Zehn-Jahres-Straßenbauplanes sicherzustellen, hält die SPD die Zweckbindung aller spezifischen Verkehrssteuern und die Zweckbindung der Hälfte des Mineralölzollaufkommens für dringend

erforderlich. Nur durch einen vernünftigen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden kann der immer dringender werdende gleichmäßige Ausbau unseres Straßennetzes sichergestellt werden. Finanzieller Hilfe bedürfen besonders die Gemeinden, denn in den geschlossenen Ortschaften ist der Unfalltod häufiger als auf Landstraßen und Autobahnen.

3. Schlechte und unzureichende Straßen gefährden nicht nur den Kraftfahrer, sondern auch den Fußgänger, den Rad- und Mopedfahrer. Sie sind eine Bedrohung für jedermann. Die SPD sieht in der schnellen Anpassung unseres Straßennetzes an die fortschreitende Motorisierung und in der Erhöhung der Verkehrssicherheit die vordringliche verkehrspolitische Aufgabe.

6. Wohnungspolitik

(ANTRAG 102, einstimmig angenommen.)

Die Wohnungsversorgung ist so zu verbessern, daß auch junge Ehepaare, kinderreiche Familien und die noch von der Wohnungsnot seit langem betroffenen Bevölkerungskreise alsbald ausreichende Wohnungen zu erträglichen Mietpreisen erhalten.

Dazu sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Die öffentlichen Mittel des Bundes, der Länder und der Gemeinden sind ohne Abstriche für den sozialen Wohnungsbau mit niedrigen Mieten und für die Sanierung der Städte weiterhin bereitzustellen.
2. Die Zurückhaltung von Bauland ist durch gezielte Maßnahmen auszuschalten. Bodengewinne und Bodenwertsteigerungen sind zugunsten der Allgemeinheit abzuschöpfen.
3. Die Wohnraumbewirtschaftung kann nur dort aufgehoben werden, wo nach örtlicher Feststellung die Wohnungsnot beseitigt ist.
4. Der Mieterschutz muß so lange bestehen bleiben, bis ein soziales Mietrecht eingeführt ist.
5. Die Mieten dürfen nur so weit angehoben werden, wie dies zur Deckung der Kosten einschließlich der Verzinsung des Eigenkapitals und für Instandsetzungen und Modernisierungen erforderlich ist.
6. Zur Ergänzung unzureichender Einkommen sind Mietbeihilfen in einfacher und sozial wirksamer Form zu gewähren.

B) Zur Begründung:

Gerechte Vermögensbildung

Erich Ollenauer: „Gerechte Vermögensbildung“, der Vorstand unserer Partei unterbreitet diesen Vorschlag, nachdem er Gegenstand eingehender Beratungen in den zuständigen Gremien des Parteivorstandes gewesen ist. Der Vorschlag geht von der Erkenntnis aus, daß es sich hier um ein wichtiges Problem einer gerechten sozialen Ordnung handelt. Es kann nicht durch einige wenige Einzelmaßnahmen gelöst werden, wie die Regierung sie hin und wieder wie Almosen an ein fleißiges Volk austreut. Die gesamte

übrige Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik begünstigt vornehmlich und überwiegend Großeinkommen und Großvermögen. Eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung kann aber nur erreicht werden, wenn die gesamte Politik in allen ihren Verzweigungen von sozialem Willen getragen und nicht von taktischem Zweckdenken bestimmt wird.

„Auf das ständig sichere Einkommen kommt es an, und das berührt ebenso die Lohn- und Gehaltspolitik der Tarifpartner wie die Wirtschaftspolitik der Regierung, insbesondere auch ihre Mittelschichtenpolitik. Eine solche Politik fordert eine große Anstrengung, denn sie muß ein ausreichendes wirtschaftliches Wachstum bei Vollbeschäftigung und stabiler Währung sichern. Will die CDU eine solche Anstrengung endlich einmal machen? Kann sie es wagen, gegenüber ihren Geldgebern und politischen Führern? In zwölf Jahren CDU-Politik ist nichts dergleichen getan worden. Erst die kommenden Wahlen haben die Herren lebendig gemacht!“

Willy Brandt: „Der Frage einer gerechten Eigentumsbildung für alle — und das hat dieser Parteitag gezeigt — werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Hierzu haben wir Vorschläge gemacht. In Übereinstimmung mit unseren freiheitlichen Grundsätzen werden wir die vielfältigen Mittel der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Eigentumsbildung breiter Schichten einsetzen. Die stabile D-Mark, ein gesundes Preisgefüge und Maßnahmen gegen die schleichende Inflation werden Grundpfeiler unserer Wirtschaftspolitik sein; denn wir sind keine Krisenpartei, sondern eine Krisenverhütungs-Partei.“

„Wir brauchen uns nicht eines Lebensstandards zu schämen, der das Ergebnis fleißiger Arbeit ist. Wir haben ihn uns ehrlich erarbeitet. Der Aufbau wird selbstverständlich weitergehen.“

Heinrich Heist: „Ich möchte zur Klarstellung verdeutlichen, daß wir sicherlich die Verbesserung der Einkommens- und Vermögensbildung für eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik halten, daß das aber nur einer unter mehreren Aspekten der Wirtschaftspolitik ist, daß insbesondere die Sicherung eines stetigen, gesunden, hohen Wirtschaftswachstums bei stabilem Preisniveau und die Bewältigung der Tatsache, daß in unserer Wirtschaft Macht und Machtmißbrauch eine große Rolle spielen, gleichwertige Bedeutung für unsere gesamte Wirtschaftspolitik haben.“

„Es wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Voraussetzung jeder erfolgreichen Vermögens- und Eigentumspolitik ist, daß das Einkommen jener breiten Schichten der Arbeitnehmer und der mittleren und kleineren Unternehmungen, die heute nicht in der Lage sind, zu sparen und Vermögen zu bilden, angemessen erhöht wird. Sie müssen erst in die Lage versetzt werden zu sparen. Das ist eine große Aufgabe, das ist eine Aufgabe, die nicht mit einigen Einzelmaßnahmen bewältigt werden kann, sondern das ist eine zentrale Aufgabe der gesamten Wirtschaftspolitik. Die Politik der Bundesregierung in den letzten Jahren hat uns deutlich gezeigt, wie man, selbst wenn man kleinere Einzelmaßnahmen ergreift, durch die gesamte Wirtschaftspolitik eine einseitige Begünstigung der Großeinkommen und Großvermögen herbeiführen kann.“

„Wir wissen, daß 60 Prozent der Arbeitnehmerhaushalte auch heute noch ein Nettoeinkommen von weniger als 600 DM monatlich haben. Wir wissen, daß viele mittlere und kleinere Unternehmungen nicht wesentlich mehr als eine Entschädigung für ihre Arbeitsleistung verdienen. Wenn 60 Prozent der Arbeitnehmerfamilien unter 600 DM verdienen, dann bedeutet das, daß es viele, viele Arbeitnehmerfamilien gibt, die 300 bis 400 DM oder noch weniger verdienen. Das heißt, diese Schichten sind auch beim besten Willen nicht in der Lage, zu sparen und Vermögen zu bilden. Es ist also die Frage aufzuwerfen, ob man bereit ist, die Eigentumsverhältnisse dieser Schichten so zu verbessern, daß sie wirklich in die Lage versetzt werden, in größerem Umfang zu sparen und Vermögen zu bilden. Diese Frage ist an alle gestellt, die vorgeben, eine gerechtere Vermögensverteilung vorzunehmen. Wer diese Frage nicht zu bejahen bereit ist, der soll nicht davon sprechen, daß er für breite Vermögensbildung und breite Vermögensstreuung sei.“

„Im Vordergrund unserer Vorschläge steht eine Eigentumspolitik, die ganz zielbewußt eine Verbesserung der Einkommenslage bei den Beziehern niedriger Einkommen zur Folge hat. Das bedeutet zunächst einmal den Verzicht auf eine Politik, die jede Lohn- und Gehaltsbewegung der Arbeitnehmerschaft von vornherein diffamiert. Das bedeutet den Verzicht auf eine Politik, die durch staatlichen Machtanspruch die Einkommenssituation der Arbeitnehmer ohne jeden Ausgleich verschlechtert, wie das bei der Mietengesetzgebung, bei der Erhöhung der Bundesbahntarife und bei den Versuchen, den Arbeitnehmern einen wesentlichen Teil der Krankenkosten einseitig zuzulasten, festzustellen ist. Das bedeutet die Inangriffnahme einer Mittelschichtenpolitik, die wirklich den mittleren und kleineren Unternehmen Raum für wirtschaftliches Arbeiten gibt. Das bedeutet schließlich die Inangriffnahme einer Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, aber uns insbesondere auch einer Kartellpolitik, die unangemessen hohe Gewinne in der Großwirtschaft verhindert, überhöhte Gewinne angemessen versteuert und die Einkommens- und Vermögensbildung der Arbeitnehmer und der mittleren und kleineren Unternehmer begünstigt.“

„Schließlich sind wir der Auffassung, daß man versuchen sollte, durch tarifvertragliche Vereinbarungen unabhängig von den normalen Lohn- und Gehältern neue Wege zu einer Vermögensbildung zu suchen.“

„Was ist eigentlich Großwirtschaft, was versteht ihr unter unangemessenem Vermögenszuwachs? Es ist merkwürdig, daß wir in einem Land, in dem Eigentum für alle angeblich seit vielen Jahren die große Parole ist, nicht einmal über ausreichende Statistiken verfügen, um zu wissen, wie das Vermögen in Deutschland verteilt ist und wie sich der Vermögenszuwachs auf die verschiedenen Gruppen und auf die verschiedenen Größenordnungen der Wirtschaft verteilt. Nicht einmal diese primitiven statistischen Unterlagen sind bei uns vorhanden. Aber ich möchte doch eine Andeutung dafür geben, was wir unter Großwirtschaft hier verstehen. Dabei gehe ich davon aus, daß dieser Vermögenszuwachs ja stehengebliebene Gewinne sind und damit mit der Gewinnlage der Unternehmungen in Verbindung stehen. Wir wissen aus der Körperschaftssteuerstatistik des Jahres 1957, daß damals 16 400 Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung körperschaftssteuerpflichtig waren. Von denen hatten 15 200 Gewinne unter einer Million.

Nur 1200, also ein kleiner Bruchteil, hatte Einkommen über 1 Million DM, aber diese vereinigten auf sich einen Gewinn von insgesamt 7,3 Milliarden DM und damit 85 Prozent aller Gewinne der Aktiengesellschaften und der GmbHs, dieser 1200 Unternehmungen. Das verstehen wir unter Großgewinnen. Diese Millionengewinne innerhalb der Wirtschaft sind das, was wir bei der Vermögensstreuung nutzbar machen wollen.“

„Es gibt keinen Vorschlag der Sozialdemokratie — es kann sein, welcher es wolle —, von dem nicht behauptet wird, er bezwecke eine verdeckte Methode der Enteignung oder gar der Sozialisierung. Nun, da befinden wir uns in guter Gesellschaft. Die „Soziale Ordnung — Christlich-Demokratische Blätter der Arbeit“ vom August 1960 beginnt einen Artikel, der die bemerkenswerte Überschrift trägt: „Eine Ohrfeige für die Bundesregierung“, mit folgendem Satz: „Wer einen Vorschlag zur Eigentumsbildung macht, muß sich regelmäßig von den publizistischen Vertretern der Unternehmerinteressen den Vorwurf gefallen lassen, daß er den Eigentumsbegriff pervertiere.“ Zu diesen publizistischen Vertretern der Unternehmerinteressen gehört offenbar der Bundeswirtschaftsminister, der die gleiche Methode unseren Vorschlägen gegenüber anwendet.“

Heinrich Hilbig: „Es ist wahr, daß der ungeheure Substanzverlust des zweiten Weltkrieges einmal durch weitgehenden Lohnverzicht der Arbeitnehmerschaft und dann durch überhöhte Preise von den Konsumenten wieder ersetzt worden ist und daß das neugeschaffene Eigentum, das von uns allen erschaffen worden ist, zu 40 Prozent in die öffentliche Hand, zu etwa 40 Prozent in die Hand der Unternehmungen und nur zu 20 Prozent in die Hand der schaffenden Menschen manipuliert worden ist, die das alles erarbeitet haben.“

Julius Brecht: „An sich könnte man das auch so machen, daß man eine erhöhte Körperschaftssteuer oder eine erhöhte Einkommenssteuer oder eine erhöhte Vermögenszuwachssteuer forderte. Dann aber würde die ganze Abschöpfung in die Kasse des Finanzministers fließen und nicht in einen Sonderfonds. Jedenfalls glaube ich, daß sich alle darüber einig sind, daß man eine solche Abschöpfung des Vermögenszuwachses mindestens für die Zukunft vornehmen sollte. Nach meiner Ansicht könnte man es teilweise auch für die Vergangenheit tun.“

Heinrich Deist: „Täuschen wir uns nicht über die große Differenziertheit der heutigen Arbeitnehmerschaft, über die Schichtung, die hier vorhanden ist, wie verschieden ihre Einstellung zum sozialen Leben und zum Einkommen ist. Ist denn das nicht ein Verdienst unserer Arbeit, der Arbeit der Partei, der Arbeit der Gewerkschaften, daß das Lebensniveau vieler Menschen so gesteigert worden ist, daß sie ein Interesse daran haben, sich auch gewisse Dinge zurückzulegen, etwas zu sparen, sich ein Haus zu bauen, Vermögen anzulegen?“

„Wir sollten uns darüber klar sein, daß die Vermögensentwicklung in Deutschland ständig Fortschritte macht und immer größer und ungerechter wird. Diese einseitige Vermögensverteilung hat auch für die gesamte gesellschaftliche Struktur ihre Bedeutung. In diesem weiteren Sinne werden dauernd neue Fakten der gesellschaftlichen Machtstruktur geschaffen. Wir müssen also politisch zu diesem Problem etwas sagen, zumal die ganze Öffentlichkeit voll ist von Erörterungen dieses Problems.“

Die Deutsche Volksaktie

Heinrich Deist: „Die Deutsche Volksaktie, ist ein Wertpapier, das eine Beteiligung am Vermögen der Gesamtwirtschaft darstellt und daher eine stabile und sichere Grundlage bietet und von den Kursschwankungen einzelner Unternehmungen weitgehend unabhängig ist. Es verspricht eine gute, nachhaltige Rendite, weil es sich nämlich auf die Ertragslage der Gesamtwirtschaft stützt, und es ist ein Anteilspapier, das den Berechtigten eine Teilnahme an dem ständigen Wertzuwachs, an dem durchschnittlichen Wertzuwachs, der Wirtschaft gewährt. Darum scheint uns ein solches Papier wirklich zu einer Vermögensbildung in breiteren Schichten geeignet zu sein.“

„Die CDU-Aktie dient der Verschleuderung des Bundesvermögens. Sie ist eine Beteiligung an einem Einzelunternehmen, so daß die Aktie den Kursschwankungen bei diesen Unternehmungen und dem damit verbundenen großen Risiko unterliegt. Sie ist insbesondere durch die Festsetzung des Ausgabekurses zu einem reinen Spekulationspapier geworden.“

Käte Strobel: „Dann kommt noch hinzu, daß wir gleichzeitig die Deutsche Nationalstiftung schaffen und daß wir uns darüber im klaren sind, daß diese Deutsche Nationalstiftung eine Aufgabe zu erfüllen hat, die weit über die Vermögensbildung bei den unteren Einkommenschichten hinausgeht, die bestimmte Aufgaben, die die Volkswirtschaft bisher vernachlässigt hat, erfüllen soll. Dazu gehört meiner Meinung nach nicht nur die Entwicklungshilfe, sondern dazu gehören auch bestimmte Aufgaben im kulturellen Bereich, die im Grunde genommen auch Einfluß auf die gesamte Wirtschaft haben.“

Heinrich Deist: „Die Deutsche Nationalstiftung ist ein Mittel der Vermögensstreuung. Sie soll dafür sorgen, daß für die ausgegebenen Zertifikate, die Deutschen Volksaktien, eine sichere, gesunde Wertpapiergrundlage vorhanden ist; das ist das Augenmerk, das sie in den Vordergrund zu stellen hat. Wir wollen kein untaugliches Mittel zur Beeinflussung der Wirtschaft haben, und darum haben wir ausdrücklich festgelegt, daß die Nationalstiftung bei keinem der Unternehmen, von denen sie Wertpapiere besitzt, ein Stimmrecht von mehr als 5 Prozent des Aktienkapitals ausüben darf. Im übrigen wären wir bereit, jeden Vorschlag zu akzeptieren, der geeignet erscheint, zu verhindern, daß diese Nationalstiftung zu einem Herrschaftsinstrument über die Wirtschaft wird.“

„Man kann annehmen, daß in der gewerblichen Wirtschaft ein jährlicher Netto-Vermögenszuwachs von etwa 7 bis 8 Milliarden zu verzeichnen ist. Das sind hohe Gewinne, die in den Unternehmungen stehengeblieben sind und sich in ihnen als Vermögen niedergeschlagen haben; ein Vermögenszuwachs, der seinen Ausdruck darin gefunden hat, daß die Kurse der Aktien der deutschen Aktiengesellschaften in den letzten sieben Jahren allein auf das Achtfache gestiegen sind! Die Frage ist, ob dieser gewaltige Vermögenszuwachs, der ohne jedes Zutun der bisher Berechtigten entstanden ist, einer breiteren Vermögensstreuung dienstbar gemacht werden soll. Wenn man diese Frage bejaht, dann ergeben sich auch die technischen Möglichkeiten, um eine solche breite Vermögensstreuung durchzuführen.“

Wir haben dazu Vorschläge erarbeitet und haben dabei die Methoden des Steuerrechts angewandt, die Technik der Investment-Gesell-

schaften uns zunutze gemacht und haben uns insbesondere auch die Erfahrungen zunutze gemacht, die z. B. bei einer Durchführung des Gratisaktiengesetzes gemacht wurden, wo man nämlich gezeigt hat, daß es möglich ist, Milliardenbeträge dieses Vermögenszuwachses durch Ausgabe von Aktien zu mobilisieren, und wir haben uns auch die Erfahrungen zunutze gemacht, die bei der Ausgabe der CDU-Volksaktie gemacht wurden. So haben wir eine technische Form gefunden, um die Deutsche Volksaktie als ein Mittel zu schaffen, das breiten Schichten des Volkes die Möglichkeit gibt, sich am Vermögen der Volkswirtschaft, insbesondere der Gesamtwirtschaft, zu beteiligen, d. h. den echten Grundgedanken einer wirklichen Volksaktie eigentlich erst zur Durchführung zu bringen und damit den Namen, den die Privatisierungsaktie der CDU zu Unrecht trägt, auf ein Wertpapier anzuwenden, bei dem dieser Name erst seinen Sinn erhält.“

„Eine Besteuerung des gewaltigen Vermögenszuwachses der Gesamtwirtschaft: Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß die Höhe dieses Vermögenszuwachses darin zum Ausdruck kommt, daß sich das Kursniveau der Aktien in den letzten sieben Jahren auf das Achtfache erhöht hat. Es wird höchste Zeit, daß diese Gewinne, die sich im Vermögenszuwachs niederschlagen, angemessen erfaßt werden. Außerdem waren wir der Auffassung, daß es notwendig wäre — ähnlich wie das in anderen Staaten geschieht —, die Großvermögen im Erbfolge einer wirksamen Erbschaftsteuer zu unterwerfen. Insoweit handelt es sich bei unserem Vorschlag um einen normalen Vorgang der Besteuerung... Wir waren der Auffassung, daß dieser Vermögenszuwachs der Wirtschaft, der das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit aller ist, nicht einfach in den öffentlichen Haushalt fließt, sondern breiter Vermögensstreuung nutzbar gemacht werden sollte. Darum haben wir vorgeschlagen, daß diese Abgabe, zum Teil in Wertpapieren, zum Teil in bar, in einen besonderen Fonds fließt. Dieser Fonds hat die Aufgabe, mit der Technik des Investmentfonds Zertifikate auszugeben, die wir 'Deutsche Volksaktie' genannt haben, so daß diejenigen, die es wünschen und die dazu in der Lage sind, die Möglichkeit haben, sich auch an dem Vermögen der Gesamtwirtschaft zu beteiligen. Insoweit handelt es sich um eine technische Maßnahme, eine breitere Streuung eines Teiles dieses Vermögenszuwachses herbeizuführen.“

Erich Ollenbauer: „Unser Antrag enthält einen konkreten Vorschlag, um einen Teil des Vermögenszuwachses der Gesamtwirtschaft für eine breitere Streuung des Vermögens und die Bildung von Eigentum nutzbar zu machen. Unser Vorschlag geht nach Umfang und Inhalt weit über das Experiment der CDU-Volksaktie hinaus, das letzten Endes in der Aufteilung von Bundesvermögen seine Grenzen findet. Unser Vorschlag ist ein großangelegter Versuch, den laufenden Vermögenszuwachs der Großindustrie gerechter zu verteilen und damit breiten Schichten des Volkes neben den bereits vorhandenen Sparformen die Möglichkeit zu einer Vermögensanlage zu geben, die eine Beteiligung am ständigen Wachstum der Wirtschaft gewährt. Das alles fehlt in den CDU-Almosen, die bisher angeboten worden sind.“

Heinrich Deist: „Ein letzter Einwand, der gemacht worden ist: die Ausgabe von Volksaktien in diesem Umfange beeinflusse die Währungslage, die Preissituation, den Geld- und Kapitalmarkt, und hier könne ein Konkurrenzunternehmen zur Bundesbank entstehen. Dieser Vorwurf kann nur erhoben werden, weil er auf der Unfähigkeit der Bundes-

regierung, infolged wirtschaftspolitische Maßnahmen in angemessener Weise mit den Maßnahmen der Bundesbankpolitik zu koordinieren; denn es gibt zahllose wichtige wirtschaftspolitische Maßnahmen, die bei einer geordneten Koordination der Wirtschaftspolitik auch mit der Bundesbank abgestimmt werden müssen. . . Das ist ja einer der schweren Vorwürfe, die wir gegen die Bundesregierung zu erheben haben, daß sie zum Beispiel die Last der Konjunkturpolitik der letzten Zeit völlig der Bundesnotenbank allein überlassen hat und nichts dazu getan hat, um konjunkturpolitisch wirksam zu werden, im Gegenteil Maßnahmen ergriffen hat, die einen Teil der Aktivität der Bundesnotenbank wiederum paralyisiert haben. Für uns ist es selbstverständlich, daß solche Maßnahmen der Deutschen Nationalstiftung nur im Einvernehmen mit der Bundesbank getroffen werden können."

„Wir schaffen ein Papier, das stabil ist, das sicher ist, und das nicht von den Kursschwankungen einzelner Unternehmungen abhängig ist, weil es sich nämlich auf das Vermögen der gesamten Volkswirtschaft stützt. Es sichert eine gute und bleibende Rendite, weil es auf dem Ertrag der hochrentablen Großwirtschaft beruht. Da es eine Beteiligung an der Wirtschaft darstellt, gewährt es zugleich einen Anteil an dem Wertzuwachs der Volkswirtschaft.“

Wirtschaft für das Volk

Erich Ollenhauer: „Die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik der Regierung Adenauer ist eine einseitige Förderung des Großbesitzes. Sie hat die Konzentration wirtschaftlicher Macht erleichtert und begünstigt. Gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik ist das Ziel des Grundgesetzes, die Bundesrepublik solle ein demokratischer und sozialer Bundesstaat sein, am wenigsten erfüllt. Das entscheidende Problem ist, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht sowohl in der Wirtschaft selbst als auch zu politischen Zwecken zu verhindern.“

„Das Gegenstück zur Konzentration der Macht in Großunternehmen ist die ständige Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz zahlreicher mittlerer und kleinerer Betriebe. Gesetzgebung und Verwaltung haben es versäumt, sich dieser Veränderung der Wirtschaftsstruktur rechtzeitig anzupassen. Das gilt für die Steuergesetzgebung ebenso wie für die Sozialpolitik — man denke nur an die Kindergeldregelung und die Wettbewerbsordnung. Die Sozialdemokratie hat immer die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Bedeutung der mittleren und kleineren Betriebe in Handwerk, Handel, Gewerbe und freien Berufen anerkannt und dort, wo sie in Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden die Möglichkeit dazu hatte, entsprechend gehandelt. Es wird höchste Zeit, daß endlich auch auf Bundesebene wirksame Maßnahmen ergriffen werden, damit die leistungsfähigen Selbständigen den ihnen zukommenden Platz in der Wirtschaft und damit Raum für freie Entfaltung im Wettbewerb erhalten.“

Willy Brandt: „In der Wirtschaftspolitik wird die Parole des gerechten Wohlstandes nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Wir sagen im „Appell“, daß der Lebensstandard in den nächsten zwei Jahrzehnten — vielleicht drei Jahrzehnten, wir wollen nicht darüber streiten, was eine Generation ist — verdoppelt werden kann. Das erfordert wirtschaftliches Wachstum und gesteigerte Produktivität, und dafür werden

wir sorgen. Wir wollen den Verbraucher gegen überhöhte Preise schützen. Wir wollen dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Wir wissen, daß eine funktionierende Wirtschaft die Basis jeden Fortschritts ist.“

„Wir werden es uns nicht so billig machen, allein dem parvenu zu überlassen das Wort zu reden und uns einem egoistischen Materialismus zu unterwerfen. Uns geht es besonders um die Erfüllung unserer Gemeinschaftsaufgaben. Ich nenne drei Schwerpunkte:

das nationale Gut der Volksgesundheit muß geschützt und erhalten werden,

unsere Straßen müssen erneuert, das Verkehrswesen muß auf die Erfordernisse von morgen zugeschnitten werden,

die Fähigkeiten und Begabungen, unser wertvollstes Volkvermögen, müssen entsprechend den Anlagen jedes einzelnen entdeckt und gefördert werden.“

„Wir bekennen uns mit Stolz zu dem, was in den hinter uns liegenden Jahren als Ergebnis gemeinsamer fleißiger Arbeit in der Bundesrepublik aufgebaut und geleistet worden ist. Aber wir sollten uns nicht so viel darauf einbilden, daß wir die Mängel übersähen oder daß wir träge wurden. Denn wir dürfen nicht müde und bequem werden, sondern wir müssen spring- lebendig bleiben. Es gilt nicht nur, das Erreichte zu sichern; vieles muß besser gemacht, muß solider und ausgeglichener und gerechter gestaltet werden als bisher.“

„Man wird behaupten, unsere Politik werde mehr Steuern erfordern und die finanzielle Verantwortung sei bei uns nicht gewährleistet. Lassen Sie mich hierzu drei Feststellungen machen:

Erstens ist es einfach nicht wahr, daß die Finanzmasse des Staates ein für allemal festgelegt und daß keine Mittelverlagerung von einem Gebiet auf ein anderes möglich ist. Das kann auch der schärfste Widersacher nicht guten Gewissens behaupten.

Zweitens werden wir den geringer verdienenden Gruppen unserer Bevölkerung keine vermeidbare zusätzliche Belastung zumuten. Aber ich denke nicht daran, eine Politik des billigen Jakobs zu betreiben. Wenn es des Gemeinwohls und der Erfüllung großer gemeinschaftlicher Aufgaben wegen erforderlich ist, werde ich nicht zögern, offen darüber zu sprechen, welche Mittel erforderlich sind und wie sie aufgebracht werden können.

Drittens erkläre ich in aller Form, daß wir jeder Aufblähung des Staatsapparates mit kritischer Wachsamkeit begegnen werden, daß wir eine verantwortungsbewußte Haushaltswirtschaft führen werden, daß wir die Stabilität unserer Währung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen werden.“

Erich Ollenhauer: „Die Forderung nach einer demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik bezieht sich auf alle Gebiete unseres gesellschaftlichen Lebens, und vor allem auch auf die Wirtschaft. Die demokratischen Grundrechte müssen auch in den Bereichen der Wirtschaft und der sozialen Ordnung durchgesetzt werden. Bei der Demokratisierung der Wirtschaft hat die Mitbestimmung eine wesentliche Rolle zu spielen, und die Sozial-

demokratie wird deshalb mit Nachdruck alle Bestrebungen unterstützen, die die Sicherung und den Ausbau des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und die Schaffung einer modernen Unternehmensverfassung im Bereich der Großwirtschaft zum Ziele haben. Wir wollen eine demokratische Ordnung in allen Verzweigungen der Gesellschaft, und die Demokratisierung der Wirtschaft ist ein entscheidendes Kernstück dieser Aufgabe."

„Nach dem Zusammenbruch von 1945 waren die Gemeinden — ihnen folgten die Kreise und die Länder —, die durch den selbst gewählten Einsatz arbeitsfreudiger und mutiger Männer und Frauen, die unverzagt die Trümmer räumten und die Werkstätten wiederherstellten, den Grundstein für ein neues Wirtschaften in Deutschland legten. Herr Erhard irrt, wenn er meint, er und sein erst 1949 begonnenes Wirken, dem die Marshall-Milliarden zu Hilfe kamen, hätten die Suppe gekocht, die nun von den Gemeinden gelöffelt wird. Nein, die Herde und die Töpfe bauten andere. Die Kohlen gruben die Kumpels, und die Felder bestellten die Bauern — alles lange bevor Herr Dr. Ludwig Erhard auf der politischen Bühne erschien. Als er dann kam, trug ihn die Welle der Konjunktur, wie sie uns alle getragen hat. Aber kein Wirtschaftserfolg wäre möglich gewesen ohne die Ordnung des gemeindlichen Lebens, die noch unter dem dumpfen Brandgeruch der Trümmerstätten begann, ohne den Fleiß und die Initiative der Arbeiter, der Angestellten, der Zeichner, der Denker, die auch ohne direktoriale Anweisung taten, was nötig war, und die später in der wieder organisierten Wirtschaft ihre Pflichten erfüllten, tagsüber am Arbeitsplatz und Ungezählte noch abends im Rat der Gemeinde, der Kreise und der Selbstverwaltungskörperschaften. Diese Tatsache darf nicht vergessen werden. Sie ist eine der bedeutsamsten historischen Tatsachen in der Geschichte des Wiederaufbaues Deutschlands nach dem Zusammenbruch 1945."

Konstruktive Wirtschaftspolitik für Entwicklungsländer

Heinrich Deist: „Das Schicksal der Welt wird letzten Endes — das ist keine Übertreibung — in den Landstrichen Asiens, Afrikas und Südamerikas entschieden, wo junge Nationen um politische Freiheit und um die Teilnahme am wirtschaftlichen Fortschritt kämpfen."

„Hier kommt eine riesige Aufgabe auf uns zu, die die Zusammenarbeit mit zahlreichen internationalen Institutionen notwendig macht. Wir sind der Meinung, daß dieser Schwierigkeit nur durch die Schaffung eines verantwortlichen Ministeriums begegnet werden kann. Das bedeutet eine Zusammenfassung jener Aktivitäten, die heute zersplittert in den verschiedenen Ministerien wirken, die sich damit gegenseitig aufheben."

Helmut Kalbitzer: „Entwicklungspolitik muß in erster Linie unter gesamt- außenpolitischen Aspekten betrachtet werden. Aber auch organisatorisch sind natürlich der Apparat für diese Entwicklungspolitik weitgehend die deutschen Vertretungen im Ausland. Diese deutschen Vertretungen im Ausland sind sachlich völlig unzureichend ausgerüstet, zum Teil auch nicht qualifiziert; aber was wichtiger ist: sie haben nicht die richtigen Anweisungen. Das heißt, die Zentrale hat sich kein Konzept für Entwicklungspolitik gemacht."

„Das Durcheinander der Bundesregierung in der Frage der Entwicklungspolitik ist geradezu grotesk. Ich hatte festgestellt, daß sich von allen Ministerien der Bundesregierung nur ein einziges, nämlich das Justizministerium, nicht mit der Entwicklungspolitik befaßt."

„Worauf es ankommt ist nun, daß man ein Amt oder eine Behörde oder eine Agentur schafft, daß es zu einer Konzentration der Verantwortlichkeit kommt."

Heinrich Deist: „Die Bundesregierung hat nach Presseberichten für das nächste Jahr einen Betrag zwischen drei und vier Milliarden DM für Entwicklungshilfe angeboten. Das ist ein großer und bedeutsamer Betrag. Aber jedermann, der hinter die Kulissen sieht — und nicht nur wir, sondern auch das Ausland, das an dieser Hilfe interessiert ist —, weiß, daß es sich bei diesem Vorschlag um eine Eintagsfliege handelt und daß keinerlei Gewähr gegeben ist für eine langfristige Entwicklungspolitik, die langfristig Kapitalhilfe zur Verfügung stellen muß. Denn die anderthalb bis zwei Milliarden DM, die sich die Bundesregierung bei der Wirtschaft leiht, und der Erlös aus dem Verkauf der Volksaktien des Volkswagenwerks mit rund 600 Millionen DM sind Mittel, die nur einmalig zur Verfügung stehen. Sie stehen nicht nur einmalig zur Verfügung, sondern die Belastung aus der Rückzahlung des Kredites der Wirtschaft kommt in den nächsten Jahren auf uns zu. Das ist nur eine Ad-hoc-Maßnahme, um dem ungeheuren Druck des Auslandes, der mit Recht gegenüber dieser Lethargie der Bundesregierung ausgeübt wurde, auch nur einigermaßen Rechnung zu tragen."

Herbert Wehner: „Wenn sich der Vorstand zu diesem Schritt entschlossen hat, der in der Forderung der Errichtung eines Ministeriums für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zu sehen ist — sollte man darin in erster Linie eine notwendige Geste erkennen, die deutlich machen soll: Die Sozialdemokratische Partei hat konstruktive Vorstellungen und auch Absichten, auch für die Zeit, in der sie in der Regierung selbst zu sagen haben wird. . . Hier wird der Blick auf eine weitere Periode gerichtet, aus einem bestimmten Grund. Das wäre die adäquate politische Antwort auf das Versagen der Bonner Regierung in einem solchen entscheidenden Problem. So sollten wir es politisch sehen."

„Scheut doch nicht vor der Konsequenz zurück, daß bei der Schaffung dieses speziellen Ministeriums die geeignetsten Kräfte, die heute an den verschiedensten Stellen verzettelt nutzlos Kraft verschwenden, in diesem einen Ministerium zusammengefaßt werden! Guckt nach England und anderen Ländern, in denen man mehr Erfahrung im Umgang mit anderen Erdteilen hat, wenn auch aus vergangenen Perioden: Man bürdet es nicht dem Außenminister auf, sich damit zu befassen."

Heinrich Deist: „Noch etwas zu dem, was diese Stelle zu tun haben wird. Sie hat die ganzen Verbindungslinien zu halten nicht nur mit den Entwicklungsländern selbst, sondern auch mit den europäischen Institutionen, die sich alle mit Entwicklungshilfe befassen, mit den Institutionen der UNO, mit den Institutionen des Colombo-Planes. Das sind höchst verantwortliche politische Dinge. Das sollten wir hier deutlich machen. Das ist von uns eine Dokumentation. Hier muß ganz klar gesagt werden: Das gehört unter eine politische Verantwortung."

„Zusammenfassung aller finanziellen Hilfsmaßnahmen in einer zentralen Entwicklungsbank. Wir haben ein Institut, das für diese Aufgabe hervorragend geeignet ist: die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die vor allen Dingen beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft große Erfahrungen gesammelt hat. Sie sollte zu diesem zentralen Entwicklungsinstitut bestimmt werden.“

„Sicherung der finanziellen Mittel für eine langfristige Kapitalhilfe: Wir glauben, daß es ein glücklicher Gedanke wäre, diesen Vorschlag zu verbinden mit unserem Vorschlag für eine gerechtere Vermögensbildung. Aus der Veräußerung der Deutschen Volksaktien fließen der Nationalstiftung im Jahresdurchschnitt Beträge von etwa 1 bis 2 Milliarden DM zu. Diese Mittel sollen großen nationalen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.“

Entwicklung in der Energiewirtschaft

Erich Offenhaner: „Der Parteitag in Stuttgart vor zwei Jahren hat den Parteivorstand beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Gesetzentwurf für die Neuordnung der Energiewirtschaft vorzulegen. Die Entwicklung auf dem Gebiet der Energiewirtschaft seit dem Stuttgarter Parteitag hat die Notwendigkeit einer solchen Neuordnung noch unterstrichen. Sie ist eine der großen wirtschaftspolitischen Aufgaben, vor denen wir stehen, aber sie ist auch eine der kompliziertesten angesichts der Vielschichtigkeit der Probleme und der Unübersichtlichkeit wichtiger Entwicklungen, vor allem der neuen Energiequellen. Wir sind gegenüber diesen zum Teil neuen Tatsachen der Meinung, daß es guter sozialdemokratischer Art entspricht, wenn wir erst einmal sorgfältig feststellen, was ist und was aus einer gärenden Entwicklung heraus voraussichtlich in absehbarer Zeit Bestand und Gestalt gewinnen wird. Darum sollte dieser Parteitag die zentrale Bedeutung dieses Problems erneut unterstreichen und Schritte für die Durchführung einer Neuordnung der Energiewirtschaft einleiten.“

Heinrich Beist: „Wenn es richtig ist, daß sich die ganze Energiewirtschaft in einer gewaltigen Umwälzung befindet, wenn wir wissen, daß durch die Mineralölwirtschaft und durch das Aufkommen von Erdgas völlig neue Probleme aufgeworfen werden, wenn wir wissen, daß es heute sehr schwierig ist, die tatsächlichen Verhältnisse z. B. in einem Bereich wie der Mineralölwirtschaft bei dem Dunkel, das darüber ruht, richtig zu durchschauen und die Entwicklungstendenzen richtig abzusehen, dann scheint es mir zweckmäßig zu sein, eine gründliche Überprüfung dieser Dinge vorzunehmen.“

Verkehr, Straßen, Wohnungen

Willy Brandt: „In der Zukunft werden — und das weiß der Präsident des Deutschen Städtetages und der Bürgermeister der größten deutschen Stadt — Fragen der Erneuerung unserer Städte, der Ausnutzung unseres Landes und des Verkehrswesens eine ähnliche Rolle spielen wie in der Vergangenheit der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Eine solche Riesenaufgabe kann nicht ohne vorausschauendes Planen gelöst werden. Großer Opfer bedarf es, um die geistigen Reserven in unserem Volk zu mobilisieren und um unsere Bildungseinrichtungen zu sanieren und auszubauen. Nur so wird unser Volk eine führende Industrienation bleiben und den Anschluß an die geistige Entwicklung in der Welt bewahren können.“

Paul Bleiss: „Auf keinem anderen Gebiet unserer Wirtschaft haben eine fehlerhafte Politik und ein inkonsequentes Handeln soviel menschliches Leid erzeugt und so große menschliche Schäden verursacht wie auf dem Gebiet der Verkehrspolitik. Die Zahl der Verkehrstoten wird Ende des laufenden Jahres die Zahl von 15.000 überschritten haben, und wir werden Ende dieses Jahres wahrscheinlich mehr als 500.000 Verkehrsverletzte zu beklagen haben... Ich bin der Meinung, daß es zunächst darauf ankommt, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, und ich bin der Meinung, daß eine der wesentlichsten vorbeugenden Maßnahmen ein regelmäßiger Verkehrsunterricht in allen Schulen ist.“

„Die zweite vorbeugende Maßnahme, die mir sehr wichtig erscheint, ist eine verstärkte Überwachung des Verkehrs an besonders gefährdeten Stellen durch eine Verstärkung der örtlichen Polizeikräfte. Ich glaube, daß es darüber hinaus notwendig und nützlich ist, auch eine Bundesverkehrspolizei einzurichten, die man durch ein Abkommen zwischen Bund und Ländern einrichten kann.“

„Man sollte in Bund und Ländern dafür sorgen, daß, wenn ein Unfall geschieht, dem Unfallverletzten so schnell wie möglich eine Hilfe zuteil wird, das bedeutet einen weitgehenden Ausbau der Unfallhilfe in allen Ländern.“

„Die Regierung hat in der ersten Legislaturperiode die Motorisierung gefördert; sie hat aber auf der anderen Seite — was im gleichen Maße notwendig gewesen wäre — den Straßenbau nicht im gleichen Maße mitgezogen, sondern den Straßenbau bewußt vernachlässigt. Dadurch haben wir zwischen Motorisierung und Straßenbau heute ein Verhältnis, das man am besten dadurch ausdrückt, daß bei uns der Straßenbau hinter der Entwicklung der Motorisierung um zehn Jahre hinterherhinkt.“

„Man muß so schnell wie möglich einen übereinstimmenden Straßenbauplan für den Bund, für die Länder und für die Gemeinden aufstellen, um erst einmal einen Begriff davon zu bekommen, was in den nächsten fünf oder zehn Jahren unbedingt erforderlich ist. Als nächstes muß man sich, glaube ich, die notwendige finanzielle Grundlage sichern durch eine Zweckbindung aller spezifischen Verkehrsabgaben. Ich bin der Meinung, daß man zu einem gleichmäßigen Ausbau aller Straßen kommen muß, nicht nur der Bundesautobahnen und der Bundesstraßen, die ja heute den Vorzug der Bundesregierung verdienen, sondern besonders auch der Landstraßen I. und II. Ordnung, und nicht zuletzt auch der Gemeindestraßen, weil wir gerade in den Gemeinden die größte Verkehrsnot haben und weil sich über 80 Prozent aller Verkehrsunfälle in geschlossenen Ortschaften ereignen. Deswegen glaube ich, daß man besonders gezielte Maßnahmen treffen muß, um die Verkehrsnot in den großen Städten zu beheben. Ich bin der Meinung, daß dazu in den Städten besonders auch die Beseitigung der schienenartigen Übergänge gehört.“

Ludwig Ratzel: „Ein Großraumwagen der Straßenbahn, der 170 Personen befördert, wird 100 PKW erforderlich machen, wenn seine Benutzer auf den PKW umsteigen. 100 PKW im 50-km-Tempo füllen eine Straße von mindestens 1 km Länge aus. Das muß man sich klar machen. Die Amerikaner mit ihrem vielen Platz haben das ja alles bereits vorexerziert, und sie stehen genau da, daß sie sagen: Bitte, wenn ihr in Europa jetzt auch mit diesen Dingen beschäftigt, vergeßt nicht die öffentlichen Verkehrsmittel!“

Paul Bleiss: „Wir haben in diesem Jahr einen Zehnjahresplan ausgearbeitet, der insbesondere den öffentlichen Nahverkehrsmitteln zugute kommen soll. Es ist ein Plan, der den öffentlichen Verkehrsmitteln die Mittel zur Verfügung stellen soll, damit sie den sogenannten zweiten Weg ausbauen können. Der zweite Weg in den Großstädten sind entweder U-Bahnen oder Unterpflasterstraßenbahnen, damit ein großer Teil des Massenverkehrs von den eigentlichen Fahrbahnen abgezogen und unter Flur verlegt wird. Ihnen wird ja bekannt sein, daß wir in der letzten Etatberatung im Bundestag den ersten Schritt auf diesem Weg durch eine Kredithergabe von 50 Millionen DM tun wollten. Der Antrag ist abgelehnt worden. Wir werden die Anträge wieder neu stellen, um den ersten Schritt zu tun, damit der Straßenverkehr entlastet wird.“

Julius Brecht: „Wir haben zwar ein Gesetz über das soziale Mietrecht; aber das ist gar nicht wahr, in diesem Gesetz steht nämlich, außer in der Überschrift, gar nichts über ein soziales Mietrecht. Bis heute ist das soziale Mietrecht nicht da. Kostendeckende Mieten haben wir bei der Debatte über das Lückengesetz bejaht, aber nicht Mieten, die über eine Kostendeckung hinausgehen.“

Godesberger Programm unverändert

Erich Ollenhauer: „Ein Antrag, der uns vom Distrikt Frankfurt-Preungesheim vorliegt, unternimmt den Versuch, unter Zitierung einiger Sätze aus dem Programm eine Art von Sozialisierungskatalog sozusagen durch die Hintertür in unser Programm zu bringen. Aber abgesehen davon, daß es nicht sinnvoll ist, ein Jahr nach dem Godesberger Parteitag die dort umstrittene und dann durch überzeugenden Mehrheitsbeschluß beantwortete Frage wieder aufzubringen, muß hier durch eine Entscheidung in der Sache ganz klar gemacht werden, daß wir von der in Godesberg beschlossenen Linie unserer Wirtschaftspolitik nicht abgehen wollen. Das erfordert eine einfache und klare Ablehnung dieses Antrages.“

„In der Auseinandersetzung über diesen Punkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik haben in der letzten Zeit die Beschlüsse des Berliner Kongresses der Industriegewerkschaft Metall eine besondere Rolle gespielt. Die dort entwickelten Vorstellungen weichen in wesentlichen Punkten von den wirtschaftspolitischen Grundsätzen unseres Godesberger Programms ab. Manche unserer politischen Gegner, die übrigens gleichermaßen Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind, haben diesen Tatbestand benutzen wollen, um eine Kluft zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in diesen Fragen zu behaupten. Andere haben sogar davon gesprochen, es handle sich hier sozusagen um ein vereinbartes arbeitsteiliges Vorgehen, bei dem die Industriegewerkschaft Metall sozusagen die prinzipientreuere Auffassung verträte, während die Sozialdemokratie mit einer sogenannten weichen Linie frühere bürgerliche Wähler einzufangen suche.

Das ist alles Unsinn und ist kein Beitrag zu irgendeiner ernsthaften Untersuchung über die Position der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Wir sollten uns durch diesen Unsinn nicht irreführen lassen. Unsere Gegner — damit müssen wir rechnen, und um so mehr rechnen, je näher der Tag der Bundestagswahlen kommt — werden nicht bereit sein, in fairer

Weise sachliche Dinge zu diskutieren, sondern sie werden immer wieder versuchen, hier Differenzen und Gegensätze aufzubauschen.

Die Industriegewerkschaft Metall ist eine selbständige Organisation, die ihre Beschlüsse in Übereinstimmung mit ihrer Aufgabe, der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer in der Metallindustrie zu fassen hat. Die Sozialdemokratie ist eine politische Gemeinschaft, die die Aufgabe hat, in einem viel weiteren Rahmen vielfältige Interessen und Aufgaben zu integrieren. Sie bestimmt ihren Standort und ihre Ziele aus eigener Verantwortung. Das Godesberger Programm ist nach wie vor die allein verbindliche Grundlage für die Politik der Partei, und wir erwarten von allen Mitgliedern der Partei, daß sie sich in ihrem öffentlichen und politischen Verhalten in Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Godesberger Programms bewegen.

Wir wollen keine Gleichschaltung. Wir wissen, daß man Programme einer demokratischen Partei nicht durch Dekret verordnen kann. Programmatische Beschlüsse müssen aus einer demokratischen, umfassenden Diskussion entstehen. Wir haben unsere Programm-Diskussion gehabt, und wir haben sie durch die Godesberger Beschlüsse zum Abschluß gebracht. Jetzt gilt das Programm!

Die Beratungen der Industriegewerkschaft Metall in Berlin über die Wirtschaftspolitik sind auch zu sehen im Zusammenhang mit der Debatte im Deutschen Gewerkschaftsbund über die Neuformulierung der Grundsätze für die Gewerkschaftspolitik, die im Jahre 1949 in München beschlossen wurden. Bei den folgenden Beratungen über eine neue programmatische Erklärung des DGB mühten wir eine Empfehlung aussprechen. Es ist eine Empfehlung an alle Sozialdemokraten in allen Gewerkschaften, bei ihren weiteren Diskussionen und Arbeiten die wirtschaftspolitischen Überlegungen, die die Sozialdemokratie bei der Beratung und Beschlußfassung des Godesberger Programms angestellt hat, ernsthaft mit in Betracht zu ziehen. Hier liegt eine wirkliche, sachliche Notwendigkeit vor, im Interesse beider! Wir sollten uns alle um die Klärung der sachlichen Fragen bemühen, und wir sollten uns von niemandem verleiten lassen — wer immer es auch sei — die hier und da bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu einer Konfliktsituation zwischen Partei und Gewerkschaften werden zu lassen. Eine solche Situation würde nur dem Gegner helfen und der Arbeiterbewegung und den arbeitenden Menschen in diesem Lande schweren Schaden zufügen.“

V. Die soziale Verpflichtung

A) Wortlaut des Beschlusses

(ANTRAG 103, einstimmig angenommen.)

Ein Wort geht heute um in der Bundesrepublik: das Wort von den ‚Grenzen des sozialen Rechtsstaates‘, die jetzt erreicht sind. Auf Parteitagen der CDU ist es geprägt worden. Es ist kein leeres Wort geblieben. Die heutige Bundesregierung handelt danach. Sie nennt es einen ‚Stil-

wandel der Sozialpolitik. Was dieser CDU-Stilwandel bedeutet, ist vor allem in den Regierungsvorlagen zur Krankenversicherung, zur Kriegsopferversorgung und zur Unfallversicherung sichtbar geworden. Die Angriffe der Regierung auf die soziale Sicherung sind auf den heftigen Widerstand der Sozialdemokraten gestoßen. Die SPD befindet sich dabei in Übereinstimmung mit weiten Kreisen der Bevölkerung. Dem gemeinsamen Widerstand ist es zu verdanken, daß die Bundesregierung zurückweichen mußte. Das hat sich sowohl bei der Durchsetzung der Kriegsopferrenten, als auch bei den Auseinandersetzungen um die Krankenversicherung und Unfallversicherung gezeigt.

Dieser Rückzug der Bundesregierung und der CDU/CSU erfolgte nicht aus besserer Einsicht, sondern aus Angst vor der Bundestagswahl 1961. Der sogenannte „Stilwandel“ der Sozialpolitik, der sich gegen eine zeitgerechte Fortentwicklung der sozialen Sicherung richtet, bleibt aber ihr eigentliches Konzept.

In dieser Lage erneuern die Sozialdemokraten mit Nachdruck ihr Bekenntnis zur Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, wie ihn das Grundgesetz vorschreibt. Die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sind nicht erreicht. Die Sozialpolitik muß ständig Schritt halten mit der wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklung; sie muß den Menschen vor den Gefahren des industriellen Zeitalters bewahren und den sozialen Gehalt der Demokratie festigen.

Sie SPD warnt: Wer den sozialen Rechtsstaat aushöhlen will, gefährdet die Demokratie!

Die SPD warnt: Wer die soziale Sicherung einengen will, gefährdet den sozialen Frieden.

Die SPD hat in den vergangenen Jahren als Opposition auf vielen Gebieten sozialen Fortschritt durchzusetzen versucht. Sie ist darauf vorbereitet, in der Regierung das Erreichte auszubauen und durch eine umfassende Sozialreform zu vollenden. Vordringliche sozialpolitische Aufgaben sind:

- Gesundheit und Arbeitskraft zu schützen und zu festigen;
- zeitgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen;
- Start und Aufstiegschancen zu verbessern;
- eine ausreichende soziale Sicherung im Alter und bei Krankheit, bei Invalidität und bei Unfall und beim Tod des Ernährers zu gewährleisten;
- die Familie zu stützen und einen wirksamen Familienlastenausgleich herbeizuführen.

Mit der Lösung dieser Aufgaben entspricht die SPD dem sozialen Auftrag des Grundgesetzes.

B) Zur Begründung:

Sozialer Bundesstaat

Erich Offenbauer: „Die im Grundgesetz unserer Bundesrepublik Deutschland erstrebte Ordnung soll die eines demokratischen und sozialen Bundesstaates sein. . . . Keine andere politische Partei in Deutschland ist nach

Vergangenheit und Gegenwart besser als wir in der Lage, den demokratischen und den sozialen Bundesstaat zu erfüllen, ihn Wirklichkeit werden zu lassen.“

Zuerst handelt es sich um eine neuzeitliche und umfassende Gesundheitsvorsorge und Gesundheitssicherung und um eine ausreichende materielle Vorsorge für den Krankheitsfall. Die Erhaltung und die Förderung der Gesundheit für alle muß als eine öffentliche Verpflichtung anerkannt und garantiert werden. Für die Erhaltung der Gesundheit und für die Abwehr der vielfältigen Gefahren, die die moderne Industriegesellschaft für den Menschen bringt, ist auch ein ausreichender Jahresurlaub von wesentlicher Bedeutung. Im zweiten Fall handelt es sich um die Alterssicherung. Auch hier muß der Anspruch aller auf eine ausreichende materielle Sicherung im Alter als öffentliche Aufgabe anerkannt und verwirklicht werden. Wir verkennen nicht die Kompliziertheit der praktischen Regelung dieser Fragen, aber die Verpflichtung — die öffentliche Verpflichtung — für eine umfassende Gesundheitspolitik und für eine umfassende Politik der Sicherung des Alters muß in der Bundesrepublik Bestandteil der Wirklichkeit werden, wenn wir der Forderung gerecht werden wollen, daß die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat sein soll.“

„Die Sozialpolitik der Regierung besteht darin, daß sie immer wieder durch eine Politik des Stückwerks und der Halbheiten drängenden sozialpolitischen Forderungen so weit nachzukommen sucht, als es ihr im Interesse der Sicherung ihrer Machtposition im Parlament bei Wahlen unerläßlich erscheint.“

Willy Brandt: „Eine von mir geführte Regierung wird keinen selbstgenügsamen Wohlfahrtsstaat anstreben, aber wohl einen Staat, der die soziale Demokratie nicht bloß in der guten Stube sesshaft macht. Denn noch längst nicht ist jede Not gebannt. Auf zwei Parteitag der Unionspartei wurde das Wort von den Grenzen des Sozialstaates geprägt. Wir erklären: wirtschaftlicher Aufstieg und sozialpolitische Aktivität sind keine Gegensätze. Die wirtschaftliche und technische Entwicklung erfordert vielmehr die stete Anpassung der Sozialpolitik an die wachsenden Lebensbedürfnisse der Menschen. Was wir nicht wollen, ist ein schläfriger Versorgungsstaat, der dem Menschen kurzerhand von der Eigenverantwortung und von der eigenen Initiative befreien möchte. Es geht darum, die durch schnelles und unorganisches Wachstum entstandenen Spannungen in unserer Gesellschaft zu überwinden.“

Ernst Schellenberg: „Ich darf Ihnen die Formulierung, die Herr Gerstenmaier gebraucht hat, in die Erinnerung zurückrufen: In Hamburg auf dem CDU-Parteitag: „In nicht wenigen Bereichen der Sozialgesetzgebung und der sozialen Leistungen stehen wir nach meinem Eindruck bei der äußersten Grenze, die den Sozialstaat vom Wohlfahrtsstaat, vom haltlosen Gefälligkeitsstaat, ja vom Versorgungsstaat hochsozialistischer Prägung unterscheidet.“ — Und Herr Gerstenmaier hat 1958 auf dem CDU-Parteitag das unterstrichen, indem er sagte: „Ich sage noch einmal, was ich auf dem Parteitag in Hamburg im letzten Jahr gesagt habe, daß wir in allem Wesentlichen die Grenzen des sozialen Rechtsstaates erreicht haben. Wir haben keinen großen Spielraum mehr. Treten wir über ihn hinaus, so besteht die Gefahr, daß wir kopfüber in das Gesellschaftskonzept des modernen Sozialismus stürzen.“

„Und diejenigen, die ich als Scharfmacher gekennzeichnet habe, haben durch Herrn Staatssekretär Clausen erklärt, und zwar im April dieses Jahres in Mannheim: „Damit ist gekennzeichnet, daß wir auf dem Wege zum sozialen Rechtsstaat weithin fortgeschritten und die Grenzen der noch sinnvollen und zweckmäßigen Belastung tatsächlich erreicht, wenn nicht schon sogar überschritten haben.“

„Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß seit fast 100 Jahren Sozialdemokraten für den sozialen Fortschritt gekämpft haben. Es ist in dieser Hinsicht viel, sehr viel erreicht worden. Aber wir wenden uns energisch gegen die Auffassung, daß auf Grund des im wesentlichen in politischen Kämpfen — und wir dürfen sagen, auf Drängen und Druck der Sozialdemokraten — erreichten sozialen Fortschritts nun die Grenze des Sozialen im wesentlichen schon erreicht, wenn nicht gar überschritten sei.“

Zahlen zum Sozialaufwand

Ernst Schellenberg: „Es ist der offizielle Sprachgebrauch, vom überhöhten Sozialaufwand zu sprechen. Das ist so allgemeiner Sprachgebrauch geworden, daß man gewissermaßen schon in die Verteidigungsstellung, wenn nicht sogar in die Rückzugslinie gedrängt wird, wenn man überhaupt zum Sozialaufwand Stellung nimmt. Der Bundesfinanzminister hat das plastisch ausgedrückt, als er von einer besorgniserregenden Entwicklung des Sozialaufwandes sprach. . . . In Etatreden des Bundesfinanzministers wird von sozialen Aufwendungen im — wie dann hinterher gesagt wird — weiteren Sinne gesprochen. Die Bundesregierung rechnet zu den sozialen Aufwendungen im weiteren Sinne die Aufwendungen für den Wohnungsbau, die im übrigen in der Regel als Darlehen gegeben werden, die Ausgaben für die 131er usw., und der höchste Beamte des Arbeitsministeriums hat sogar einmal die Aufwendungen für die gesamte Beamtenversorgung ebenfalls zu den sozialen Aufwendungen gerechnet.“

„Die gesamten sozialen Aufwendungen von Bund, Ländern, Gemeinden und der Sozialversicherung muß man in Beziehung setzen zum Sozialprodukt, zu dem, was an Werten durch Arbeit in der Bundesrepublik geschaffen wird. 1957 war mit 13,6 Prozent des Bruttosozialproduktes für die gesamten Sozialleistungen — Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung — ein Höhepunkt, im Jahre 1960 aber betrugen sie nur 12,5 Prozent des Sozialproduktes.“

„Die Tatbestände, aufgezeigt im Finanzbericht der Bundesregierung, vorgelegt dem Bundestag und gegenwärtig noch in Beratung im Haushaltsausschuß des Bundestages, sind die, daß im Jahre 1950 von 100 DM Ausgaben des Bundes 38 DM auf Sozialleistungen entfielen, im Jahre 1960 aber 29 DM. Danach sind also in bezug auf die Gesamtausgaben des Bundes die sozialen Aufwendungen des Bundes von 38 auf 29 Prozent gesunken und dann spricht der Bundesfinanzminister von einer besorgniserregenden Entwicklung der Sozialausgaben!“

„Niemand von uns bestreitet, daß die sozialen Aufwendungen seit Errichtung der Bundesrepublik gestiegen sind. Aber wer will es denn wagen, zu sagen, die Alten, die Arbeitsunfähigen, die Kriegsschädigten, die Kriegshinterbliebenen, die Witwen und

Waisen hätten in ihrem Lebensstandard auf dem Stande von 1948 stehen bleiben sollen? Die Aufwendungen für die Sozialleistungen sind gestiegen, und wir bekennen: Wir wollen das, mußten das wollen aus sozialistischer Verantwortung.“

„Es ist Tatsache, daß sich im Altersaufbau auch unseres Volkes weitgehende Veränderungen vollziehen und daß die Veränderungen im Altersaufbau, die nicht nur kriegsbedingt sind, sich selbstverständlich auch auf den Sozialaufwand auswirken. Beispielsweise dadurch, daß ältere Menschen häufiger ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen.“

„Im sozialen Bereich sind noch nicht die Auswirkungen des Krieges, noch nicht einmal die Auswirkungen des ersten Weltkrieges überwunden und das, was unter sozialen Aufwendungen erfaßt wird, ist nicht getrennt nach sozialen Kriegsfolgeleistungen und sozialen Aufwendungen im allgemeinen Sinne. Es sollte keine Erörterung über die sozialen Aufwendungen geben, ohne daß man sich die Auswirkungen des Krieges und die entsprechenden Folgeleistungen bezüglich des Sozialaufwandes verdeutlicht.“

Für den Sport sind nur 2 Milliarden DM eingesetzt gewesen. Wenn man die Leibesübungen im allerweitesten Sinne erfaßt — Förderung der Olympischen Spiele, Sportdelegationen usw. — und alles hineinnimmt, was man nur zusammengrapschen kann, so kommt man auf insgesamt 7 Millionen DM Förderungsmittel des Bundes für Leibesübungen. Das ist weit weniger als ein Tausendstel des Bundeshaushalts.“

Gesundheitspolitik: Fehlanzeige

Ernst Schellenberg: „Wir müssen den Vorwurf erheben, daß die gegenwärtige Bundesregierung die gesundheitlichen Erfordernisse unserer Zeit, einer Zeit der Technik und der Zivilisation, besorgniserregend vernachlässigt hat. Der Herr Bundesinnenminister, der ein wesentliches Ressort der Gesundheitspolitik verwaltet, beruft sich dabei zuweilen auf das Grundgesetz, das ja keine Möglichkeit zu einer Gesundheitspolitik biete. Selbst die Möglichkeiten des Grundgesetzes sind aber im Bereich der Gesundheitspolitik in keiner Weise genutzt worden.“

Eugen Lechner: „Alle Einrichtungen, die mit dem Begriff der Sozialpolitik im weitesten Sinne zu tun haben — seien es Krankenhäuser, seien es Heime für alte oder für junge Menschen oder was es auch immer sein mag —, alle diese öffentlichen Einrichtungen zeugen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von einer öffentlichen Armut, und zu gleicher Zeit haben wir den Verbrauch um jeden Preis.“

Ernst Schellenberg: „Wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß es in Deutschland überhaupt erst einmal zu einer systematischen Gesundheitspolitik kommt. Das, was bisher im einzelnen, wenn auch vielfältig geschieht, kann nicht als systematische Gesundheitspflege bezeichnet werden. Wir müssen dafür sorgen, daß neben der Politik für die Wirtschaft, neben der für die Finanzen auch die Politik für die Gesundheit das Gewicht erhält, das ihr gebührt. Wir als Sozialdemokraten haben die Aufgabe, daß die Menschen unserer Epoche nicht nur teilhaben an der wirtschaftlichen und technischen, und, wie wir hoffen, auch an der kulturellen Entwicklung, sondern wir haben auch dafür zu

sorgen, daß sie diese Periode des wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Fortschritts, soweit das in Menschenhand liegt, möglichst in Gesundheit erleben können! Wir stehen vor der Aufgabe, daß endlich — ich möchte es ganz deutlich sagen — eine Epoche der Gesundheit zu beginnen hat.“ „Wenn wir über Gesundheitsfragen sprechen, dann muß auch ein Wort zur Krankenhauspflege gesagt werden, und zwar zu dem Versagen der Bundesregierung in der Frage des Krankenhauswesens. Wir haben uns schon in der letzten Legislaturperiode des Bundestages mit den Fragen des Krankenhauswesens beschäftigt. Das frühere Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat bereits im Jahre 1957 einen Nachholbedarf für Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Krankenhäuser von 575 Millionen DM nachgewiesen. Das ist eine Zahl, die die Bundesregierung selbst festgestellt hat. Wenn dann nach vielen harten Auseinandersetzungen im Bundeshaushalt 25 Millionen DM als Darlehen für die freien gemeinnützigen — nicht öffentlichen — Krankenhäuser eingesetzt sind, dann zeigt das die Diskrepanz.“

„Wir sind der Meinung, daß man sich konzentrieren soll auf die vordringlichsten Fragen, die geregelt werden können und die unseres Erachtens keinen weiteren Aufschub dulden. Das sind außer den Dingen der Vorsorge, die Fragen der wirksamen wirtschaftlichen Sicherung im Krankheitsfall, der Beseitigung der Aussperrung bei Krankengeldbezug und Krankenhausaufenthalt und der Verbesserung der Familienhilfeleistungen. Wir haben — unbestritten von der CDU — nachgewiesen, daß man diese Aufgaben finanzieren kann, und zwar dann, wenn der Krankenversicherung Kostenersatz für die Fremdaufgaben gewährt wird.“

„Wenn ich sage, daß wir geradezu erbittert darum gerungen haben, in den Regierungsentwurf zur Krankenversicherung nur das Wort „Gesundheit“ aufzunehmen, und daß wir mit diesem unseren Bemühen hinten heruntergefallen sind, dann ist das doch kennzeichnend für den Geist, mit dem man an eine Gesundheitspolitik nicht herangehen will... Wir haben bis heute keinen Antrag beispielsweise über die Frage des ärztlichen Beratungsdienstes, wir haben ungeachtet großartiger Ankündigungen noch keinen Antrag über die Fragen: Höhe des Krankengeldes, Zuschuß des Arbeitgebers. Wir haben noch keinen Antrag über die Frage der Karenztage, um nur einige Dinge zu nennen, aber wir haben einen Paken von etwa 50 Anträgen für die ersten 100 Paragraphen!“

Karl Schröder: „Meine Sorge ist die Verunreinigung von Luft und Wasser. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen, und wir wissen, was auf diesem Gebiet in den letzten 100 Jahren versäumt worden ist. Bei diesem Problem handelt es sich nicht allein um ein Problem der Länder, da unsere Flüsse und Bäche die Eigenschaft haben, mehrere Länder der Bundesrepublik zu berühren. Die gesetzlichen Auflagen, die man zur technischen Bewältigung dieses Problems treffen muß, erheischen eine finanzielle Unterstützung des Bundes. Vielleicht wäre die Errichtung einer besonderen Kreditanstalt für die Reinigung der Luft und des Wassers erwägenswert. Die Luft hat in unserem Lande einen Verunreinigungsgrad erreicht, der beispiellos ist. Unsere Gewässer und Flüsse sind zu stinkenden Kloaken geworden. Das Trinkwasser ist in Gefahr, verseucht zu werden, und damit ist schließlich der Bestand unserer Bevölkerung gefährdet.“

Elinor Hubert: „Ich möchte, nachdem von der Verunreinigung der Luft und des Wassers gesprochen worden ist, noch auf eine andere Gesundheitsgefährdung hinweisen und dabei betonen, daß wir alle diese Gesundheitsgefährdung noch nicht ernst genug nehmen. Es ist die Gesundheitsgefährdung durch Lärm. Sie wird uns Ärzten täglich bewußt. Es gibt, obwohl uns das nicht bewußt wird, keine Gewöhnung an den Lärm, und die Schäden zeigen sich erst mit der Zeit. Sie treten erst später auf und sind dann nicht mehr reparierbar. Das geht so weit, daß man ärztlicherseits heute meint, daß unter Umständen auch Herzschäden auf Lärm zurückzuführen sind, eben auf diese dauernde Nervenanspannung, die durch den Lärm verursacht wird. Wenn wir an den Gesundheitsschutz der Bevölkerung denken, dürfen wir nicht die Gefahren durch den Lärm hintanstellen.“

Ernst Schellenberg: „Zu einer Neuregelung der Unfallversicherung wird es in dieser Legislaturperiode wegen der verfahrenen Situation in der Krankenversicherung nicht mehr kommen. Deshalb waren die Bemühungen unserer Fraktion darauf gerichtet, nun wenigstens vordringlich die wichtigsten Fragen der Unfallversicherung zu regeln. Zu diesen wichtigsten Fragen gehören nicht nur die Fragen der Leistung, sondern dazu gehört nach unserer Auffassung auch, daß den Trägern der Unfallversicherung die Verpflichtung auferlegt wird, bei neu auftretenden Berufserkrankungen auch dann Leistungen zu gewähren, wenn sie sich nicht in den Katalog einrangieren lassen, aber doch Berufskrankheiten sind.“

„Des Weiteren steht die Aufgabe vor uns, dem arbeitenden Menschen eine ausreichende Zeit der Erholung durch einen Mindesturlaub zu gewährleisten. Die Bundestagsfraktion hat in dieser Hinsicht einen Gesetzentwurf eingebracht, der wahrscheinlich in dieser Legislaturperiode von der Mehrheit blockiert werden dürfte.“

Jugend im Beruf

Kurt Exner: „Es ist zu bedauern, daß die Bundesregierung es bisher nicht vermocht hat, ein Berufsausbildungsgesetz vorzulegen. Es ist entscheidend wichtig, daß diese Materie geordnet wird, um unserer gesamten Berufsausbildung die Grundlage und letztlich die Richtung zu geben. Es wäre eine verdienstvolle Aufgabe, wenn sich die Bundestagsfraktion entschließen könnte, die Ordnung der Berufsausbildung mit in ihr Programm hinauszunehmen.“

Ernst Schellenberg: „Die zweite Aufgabe, die es zu lösen gilt, ist die Verabschiedung eines modernen Berufsausbildungsgesetzes, das ja bisher auch an den Sonderinteressen gescheitert ist.“

„In den elf Jahren seit Bestehen der Bundesrepublik und der Tätigkeit der Bundesregierung ist es noch nicht einmal gelungen, eine allgemeine gesetzliche Regelung über Berufsausbildungsbeihilfen zu Wege zu bringen. An Gruppenbarrieren ist bisher die Schaffung einheitlicher Berufsausbildungsbeihilfen, die eine der wichtigsten wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Chancen aller jungen Menschen im Arbeitsleben ist, gescheitert.“

Irma Kethack: „In Wirklichkeit ist eine allgemeine Berufs- und Erziehungsbeihilfe sehr attraktiv, insbesondere für die junge Generation. Es muß erreicht werden, daß jeder junge Mensch zur Bewältigung seiner Lebensaufgabe Berufs- und Erziehungsbeihilfe bekommt, damit er

seine Kräfte je nach Talent und Begabung voll entfalten kann. Ich finde, daß diese Frage ganz besonders wichtig ist, weil wir auf diesem Gebiet lediglich eine Topfchenwirtschaft haben wie das auf keinem anderen Gebiet der Sozialpolitik der Fall ist."

Positive Familienpolitik

Marta Schanzenbach: „Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrer Vergangenheit immer eine positive Familienpolitik betrieben. Was auf der sozialpolitischen Ebene von der SPD vertreten worden ist, war immer zugunsten der Familie. Und trotzdem wird uns von unseren politischen Gegnern, besonders von kommunalen Kreisen der CDU, vorgeworfen, daß wir keine familienfreundliche Politik betreiben würden. Der Parteivorstand hat ein sozialpolitisches Familienprogramm zu entwickeln begonnen, das nun im Sozialpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes ausgearbeitet worden ist, und das demnächst dem Parteivorstand zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird.“

Ernst Schellenberg: „Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß durch vielfältige Maßnahmen auch wirtschaftlicher Art und sozialpolitischer Natur die Erziehungskraft der Familie in unserer Gesellschaft gestärkt werden kann, weil das auch die Voraussetzungen schaffen würde, daß die Hausfrau und Mutter sich der Erziehung ihrer Kinder widmen kann. Wir meinen, daß alles getan werden muß, daß sich bei den Verhältnissen unserer Zeit die Familie ihren sittlichen, pädagogischen und wirtschaftlichen Aufgaben widmen kann.“

„Es gehört zur ständigen Übung der Regierungspartei, schöne und wohlklingende Worte über die Familie zu sagen. Die praktische Politik der CDU und der Bundesregierung steht damit aber keineswegs im Einklang. Die Kindergeldgesetzgebung ist wohl ein trauriges Beispiel dafür, wie Familienpolitik nicht betrieben werden sollte. Man hat aus ideologischen Gründen eine berufsständische Regelung gefunden — wider allen Sachverstand. Durch diese Konstruktion ist eine Spannung zwischen Mittelstandspolitik und Familienpolitik aufgebrochen, die praktisch, wie wir in diesen Tagen und Wochen sehen, jede weitere Entwicklung der Kindergeldgesetzgebung blockiert, so daß die Regierungspartei jetzt vor der eigenartigen Situation steht, ihre Ideologie revidieren zu müssen, wenn sie überhaupt die Kindergeldgesetzgebung weiterentwickeln will.“

„Eine weitere Aufgabe im Bereich des Arbeitslebens stellt die Gesundheit der Frau, insbesondere der werdenden Mutter. Es wird darauf ankommen, die Schutzfristen der im Erwerbsleben stehenden Frauen vor und nach der Geburt zu verlängern und entsprechend dieser Zeit dann die Leistungen der Schwangeren- und Wochenhilfe zu gewährleisten.“

VI. Fortschrittliche Kulturpolitik

A) Wortlaut der Beschlüsse:

1. Entschliebung zur Kulturpolitik

(ANTRAG 105, einstimmig angenommen.)

Die Kulturpolitik in einem demokratischen Gemeinwesen soll den Rahmen schaffen für ein vielgestaltiges geistiges, wissenschaftliches und künstlerisches Leben. Sie ist zugleich eine Bedingung für die Selbst-

behauptung einer freiheitlichen Gesellschaft. Kulturpolitik ist ein wesentliches Element der Gesellschaftspolitik und eng verwoben mit der Wirtschaftspolitik. Die Kulturpolitik gewinnt auch ein zunehmendes außenpolitisches Gewicht in der Zusammenarbeit mit den freien Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika. In unserem Land kommt es darauf an, den Bürger durch Bildung und Ausbildung zu befähigen, in treuer sittlicher Verantwortung sein persönliches und berufliches Leben zu führen und seinen öffentlichen Aufgaben gerecht zu werden. Eltern und Politiker, Lehrer und Geistliche sind dafür in besonderer Weise verantwortlich.

Zusammenarbeit der Länder

Die Kulturaautonomie der Länder ist für die Entwicklung eines vielfältigen kulturellen Lebens in der Bundesrepublik von wesentlicher Bedeutung. Die Größe dieser Aufgabe erfordert andererseits eine möglichst enge und verständnisvolle Zusammenarbeit der Länder. Besonders wichtig ist eine gemeinsame Bedarfsplanung durch die Länder auf den Gebieten, die nicht in den Aufgabenbereich des Wissenschaftsrates fallen.

Gestaltung des Schulwesens

Mit der Veröffentlichung des Rahmenplanes durch den „Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen“ ist die Diskussion in eine zeitgerechte Gestaltung unseres Schulwesens in ein entscheidendes Stadium getreten.

Es ist an der Zeit, folgende Forderungen zu verwirklichen:

Die Schulpflicht muß allgemein auf neun Jahre ausgedehnt werden. In Ländern, in denen die neunjährige Schulpflicht schon besteht, sollten die Vorbereitungen für die Einführung eines zehnten Schuljahres getroffen werden. Die Lehrerbildung muß schon jetzt die Erweiterung des Bildungswesens berücksichtigen.

Die bisherigen Formen der Begabtenauslese bedürfen dringender Verbesserungen. In einem vielfältig gegliederten Schulwesen müssen Möglichkeiten enthalten sein, die Begabungen in ihren verschiedenen Reifegraden zu finden und zu fördern. Dabei kommt dem Zweiten Bildungsweg eine besondere Bedeutung zu. Die jungen Menschen auf dem Lande müssen die gleichen Bildungsmöglichkeiten haben, wie sie in dem reichgegliederten Schulwesen der Städte angeboten werden. Der Lehrstoff muß in den letzten Schuljahren vor allem die Verbindung zur modernen Arbeitswelt und den soziologischen Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens herstellen. Der Übergang zu weiterführenden Schulen muß durch ausreichende Erziehungsbeihilfen erleichtert werden.

Universitäten und Hochschulen

Die Hochschulpolitik soll den Universitäten und Hochschulen helfen, ihre Aufgaben in der Forschung und in der Erziehung der akademischen Jugend zu erfüllen. Der Wissenschaftsrat, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und der Verband Deutscher Studentenschaften haben dazu geeignete Vorschläge ausgearbeitet.

Von den Aufgaben der Hochschulpolitik sind neun besonders dringlich:

1. Großzügige Förderung von Wissenschaft und Forschung.

2. Die gesamtdeutschen Probleme müssen in der Arbeit der Universitäten und Hochschulen stärker berücksichtigt werden.
3. Die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, Universitäten und Einrichtungen der Erwachsenenbildung soll enger gestaltet werden.
4. Eine politische und sozialwissenschaftliche Bildung aller Studierenden wird angestrebt.
5. Die Selbstverwaltung der Studierenden muß im Leben der Hochschulen und Universitäten ihren festen Platz finden.
6. In der Studentenförderung ist der Grundsatz der gleichen Chance zu verwirklichen.
7. Studierende aus den Entwicklungsländern bedürfen individueller Förderung und systematischer Unterstützung.
8. Die Zahl der Studienplätze an Hochschulen und Universitäten muß ausreichend sein. Ein numerus clausus wird abgelehnt.
9. Die Mittel für den Bau von Studentenwohnheimen müssen weiter erhöht werden.

Erwachsenenbildung

Schule und Hochschule können den Prozeß der Bildung nicht abschließen; die geistige und berufliche Behauptung des Menschen in der sich schnell wandelnden Welt machen die sorgfältigere und breitere Erwachsenenbildung dringend notwendig. Ihr muß ein besonderer Rang zuerkannt werden.

Von der Wirksamkeit der Erwachsenenbildung hängt die Sicherung und Anpassungsfähigkeit der Demokratie ab. Erwachsenenbildung in diesem Sinne ist vornehmlich politische Bildung. Die neue Herausforderung unseres politischen Vorstellungsvermögens durch das Problem der Entwicklungsländer gibt dafür ein aktuelles Beispiel. Die Entwicklungspartnerschaft ist nicht nur eine wirtschaftlich-technische Frage, sondern erfordert die Bereitschaft unseres ganzen Volkes, die jungen Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihren besonderen Bedingungen und kulturellen Voraussetzungen zu verstehen. Die Erwachsenenbildung leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung einer weltweiten Partnerschaft zwischen den Völkern. Sie bedarf deshalb nachhaltiger Förderung auch durch den Bund.

Die neuen Anforderungen der Erwachsenenbildung erfordern den Ausbau der Volksbüchereien und verlangen, daß möglichst viele Bürger Gelegenheit haben, auch an längeren Kursen der Erwachsenenbildung teilzunehmen. Das darf nicht auf Kosten des Erholungsurlaubs gehen. Die bei Beamten und Jugendleitern bereits übliche Beurlaubung muß allgemein gelten.

Rundfunk und Fernsehen

Die SPD ist für die Einführung eines zweiten Fernsehprogramms. Die Rundfunkanstalten sollten, in zwei Gruppen organisiert, ein zweites Fernsehprogramm als Kontrastprogramm zur Auswahl stellen. Die Versuche der Bundesregierung, Rundfunk und Fernsehen parteipolitischen Zwecken dienstbar zu machen, sowie die Bemühungen von Wirtschaftskreisen um eine Kommerzialisierung des Fernsehens bedrohen die freiheitliche Meinungsbildung in der Wurzel. Rundfunk und Fernsehen müssen

ihre Freiheit von Regierungen und Interessengruppen bewahren, um ihrer Informations- und Bildungsaufgabe dienen zu können.

Gestaltende und bildende Kunst

Theater, Konzerte, Museen und bildende Kunst sollten auch bei weiterer Entwicklung von Film, Funk und Fernsehen verstärkte Förderung erfahren.

Kulturpolitik ist zu einer Existenzfrage für die freiheitliche Ordnung unserer Welt geworden. Den Entwicklungsländern muß im Kampf gegen den Hunger geholfen werden, aber die Überwindung des Hungers und ein steigender materieller Wohlstand genügen nicht. Eine enge kulturelle Zusammenarbeit muß die Partnerschaft der freien Völker begründen. Den Kampf gegen die totalitären und autoritären Mächte kann ein Volk nur erfolgreich bestehen, das sich seiner Freiheit bewußt und das bereit ist, für die Erhaltung dieser Freiheit nach innen und außen keine Opfer zu scheuen.

2. Sonderschulwesen

(ANTRAG 60, einstimmig angenommen.)

Der Parteivorstand wird beauftragt, als Ergänzung zum Plan Z Material für eine Neuordnung des deutschen Schulwesens zu sammeln. Die Zahl der körperlich, geistig und physisch geschädigten Kinder ist ständig gestiegen, ohne daß genügend geeignete Einrichtungen zu ihrer Betreuung, Ausbildung und Rehabilitation zur Verfügung stehen. Das gilt besonders für eine größere Zahl von Kindern und Jugendlichen, die als schulisch nicht bildungsfähig bezeichnet werden, aber praktisch bildungsfähig sind.

Mit der wachsenden Automation wird es dem geschädigten Menschen zudem immer schwerer, sich selbständig in der Gesellschaft zu behaupten. Darum muß eine moderne Sozialpolitik diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen.

3. „Goldener Plan“

(ANTRAG 61, einstimmig angenommen.)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt das Memorandum der Deutschen Olympischen Gesellschaft zum „Goldenen Plan“ für Gesundheit, Spiel und Erholung. Sie ist davon überzeugt, daß der Notstand, wie er sich aus dem Mangel an Erholungsanlagen, Spielgelegenheiten und Sportstätten in der Bundesrepublik ergeben hat, dringend behoben werden muß, um irreparable Schädigungen der Volksgesundheit zu verhindern. Wiederholt hat die SPD darauf hingewiesen, daß die Aufgaben der Gesunderhaltung und Bildung unseres Volkes außerordentliche Investitionen notwendig machen; sie wird diese Aufgaben auch weiterhin als einen wesentlichen Bereich ihrer politischen Verantwortung betrachten.

4. Bundeszentrale für Heimatdienst

(ANTRAG 62, einstimmig angenommen.)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands anerkennt uneingeschränkt die besondere politische Bildungsarbeit, die von der Zentrale für Heimatdienst ge-

leistet worden ist. Die Überparteilichkeit ihres Wirkens, ihre sachliche Korrektheit und wissenschaftliche Verantwortung sind aus den Bemühungen um eine demokratische Grundlage unserer Gesellschaft nicht fortzudenken. Sie wehrt sich daher entschieden gegen den Versuch des Bundesinnenministers, die Zentrale für Heimatdienst einer kaum verhüllten politischen Zensur zu unterwerfen und damit ihre bisherige Funktion aufzuheben. Sie sieht in dem Eingriff des Innenministers eine Infragestellung der Bemühungen um eine demokratische Bewusstseinsbildung vor allem der nachwachsenden Generation und den Mißbrauch einer bedeutenden Bildungseinrichtung für parteipolitische Zwecke.

B) Zur Begründung:

Für die Jugend planen

Erich Ollenhauer: „Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, Sicherung der politischen Freiheit in der Demokratie, Schaffung der wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben für alle, ist für uns nicht Selbstzweck. Wir wollen dies, um dadurch die unerläßlichen Voraussetzungen für eine freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Entwicklung eines reichen und vielgestaltigen geistigen und kulturellen Lebens zu schaffen. Auch hier geht es nicht ohne die Erfüllung materieller Voraussetzungen, angefangen vom Bau moderner Schulhäuser über die Errichtung von Kulturstätten und Gemeinschaftshäusern in den Städten und vor allem auf dem Lande. Die von der Sozialdemokratie in den Ländern und in den Kommunen und Kreisen eingeleitete erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre wird von uns mit verstärkter Energie fortgesetzt werden müssen.“

„Die Entschlüsse, die unser Kongreß „Junge Generation und Macht“ in Bad Godesberg angenommen hat, begrüßen wir als Willenskundgebung junger Sozialdemokraten und wir wünschen, daß ihre Gedanken und Vorstellungen in der praktischen politischen Arbeit unserer Partei ihren Niederschlag finden. Geist und Inhalt dieser Entschlüsse sind für uns alle Ermutigung und Hoffnung. Hier haben junge Menschen, die in der Sozialdemokratischen Partei ihre politische Heimat gefunden haben und die durch das Vertrauen ihrer Parteiorganisation und durch das Vertrauen der Bevölkerung ihres Arbeitsgebietes zum Teil bedeutsame öffentliche Funktionen erfüllen, ihren politischen Standort selbst bezeichnet. Ihre Aussagen sind sozialdemokratische Aussagen, getragen von den Erkenntnissen der Gesamtpartei, wie sie im Godesberger Programm niedergelegt sind. Ihre Vorstellungen über ihre Aufgaben in der Partei und als Sozialdemokraten im öffentlichen Leben der Bundesrepublik sind praktisch und nüchtern. Wir können annehmen, daß diese Haltung der jungen Sozialdemokraten gleichzeitig auch Ausdruck der politisch bewußten, jungen Generation unseres Volkes überhaupt ist. Das ist eine große Hoffnung für die Zukunft unseres Volkes.“

Willi Eichler: „Der Münchener Parteitag der SPD setzte für die Anerkennung der Wichtigkeit sogenannter kulturpolitischer Forderungen ein Signal... Das war für die Bundesrepublik um so dringender, als andere Völker die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung sehr viel radikaler in ihren gesellschafts-

politischen Planungen schon bedacht hatten. Es versetzte vielen selbstgenügsamen Leuten in der demokratischen Welt einen entsetzlichen, wenn auch heilsamen Schock, als sie erfuhren, wie groß etwa die Anstrengungen der kommunistischen Welt in bezug auf Wissenschaft und Forschung, Studentenförderung, Lehrerbildung und Ausbau von Universitäten und Instituten sind.“

Aktive Schulpolitik

Erich Ollenhauer: „In unserem Lande können wir uns in unserer Lage den Luxus nicht leisten, weiterhin eine Erziehungs- und Schulpolitik zu treiben, die uns aus engen egoistischen Gründen, welcher Art auch immer, daran hindert, allen fähigen und begabten Kindern und jungen Menschen ein Höchstmaß von Förderung zu geben. Nur mit einer solchen Schul- und Erziehungspolitik können wir auch sicherstellen, daß die junge Generation von heute die Probleme der zweiten industriellen Revolution und die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Totalitarismus und um die zukünftige Ordnung der Welt zu lösen vermag.“

Willi Eichler: „Die Kulturhoheit der Länder, die bisher über die Kultusministerkonferenz als einer Organisation nicht hinausgekommen ist, erscheint vielen und auch uns in mancher Hinsicht unzureichend. Die Frage war, was geschehen kann, um das effektiver zu machen.“

„Das bedeutete unter anderem, das Hin- und Herziehen zwischen Bund und Ländern zu überwinden, was zwar bis heute noch nicht völlig gelungen ist, aber doch wenigstens — und zwar in der Hauptsache durch die Initiative der SPD — zur Bildung des Wissenschaftsrates führte, der heute ein — wie wir glauben — vernünftiges Planungsinstrument für die Förderung von Wissenschaft und Forschung darstellt. Aber unsere Anstrengungen mußten weiter darauf gerichtet bleiben, die Kulturpolitik, soweit sie heute infolge der Kulturautonomie der Länder mit gewissen organisatorischen Hemmungen zu kämpfen hat, auf eine gemeinsame Basis und auf eine möglichst enge freiwillige Zusammenarbeit zu bringen... Die Kultusministerkonferenz ist keine Behörde mit Weisungsgewalt, sondern eine freie Arbeitsgemeinschaft, die von der Zustimmung aller Beteiligten abhängt, wenn sie bestimmte, allen Ländern gemeinsame Aufgaben vornimmt. Der zunächst naheliegende Gedanke, für diese Aufgaben etwa ein Bundeskultusministerium zu schaffen, ist von der SPD abgelehnt worden, weil ein Zentralismus dieser Art den prinzipiellen Forderungen unseres Programms nach möglichst Vielfältigkeit des kulturellen Lebens nicht gerecht würde. Behördlicher Zentralismus, der der Kultusministerkonferenz dem Grundgesetz nach nicht zur Verfügung stehen kann, muß aber ersetzt werden durch eine effektive Organisation.“

„Man könnte etwa daran denken — und das ist auf der Kulturkonferenz in Wiesbaden angedeutet worden —, daß der Schulausschuß der Kultusministerkonferenz ein permanent verfügbarer Exekutiv-ausschuß des Präsidiums der Kultusministerkonferenz werden könnte, und man könnte vor allen Dingen in Aussicht stellen — und zwar sehr bald —, die Kultusministerkonferenz mit dem Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen enger zusammenzubringen, der ein unabhängiger, weder parteipolitisch noch konfessionell einseitig zusammengesetzter Ausschuss ist und dessen Gutachten bisher leider viel zu wenig

für die praktische Arbeit der Kulturpolitik eingesetzt wurden und berücksichtigt worden sind."

Walter Krause: „Wir sollten nicht nur auf eine gemeinsame Bedarfsplanung abstellen, sondern ganz konkret sagen, daß eine möglichst weitgehende Koordinierung der Kulturpolitik der Länder notwendig ist und daß wir die dafür vorgesehenen Positionen stützen müssen. Wenn es nicht gelingt, zu beweisen, daß wir die Kulturpolitik über die Länder wirksam gestalten und auch durchsetzen können, und zwar — so will ich einmal sagen — trotz der föderativen Struktur der Bundesrepublik, dann besteht die große Gefahr, daß der Weg zu einer zentralen Regelung hingeht.“

Willi Eichler: „Über sehr wenige kulturpolitische Sonderfragen ist so viel gestritten und vor allem so viel Klage geführt worden, wie über die angebliche Zerrissenheit unseres Schulwesens. Zunächst ist als Korrektur an dieser Ansicht vielleicht eine Bemerkung des hessischen Kultusministers, Professor Schütte, auf dem Kulturkongreß in Wiesbaden von Bedeutung, der je darauf hinwies, daß das deutsche Schulwesen noch niemals so einheitlich organisiert gewesen ist wie heute — selbst in der Nazi-Zeit nicht. Was die innere Gestaltung der Schule angeht, so ist nur sehr wenig beachtet worden, daß die elf Kultusminister und Kultussenatoren vor einem Jahr ein Abkommen über die Berufsschul-Aufbauzüge beschlossen haben, was für die allgemeine Einrichtung des auch von der SPD geforderten zweiten Bildungsweges eine bahnbrechende Tat gewesen ist. Zur Ordnung des Unterrichts auf der Oberstufe der Gymnasien ist vor einigen Wochen eine Rahmenvereinbarung der Kultusminister getroffen worden, wie sie etwa dem Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für die Gestaltung des Schulwesens vorschwebt. Das alles sind hoffnungsvolle, wirkungsvolle Schritte zur Verbesserung unseres Schulwesens.“

„Über den Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für die Gestaltung des Schulwesens: Wir möchten mit dem Hinweis auf diesen Rahmenplan hier in unserer Resolution nicht etwa zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratische Partei mit diesem Rahmenplan quasi verheiratet wäre. Wir haben eine ganze Menge dagegen einzuwenden. Wenn wir uns entschlossen haben, ihn trotzdem anzuführen, dann deshalb, weil er von einem Ausschuß vorgelegt worden ist, der interfraktionell und interparteilich zusammengesetzt ist, also nicht ein Interessenverband mit noch so honorigen Absichten antritt, sondern ein Ausschuß, der eingesetzt worden ist, um Vorschläge für das Schul- und Erziehungswesen zu machen. Das hat er getan. Wir meinen, es sei an der Zeit, die Vorschläge so ernsthaft zu diskutieren, daß die entscheidenden Fachleute dann sagen müssen: Das ist gut, das ist schön, das tun wir, und das lassen wir aus den und den Gründen.“

Helm-Joachim Heydorn: „Es handelt sich hier — im Gegensatz etwa zum Bremer Plan oder zu anderen umfassenden Plänen zur Neugestaltung unseres Schulwesens — bei diesem Resolutionsentwurf der SPD keinesfalls um einen Plan der Sozialdemokratischen Partei, sondern um eine Resolution des Parteitages, gemäß dem Charakter auch der anderen Resolutionen, die wir morgen und übermorgen zu verabschieden haben werden: diese Resolution legt einige Hauptpunkte sozialdemokratischer Politik für die unmittelbare Zukunft fest. Das ist nach meiner Meinung ein ganz grundlegender Unterschied, so daß wir uns also auf einige Punkte be-

schränkt haben, die uns besonders dringlich erscheinen und die innerhalb eines begrenzten Zeitraumes geklärt werden mußten.“

Schule für alle Begabungen

Willi Eichler: „Das neunte und das zehnte Schuljahr: Wir haben gefordert, daß da, wo das neunte Schuljahr eingerichtet ist, Vorbereitungen für das zehnte getroffen werden. Wir wissen natürlich, daß es nicht genügt, Schüler zu haben — die haben wir genug —, sondern daß man dazu Schulhäuser braucht und — was noch wesentlicher ist — auch Lehrer. Das heißt, die Forderung des zehnten Schuljahres schließt ein, daß man für den Schulbau und für die Lehrerbildung Vorbereitungen trifft.“

„Man kann nicht warten, bis man genug Lehrer und genug Schulen hat, die quasi auf Vorrat auszubilden und zu bauen wären, sondern daß man sich ruhig gewisse Improvisationen erlauben und auch zunächst Mängel in Kauf nehmen und die dann schrittweise abbauen sollte. Wir waren uns einig, daß die sozialdemokratische Bewegung, überhaupt die Arbeiterbewegung, bisher weniger daran gekümmert hat, geniale Improvisateure zu haben als vielmehr Perfektionisten.“

„Eine zweite wesentliche Hemmung des Aufstiegs ist der Unterschied der Bildungsmöglichkeiten auf dem Lande und in der Stadt. Auch hier gibt es viele Sonderfragen im einzelnen zu beantworten, die noch der Klärung bedürfen. Aber auch dabei ist sicher, daß der junge Mensch auf dem Lande dieselben Bildungsmöglichkeiten angeboten erhalten muß, wie der in der Stadt. . . . In Schleswig-Holstein schicken von je 100 Familien der oberen Sozialschicht, also der höheren Beamten und Akademiker, 96 Familien mindestens eines oder zwei Kinder in weiterführende Schulen. Die Vergleichszahl für 100 Landarbeiterfamilien ist Null. Nur fünf von 100 Familien ungelerner Industriearbeiter fördern ihre Kinder über die Volksschule hinaus. Für Handwerker ist der Prozentanteil 19, für gelernte Industriearbeiter 24. Ich nehme an, es wird wenig Leute geben, die in dieser Verschiedenartigkeit der Prozentsätze die Verschiedenartigkeit der Begabungen von Stadt- und Landkindern, von Kindern von Hilfsarbeitern und von Industriearbeitern sehen möchten.“

Walter Krause: „Die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten auf dem Lande ist ein aktuelles Anliegen unserer Kulturpolitik und steht in engstem Zusammenhang mit unseren konkreten Vorstellungen über den Ausbau der Volksschuloberstufen und des Berufsschulwesens. Das sollten wir vielleicht noch etwas stärker zum Ausdruck bringen.“

Helm-Joachim Heydorn: „In den Städten, und gerade hier in Hannover, wo wir uns jetzt befinden, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß man für jedes Kind die geeignete Schule hat. Da ist es ganz gleichgültig, in welcher Form das Kind behindert ist, ob das in physischer oder in psychischer Beziehung der Fall ist. Hier gibt es Sprachheilschulen, Körperbehindertenschulen, Schulen für Kinder, die einen besonderen Bedarf an Erziehung haben usw. Auf dem flachen Lande existiert das alles nicht. Die Formulierung unseres Antrages hat zum Inhalt, daß die SPD fordert, daß derartige Einrichtungen wie in den Städten auch auf dem Lande vorhanden sein müssen.“

Willi Eichler: „Die Bundesrepublik und kein anderes Land der Erde können es sich leisten, auch nur einem einzigen jungen Menschen die Chance zu versagen, seine Fähigkeiten so gründlich und so wirksam wie möglich zu entwickeln und einzusetzen. Die Schwierigkeiten, solche Begabungen zu entdecken, der Streit darüber, von welchem Alter an es etwa sinnvoll sein soll, nach Begabungen überhaupt mit Aussicht auf Erfolg Ausschau zu halten, all dies sind Dinge, die die Wissenschaft schließlich ermitteln muß. Diese Aufgabe muß ihr von den dafür Verantwortlichen gestellt werden.“

„Die Kosten für den Besuch weiterführender Schulen liegen nicht nur in der Ausgabe für Lehr- und Lernmittel, die heute weitgehend kostenlos geliefert werden. Viel erheblicher sind die Aufwendungen für den Lebensunterhalt für einige Jahre bei gleichzeitigem Verzicht auf ein früheres Einkommen. Diesen Widerstand zu überwinden, sind ausgleichende Erziehungsbeihilfen nötig.“

Großzügige Hochschulpolitik

Willi Eichler: „Abgesehen von den Fragen, die der Wissenschaftsrat, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und der Verband Deutscher Studentenschaften an Vorschlägen ausgearbeitet haben, scheinen uns neun Aufgaben für die Hochschulpolitik besonders dringlich zu sein. Die erste Forderung, Förderung von Wissenschaft und Forschung, sollte erhoben werden, auch wenn sich der Wissenschaftsrat schon dafür einsetzt. Diese Forderung kann nicht populär genug gemacht werden. Wir haben uns deshalb auch nicht gescheut, dabei das Wort ‚großzügig‘ zu verwenden. Wenn wir der Hochschule die Forderung unterbreiten, die gesamtdeutschen Probleme stärker zu berücksichtigen, so soll das heißen, daß wir — wenn wir schon politisch nicht die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes erzwingen können — wenigstens überall da, wo es uns möglich ist, das Bewußtsein der Spaltung wachhalten müssen und die Behandlung gesamtdeutscher Probleme nicht vernachlässigen dürfen.“

„Wir verlangen eine politische und sozialwissenschaftliche Bildung aller Studierenden. Wir sehen mit vielen Menschen die Gefahr eines nur auf seinen Fachbereich hin ausgebildeten und diesem engverhafteten Menschen, dem der Blick über seinen eigenen Krat nicht mehr möglich ist. Das ist nicht nur für ihn bedauerlich, sondern das ist eine ungeheure Erschwerung für ein vernünftiges menschliches Miteinander, auf das eine demokratische Gesellschaft einfach angewiesen ist. Ohne ein ausreichendes Verständnis für die sozialen und kulturellen Bedingungen, für das Funktionieren unserer Wirtschaft und den Apparat der Mächtegruppen in unserer Gesellschaft werden die Menschen nicht in der Lage sein, aus unserer Gesellschaft eine lebendige Demokratie zu machen.“

„Die fünfte Forderung möchte aus der Selbstverwaltung der Studierenden mehr machen als nur ihre Beteiligung an formalen und organisatorischen Dingen. Es geht darum, daß sie auch zu bestimmten Entscheidungen herangezogen werden sollten. Ein Beispiel dafür könnte etwa die Freie Universität Berlin sein.“

„Die sechste Forderung wird zum Glück mehr und mehr eingesehen. Die Mittel für die Förderung von Studenten werden erhöht. Die Art der Auswahl der zu fördernden Studenten leidet aber vielleicht noch an Zufälligkeiten der Ausleseverfahren und an geeigneten Stellen, die

schnell und richtig auslesen können. Auch hier muß der Zufall möglichst ausgeschaltet werden. Besonders wichtig erscheint uns die Förderung der Studenten aus den Entwicklungsländern. Hier ist eigentlich ein ganz besonderes System der Ausbildung nötig.“

„Auf alle Fälle muß eine ausreichende Zahl von Studienplätzen vorhanden sein sowie eine genügende Anzahl von Lehrsälen, Hörsälen und von Lehrern, die es unmöglich macht, daß manche Vorlesungen und sogar Seminare heute mehr einer Massenversammlung ähneln als einem Universitätsbetrieb. Ein *numerus clausus*, offen oder durch die Tatsachen praktisch verhängt, wird von uns abgelehnt.“

„Der letzte Punkt befaßt sich mit der Notwendigkeit, Studentenwohnheime zu bauen. Damit wollen wir nicht nur der Wohnungsnot der Studenten vorbeugen und ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung durch beuteriegeren Vermieter, wir möchten damit auch Gemeinschaftszentren schaffen, gerade dem Zusammenleben zwischen deutschen Studenten und denen der Entwicklungsländern eine natürliche Basis schaffen.“

Erwachsenenbildung ist Volksbildung

Willi Eichler: „Wir glauben auf die Notwendigkeit und auf die Vordringlichkeit der Erwachsenenbildung besonders hinweisen zu sollen. Das soll einmal geschehen, weil die Erwachsenenbildung mehr und mehr eine allgemeine Weiterbildung wird, also nicht nur den Nachholbedarf für schlechtweggekommene Schüler irgendwelcher Schulen zu lösen hat, sondern auch im wesentlichen auf dem Gebiet der politischen Bildung mehr und mehr führend wird. Hinzu kommt, daß wir der Überzeugung sind, daß die Erwachsenenbildung auch für die staatsbürgerliche Bildung, für die Politik, eine außerordentlich große Rolle spielen kann. Das kann vor allem deshalb der Fall sein, weil die Erwachsenenbildung geeignet sein kann, die notwendige kulturelle Bereitschaft und das Verständnis für die jungen Nationen zu wecken.“

„Erwachsenenbildung erhält in unserer Vorstellung einen dauernden Platz in der Bildung und Ausbildung aller Menschen. Sie ist als Einführung der Staatsbürger in unsere politischen, soziologischen und wirtschaftlichen Probleme weitgehend politische Bildung. Ein ganz neues Licht auf die Dringlichkeit der Erwachsenenbildung wirft unser Verhältnis zu den sogenannten Entwicklungsländern ... Hier liegt eine große Aufgabe der Erwachsenenbildung. Sie muß helfen, die Probleme der Entwicklungsländer dem ganzen Volke zum Bewußtsein zu bringen; sie muß es mit den verschiedenen kulturellen Werten, Anschauungen und Einrichtungen anderer Völker bekannt machen.“

„Die Erwachsenenbildung muß mehr und mehr ein dauernder Beitrag zur Bildung des ganzen Volkes sein, deswegen müssen alle Bildungseinrichtungen — Hochschulen und Universitäten eingeschlossen — an ihr beteiligt sein.“

„Die Zusammenarbeit zwischen Universität und Erwachsenenbildung schwebt uns in der Weise vor, wie sie etwa in England seit Jahrzehnten üblich ist, auch in Skandinavien. Es gibt auch durchaus Hochschulprofessoren, die sich weniger geschraubt ausdrücken als manche, die weniger gebildet sind.“

„Eine Frage ist, ob wir gleichzeitig mit diesem Antrag (Vertrauen zur Bundeszentrale für Heimatdienst) erklären, daß die Zusammensetzung des Beirats für politische Bildung, wie ihn Schröder jetzt vorgesehen hat, unseren Vorstellungen von einem solchen Beirat nicht entspricht.“

Partei der Geistesfreiheit

Erich Ollenbauer: „Hier jedenfalls wollen wir klarmachen, daß jede Einschränkung der freien Meinungsbildung und der freien Entfaltung des geistigen und kulturellen Lebens eine gefährliche Schwächung der Demokratie vor allem auch in den Auseinandersetzungen mit den totalitären Mächten innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik darstellt.“

„Das kulturelle und geistige Leben in der Bundesrepublik wird sich nur dann in seiner schöpferischen Kraft voll entfalten können, wenn die geistige und kulturelle Freiheit in der Bundesrepublik nicht nur unangestastet bleibt, sondern geschützt und gefördert wird. Dazu gehört auch die Sicherung der Freiheit der Presse und der Verzicht der Regierung und ihrer Organe auf jeden Dirigismus in der öffentlichen Meinungsbildung.“

Willi Eichler: „Die Absicht der Bundesregierung, Rundfunk und Fernsehen den parteipolitischen Zielen, Absichten und Propagandamöglichkeiten zu unterwerfen, ist nicht nur unverkennbar, sondern wird fast offen zugestanden. Wir nehmen in unserem Entwurf die alte Forderung der SPD auf, daß die Rundfunkanstalten, in zwei Gruppen organisiert, ein zweites Fernsehen in Form eines Kontrastprogramms ausstrahlen sollten, so daß wirklich jeder Fernsehteilnehmer eine echte Auswahl hat. Ein zweites Fernsehen auszustrahlen ist möglich, ohne daß die Bundesregierung auch nur im geringsten dazu eine Anregung zu geben braucht, gar nicht zu reden davon, daß wir es für verfassungswidrig halten, wenn sie mit der Bundesgesetzgebung in Rundfunk und Fernsehen überhaupt eingreift.“

Heinz Kühn: „Wir haben eine Große Anfrage im Bundestag eingebracht, deren Sinn es ist, vor der Öffentlichkeit ganz deutlich zu machen, daß wir vom 1. Januar ab ein zweites Fernsehprogramm wollen, daß wir der Bundesregierung den Vorwurf machen, daß ihre Aktionen und Manipulationen Schuld daran tragen, wenn dies vom 1. Januar ab nicht möglich ist, daß wir auf dem Standpunkt stehen, der Zuhörer habe ein Recht auf ein solches zweites Programm und nur diejenigen, die eine Manipulation daraus machten, verhinderten, daß dieses zweite Programm ab 1. Januar ausgestrahlt wird... Die Sozialdemokratische Partei ist die erste gewesen, die einen konkreten Vorschlag gemacht hat, wie ein solches zweites Programm organisiert, von wem es getragen wird, so daß es den Grundsatz eines Kontrastprogramms und auch den Grundsatz der Konkurrenz bei Herstellung des Programms realisiert.“

Willi Eichler: „Ich sehe die Aufgabe der SPD darin, durch die Tat zu beweisen, daß die Zugehörigkeit zur SPD und das Sicheinsetzen für ihre Ziele jedem möglich ist, ob er Katholik oder Protestant ist oder irgendeinem anderen Bekenntnis angehört. Das ist wirklich eine Aufgabe, nicht nur eine innenpolitische, sondern auch eine innerparteiliche Aufgabe. Das ganze Bekenntnis zu der Tatsache, daß es jedem Menschen, der sich für Menschenwürde, Freiheit und Solidarität einsetzt, möglich sein muß, in der SPD seine politische Heimat zu finden, kann nur demonstriert und

nicht aus Prinzipien abgeleitet werden. Das muß man sehen, daß das in der SPD möglich ist.“

Peter Dülberg: „Außerdem bin ich der Auffassung, daß es doch wohl darum geht, das Vorurteil zu bekämpfen, daß man nicht zugleich gläubiger Katholik und Sozialist sein kann... Es wächst das Unbehagen ob dieser Verquickung von Politik und Religion nicht nur bei den gläubigen Katholiken in der SPD, sondern auch in der CDU. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Bestrebung in der Sozialdemokratischen Partei zu einer Alternative wird. Es geht uns darum, daß Gott nicht zu einem CDU-Götzen degradiert wird. Ich meine, der Parteivorstand sollte sich also Gedanken darüber machen, wie wir diese Arbeit aktivieren können.“

VII. Der Appell von Hannover

A) Der Wortlaut:

Wir leben in einer Welt voller Gefahren. Viele fürchten für die Sicherheit der Heimat und die Früchte ihrer Arbeit. Wir alle fragen: Kann es trotz dieser Gefahren, trotz der kommunistischen Bedrohung gelingen,

den Frieden zu erhalten,

unsere Freiheit und das Erbe unserer Kinder zu bewahren,

das ganze deutsche Volk in einem ungeteilten Staat wieder zusammenzuführen?

Wir brauchen nicht in Furcht zu leben!

Dauernde Sicherheit und allgemeiner Wohlstand sind zu schaffen.

Wir dürfen bei dem bisher Erreichten aber nicht stehenbleiben. Wenn wir Schritt halten wollen, müssen wir vorwärts, Seite an Seite mit unseren Freunden überall in der Welt.

Wir werden die Ärmel jeder aufkrempeln müssen. In den Jahren des Aufbaues haben wir gezeigt, daß unser Volk schier Unmögliches bewältigen kann, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Jetzt stecken wir unsere Ziele weiter!

Mit der Tüchtigkeit unseres Volkes und der Kraft unserer Volkswirtschaft können wir eine Hoffnung von heute zur Wirklichkeit von morgen machen: die Verdoppelung unseres Lebensstandards noch in dieser Generation!

So wird jeder endlich die Freiheit gewinnen, sein Leben würdig einzurichten.

Dies aber erreichen wir nicht mit einer Politik der Rechthaberei, der Verhärtung, der Eigensucht — dies schaffen wir nur mit einer Politik neuen Stils, einer Politik der Redlichkeit, der Sachlichkeit, der Zusammenarbeit, des Ausgleichs. Wir brauchen mehr freiheitlichen Geist und Duldsamkeit in unserem staatlichen Leben, wir brauchen Härte gegen alle Feinde der Demokratie.

Deutschland muß eine Regierung haben,

deren Wirtschaftspolitik Freiheit und soziale Verantwortung verbindet,

die den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert,

die für Stadt und Land gerechten Wohlstand schafft,

die mit der Eigentumbildung für alle ernst macht, das eigene Heim, der eigene Wagen, die Deutsche Volksaktie sind berechtigter Anspruch und ehrlich verdient.

Deutschland muß eine Regierung haben,

die umsichtig über die Gesundheit unseres Volkes wacht,

die für einen zur wirklichen Erholung ausreichenden Urlaub sorgt, die die wirtschaftlichen und sittlichen Aufgaben der Familie gewährleistet,

die jedem nach getaner Arbeit einen von materieller Sorge freien Lebensabend sichert,

die den Bürger vor staatlicher Willkür schützt.

Deutschland muß eine Regierung haben,

die die Herausforderung der kommunistischen Welt annimmt und ihr nicht nur mit militärischen Rüstungen, sondern auch mit geistiger und sozialer Aufrüstung begegnet,

die darum die technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Begabungen in unserem Volk fruchtbar werden läßt, die den jungen Menschen die besten Schulen und Ausbildungsstätten verschafft und allen den Weg zu Bildung und beruflichem Aufstieg frei macht.

Deutschland muß eine Regierung haben,

die fest und unbeirrbar in der Gemeinschaft der freien Völker steht, die bereit ist, für den Aufbau Europas und für die Förderung weltweiter Zusammenarbeit zu leisten, was notwendig und möglich ist,

die alle Verpflichtungen der Bundesrepublik in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft redlich erfüllt und die Bundeswehr wirksam ausrüstet,

die gleichzeitig jede Möglichkeit fördert, das atomare Wettrennen zu beenden und zu einer internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung beizutragen,

die sich für ihre Außenpolitik um eine Grundlage bemüht, die mit dem Gewicht des ganzen Volkes den nationalistischen Übermut unser Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung vertritt,

die zusammen mit ihren Verbündeten die Rechte Berlins wahrt und jede Trennung der Hauptstadt Deutschlands vom Westen verhindert.

Heute haben wir die Mittel, den sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen und die Bundesrepublik zu einem Bollwerk der Freiheit zu machen.

Andere Zeiten erfordern andere Männer. Mit den unverbrauchten Energien der jungen Generation müssen frische Kräfte ans Werk.

Darum muß Willy Brandt Bundeskanzler werden!

An alle Deutschen ergeht der Appell:

Miteinander — nicht gegeneinander schaffen wir ein freies, geeintes, glückliches deutsches Vaterland in einer freien, friedlichen Welt!

Der Parteitag entscheidet:

Der Vorsitzende des Parteitages, Erwin Schoettle, sagte nach Verlesen des Appells:

„Die Beschlüsse dieses Parteitages, die wir in den letzten Tagen gefaßt haben, der Appell an die Deutschen, den Carlo Schmid soeben vorgetragen hat, die Benennung unserer Mannschaft und die Nominierung von Willy Brandt als Bundeskanzlerkandidat sind eine Einheit. Sie sind der Ausdruck sozialdemokratischer Politik in der Aktion. Der Parteitag sollte diese Einheit sozialdemokratischer Politik in der Aktion durch eine formelle Abstimmung bestätigen. Ich bitte die Delegierten dafür um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte oder mit der Hand. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen.“ — Der Parteitag war in dieser Entscheidung einstimmig.“

Erich Ollenhauer hatte die letzte Sitzung des Parteitages von Hannover mit einer Vorstellung der „Mannschaft der SPD“ eingeleitet. Er sagte zur Begründung:

„Der heutige Schlußtag unseres Parteitages von Hannover ist Abschluß und Auftakt zugleich. Heute morgen wollen wir einen Blick in die Zukunft richten, die Vorbereitung treffen für die große Auseinandersetzung, die uns im nächsten Jahr bevorsteht.“

„Wir haben uns in den Beschlüssen dieses Parteitages eine Grundlage geschaffen für das politische Programm, das die Richtschnur unserer Aktivität sein wird und in das später das eigentliche Regierungsprogramm einer sozialdemokratisch geführten Regierung noch hineingebaut werden muß.“

Wir haben eine weitere Richtlinie, wenn dieser Parteitag zu Ende ist, in dem Appell von Hannover.“

„Das soll unsere sachliche Einführung in diesen Wahlkampf sein. Wir wollen sie ergänzen durch eine sozialdemokratische Mannschaft, das heißt, durch die Herausstellung einer Gruppe von elf repräsentativen Persönlichkeiten unserer Partei, die anerkannt sind durch ihre Leistungen auf der Ebene der Bundespolitik, und, die anerkannt sind durch ihre Leistungen in den Ländern, durch die aufbauende und konstruktive Arbeit, die unter ihrer Führung in den Ländern in dem vergangenen Jahrzehnt zustande gebracht werden konnte.“



Diese elf Sozialdemokraten, die wir als die sozialdemokratische Mannschaft herausstellen, stehen für alle die, die wir in dieser großen Partei haben, die in gleicher Weise durch ihre Leistungen legitimiert wären, zu dieser Mannschaft zu gehören."

"Wir sind an die Zusammensetzung dieser Mannschaft gegangen mit der Überzeugung und dem Willen, die beiden Ebenen sozialdemokratischer Politik in dieser Zusammensetzung zum Ausdruck zu bringen, die bundespolitische und die länderpolitische. Die Sozialdemokratie hat im Bundestag in der Zeit der Opposition einen sehr positiven Beitrag für die Stabilisierung der Demokratie und für die Entwicklung des sozialen Inhalts dieser Demokratie geleistet. Wir unterstreichen durch die Herausstellung maßgebender Sozialdemokraten aus der Länderpolitik, daß die Sozialdemokratie durch ein Jahrzehnt hindurch konstruktiv und aufbauend in den wichtigen Zentren unserer Bundesrepublik ein neues Gesicht gegeben hat, und wir wollen noch einmal hinzufügen: Ohne die Leistung von Sozialdemokraten auf kommunaler und landespolitischer Ebene wäre der Aufstieg der Bundesrepublik bis heute überhaupt nicht möglich gewesen!"

"Durch die sachliche Fundierung unserer Politik und durch die persönliche Repräsentation führender Vertreter unserer Partei macht die Sozialdemokratie überzeugend deutlich, daß sie eine politische Partei ist, die vertrauenswürdig ist und fähig ist, eine aufbauende Politik auch in der Bundesrepublik durchzuführen."

"Diese repräsentative Gruppe ist nicht nur eine Gruppe, die dem Wahlkampf und der Propaganda Farbe geben soll; sie soll im Rahmen der vorbereitenden Aktion eine wichtige Rolle spielen und entscheidend mitarbeiten an der Ausarbeitung des Regierungsprogramms, das wir im Frühjahr 1961 verkünden werden."

"Wir haben diesem Parteitag die sachlichen Grundlinien unseres Wahlkampfes vorgelegt, wir stellen die Männer und Frauen vor, die führend in diesem Wahlkampf die Sozialdemokratie präsentieren sollen. Ich glaube, wir können einig sein in der Überzeugung, daß wir in dieser Art der Vorbereitung des Wahlkampfes einen entscheidenden Beitrag dafür schaffen, daß die Bundestagswahl 1961 endet mit einem eindeutigen Sieg der Sozialdemokratie!"

Carlo Schmid, Stellvertreter des „Vormanns“ der „Mannschaft der SPD“, begründete den „Appell von Hannover“, der bereits ein Ergebnis der gemeinsamen Arbeit der elf Mitglieder der Mannschaft und des Parteivorstandes ist:

"Die Partei braucht heute schon, vor Verkündung des Regierungsprogramms, eine Plattform, auf der sie sich für den Wahlkampf rüsten kann und womit den Wählern vorgestellt wird, wie und wofür unsere Partei in die Regierungsverantwortung zu gehen bereit und gewillt ist. Diese Plattform soll der Appell sein."

"In unserer Partei herrscht die Freiheit der Verantwortungsbewußten. Jeder von uns hat das Recht, von diesen Voraussetzungen aus seinen Weg zu gehen und innerhalb der Partei dafür zu werben, daß sie ihren Weg an seinen Vorstellungen orientiert. Wir alle werden aber, ohne eigene Freiheit

aufzugeben, im Sinne dessen handeln, was die Partei als ihre Notwendigkeit erkannt hat — es sei denn, Gehorchen ging wider das Gewissen."

"Eine Partei stellt sich aber nicht nur in ihren Grundsätzen dar. Grundsätze werden lebendig durch die Menschen, die in ihrem Zeichen leben und für ihre Verwirklichung in den wechselnden Möglichkeiten der Zeiten kämpfen, der eine hier, der andere dort. Die Zahl solcher Menschen in unseren Reihen ist Legion, aber nicht alle sind der Öffentlichkeit in gleichem Maße sichtbar geworden, denn nicht jedem waren die Umstände gleich günstig, sichtbar zu machen, was er kann und ist."

"Eine Partei, die sich als Partei des ganzen Volkes erkannt hat, ist nicht durch eine einzige Formel, ist nicht durch eine einzige Leistung, ist nicht durch ein einziges Gesicht darzustellen. Zwar kann sie nur als eine Ganzheit wirken, aber dieses Ganze bricht sich bei einer Selbstdarstellung im Prisma der Mannigfaltigkeit der Fülle unseres Volkes in einem farbreichen Spektrum, das sie nicht aufspaltet, sondern ihre lebendige Fülle in der Entfaltung sichtbar macht."

"Der Vormann heißt Willy Brandt! Gestatten Sie mir ein persönliches Wort. Ich, der Ältere, habe ihn, den Jüngeren, den Jungen, vorgeschlagen, denn im sechsten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts gehören in die vorderen Reihen junge Menschen! Wir Älteren haben ihnen den Raum zu schaffen, in dem sie wirken können, und haben ihnen zu raten und ihnen unsere Erfahrungen zuzuführen. Aber die zweite Hälfte des Jahrhunderts wird durch Leute dargestellt werden müssen, die in diesen Tagen unter 50 Jahren sind."

"Ich habe diesen Mann nicht vorgeschlagen, weil er die Stellung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin einnimmt. Ich habe es getan, weil dieser Mann durch alles, was er bis zu diesem Tage tat — auch in der Verbannung, in die man ihn gejagt hat — gezeigt hat, daß er mit der Leidenschaft des Patrioten fest, tapfer und umsichtig die Sache der Einigkeit, des Rechts und der Freiheit des deutschen Volkes zu führen versteht!"

"Diese Regierung wird eine Regierung der deutschen Nation sein. Sie wird in eigener Verantwortung handeln, nicht an der Leine eigensüchtiger Interessengruppen, nicht kommandiert von einer Partei, bei aller Freiheit in enger Fühlung und ständiger Beratung mit allen Parteien, gestützt auf das Vertrauen der Partei und getragen von dem Vertrauen der Mehrheit des deutschen Parlaments."

Dann sprach Willy Brandt. Der Wortlaut seiner Rede und der des Appells von Hannover ist gesondert verbreitet worden. Viele Zitate wurden bei den Sachgebieten wiedergegeben, die hier behandelt worden sind. Einige Sätze aus der Rede zum Schluß des Parteitages, die immer wieder, oft in einem Satze mehrmals, von stürmischem Beifall unterbrochen wurde:

"Heute zeichnen wir die Konturen, im Frühjahr werden wir ein Regierungsprogramm vorlegen, das es keiner demokratischen Partei möglich machen wird, zu erklären, mit der deutschen Sozialdemokratie könne man auf keinen Fall zusammenarbeiten. Wer die Regierungsgeschäfte übernehmen will, muß sagen, wie er die Dinge gestalten und welche Aufgaben er in den Vordergrund rücken will. Dazu werde ich mich heute äußern. Im

Regierungsprogramm werden wir positiv und detailliert sagen, wie wir es machen — und besser machen — wollen.“

„Ich denke nicht im Traum daran, mich von Berlin trennen zu lassen. Auch in Zukunft werde ich, wann immer es die Situation erfordert, in Berlin sein. Meine Berliner Mitbürger wissen das auch. Ich werde die Verantwortung für mein Amt während des Wahlkampfes mindestens ebenso gewissenhaft erfüllen, wie der gegenwärtige Bundeskanzler seine Pflichten mit den Erfordernissen des Wahlkampfes verbindet!“

„Es ist noch nie etwas Großes erreicht worden ohne die Bereitschaft, auch Opfer zu bringen. Wir werden manchen Wunsch aufgeben, manche Forderung zurückstellen und manche Vorstellungen einmotten müssen. Wir haben weder alles aufzuarbeiten, was seit den Tagen August Bebel's ansteht, noch können wir vorwegnehmen wollen, was in kommenden Jahrzehnten auf uns zukommen mag. Bei den Wahlen zum Bundestag geht es allein darum, wer in den kommenden vier Jahren die Regierungsverantwortung trägt und sich dann erneut dem Votum der Wähler stellt.“

„Es ist vielleicht nicht populär, wenn ich hier erkläre, daß ich nicht einfach nur Willensvollstrecker der Partei sein kann, sondern daß ich nach ernsthafter Überlegung in eigener Verantwortung jene Entscheidungen werde treffen müssen, die im Interesse unseres Volkes erforderlich sind. Aber ich weiß, daß die Sozialdemokratische Partei, deren Vertrauen ich habe, mir die Freiheit der Entscheidungen gewähren wird, die dieses Amt nach dem Grundgesetz braucht.“

„Ich werde nicht verleugnen und nicht vergessen, daß es diese unsere, meine Partei ist, die mir die Aufgabe gestellt hat, aber ich sage ebenso offen, daß die Richtigkeit meines Handelns das Gewissen sein wird, das nur dem Ganzen verpflichtet sein kann. Ich bin der Kandidat dieser Partei für ein Amt, dessen Inhaber die Richtlinien der Politik bestimmt und dem ganzen Parlament und damit dem Volk verantwortlich ist.“

„Die Partei hat heute nicht die Aufgabe, zu philosophieren, sondern klar und hart und realistisch zu sagen, was sie für unser Volk in der Welt von heute tun wird. Dabei werden uns unsere Grundüberzeugungen leiten, aber jetzt geht es um die unmittelbar vor uns liegende Aufgabe. Für diese Aufgabe haben wir zu wirken, nur für diese Aufgabe haben wir um das Vertrauen des Volkes zu bitten.“

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands SOPADE-Rednerdienst;

Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Druck: Neuer Vorwärts-Verlag - Abt. Bonn-Druck, Bonn.